

Hans-Peter Löhn

"Unsere Nerven lagen allmählich blank".

MfS und SED im Bezirk Halle

(Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 2)

Bitte zitieren Sie diese Online-Publikation wie folgt:

Hans-Peter Löhn: "Unsere Nerven lagen allmählich blank". MfS und SED im Bezirk Halle Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 2 (BF informiert 13/1996). Hg. BStU. Berlin 1996.

<http://www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-2012032009>

Mehr Informationen zur Nutzung von URNs erhalten Sie unter

<http://www.persistent-identifier.de/>

einem Portal der Deutschen Nationalbibliothek.

Der Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
Postfach 218
10106 Berlin

Die Meinungen, die in dieser Schriftenreihe geäußert werden, geben ausschließlich die
Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle
sowie unter Beachtung der Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

2. Auflage, Berlin 1997

Schutzgebühr: 2,50 €

Inhalt

Vorbemerkung	3
Einleitung	6
1. "Schild und Schwert" im Bezirk Halle	7
2. Gewaltloser Widerstand für Reformen	8
3. "Stasi in die Volkswirtschaft!"	16
4. Das Bezirksamt für Nationale Sicherheit - Metamorphose zur Rettung des Staatssicherheitsdienstes	29
5. Die Besetzung des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit in Halle am 5. Dezember	38
6. Die Auflösung	50

Vorbemerkung

Diese Publikation erscheint in einer Reihe zur Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen. Die Studien entstehen im Zusammenhang mit dem Vorhaben der Abteilung Bildung und Forschung, die Endphase der Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit aufzuarbeiten.¹ Dem Forschungsprojekt liegt die Hypothese zugrunde, daß eine auf Ost-Berlin beschränkte Analyse der Entmachtung der Staatssicherheit einen Grundzug der Revolution in der DDR verfehlen würde: ihren regionalen Charakter. Die Initiative zum Umbruch kam aus den Bezirken der DDR. Die Radikalisierung der Bewegung bis hin zum völligen Bruch mit dem alten Regime wurde ebenfalls auf regionaler Ebene schärfer forciert als in der DDR-Hauptstadt. Der Umwälzungs- und Auflösungsprozeß in Berlin² kann deshalb nur verstanden werden, wenn er in der Dialektik von Zentrum und Peripherie gesehen wird.

Gerade Regionalstudien setzen umfassendes Kontextwissen voraus. Es war deshalb ein glücklicher Umstand, daß sich in etlichen Außenstellen des Bundesbeauftragten Mitarbeiter fanden, die sich der Problematik kundig annahmen. Sie haben ihre eigenen Erfahrungen aus jener Zeit eingebracht, Aktenberge in ihren jeweiligen Außenstellen - und oft auch in anderen Archiven - durchgearbeitet und die Forschungsergebnisse meist in der Freizeit niedergeschrieben. Insofern handelt es sich bei dem Gesamtvorhaben um eine Kombination von engagierter Aufarbeitung der eigenen Geschichte und Zeitgeschichtsforschung aus der Distanz des äußeren Beobachters. Hans-Peter Löhn, der Autor dieser Studie, ist Historiker und arbeitet in der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten. Er kennt die Hinterlassenschaft der dortigen Bezirksverwaltung des MfS wie wenige andere, hat sich aber nicht nur auf die Sichtung dieser Archivalien beschränkt, sondern auch Akten anderer Provenienz hinzugezogen und vor allem mit vielen Zeitzeugen gesprochen.

Die vorliegende Untersuchung handelt von Halle. Das war aus Sicht der Machthaber in der DDR ein besonders schwieriger, aber auch bedeutender Bezirk: eine Region mit hoher industrieller Konzentration, geprägt vor allem von der Chemieindustrie, mit einer Arbeiterschaft, die das Regime am 17. Juni 1953 das Fürchten gelehrt hatte. Das politische Gewicht des Bezirks im Machtsystem ist daran abzulesen, daß der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Hans-Joachim Böhme, ebenso wie seine beiden Vorgänger Werner Felfe und Horst Sindermann Vollmitglied des Machtzentrums, des Politbüros, war - ein Privileg, das nur vier der fünfzehn SED-Bezirkschefs hatten. Daß dies Privileg zumindest im konkreten Fall nicht

¹ Andreas Niemann und Walter Süß: "Gegen das Volk kann nichts mehr entschieden werden". MfS und SED im Bezirk Neubrandenburg. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 1); BF informiert 12, Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (künftig: BStU), Berlin 1996. In Vorbereitung sind Studien zu Erfurt, Rostock, Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) und Leipzig.

² Vgl. Walter Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989; BF informiert 5/94, BStU, Berlin 1994. Es handelt sich dabei um eine Vorarbeit zu einer größeren Monographie zum MfS im Jahr 1989.

besonderer politischer Begabung und Popularität zu verdanken war, geht aus der Studie von Hans-Peter Löhn eindeutig hervor.

Die Machthaber sind die eine Seite, die ihnen unterworfenen Gesellschaft die andere. Dort regte sich nicht erst im Herbst 1989 etwas. Die außerordentlich starke Umweltbelastung im "Bitterfelder Dreieck" war ein wesentlicher Grund dafür, daß in diesem Bezirk seit Beginn der achtziger Jahre neben dem schlafenden Riesen, der Arbeiterschaft, ein Unruhepotential entstand: eine Reihe von Bürgerinitiativen, die sich Fragen der Ökologie widmeten. Zu nennen sind etwa der Gesprächskreis "Junge Erwachsene" in Wittenberg, der Arbeitskreis "Frieden" der Studentengemeinde Naumburg, der Hallenser Arbeitskreis "Christliche Frauen für den Frieden" und die "Ökologische Arbeitsgruppe" des Kirchenkreises Halle. Von Anfang an waren diese Gruppen allerdings nicht nur auf den Umweltschutz beschränkt, sondern engagierten sich ebenso für den Frieden und gegen die innere Militarisierung der DDR. Das war nicht zuletzt das Verdienst der vielfältigen Aktivitäten des Kirchlichen Forschungsheims in Wittenberg, das für die Vorbereitung des geistigen Umbruchs in der gesamten DDR eine kaum zu überschätzende Rolle gespielt hat. Erinnerung sei nur an die Parole "Schwerter zu Pflugscharen", die dort 1983 ausgegeben wurde, praktisch vorgeführt in einem eindringlichen symbolischen Akt vor Kirchentagsteilnehmern. Mit den Theologen Hans-Peter Gensichen und Friedrich Schorlemmer vom Kirchlichen Forschungsheim und Edelbert Richter, bis 1987 Studentenpfarrer in Naumburg, gab es in diesem Bezirk Persönlichkeiten, die im Herbst 1989 eine bedeutende Rolle spielen sollten. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang auch Katrin und Frank Eigenfeld und die Gebrüder Bohley, die in den achtziger Jahren zur Entwicklung zivilen Ungehorsams im Bezirk wesentlich beigetragen haben. Insgesamt verzeichnete die Staatssicherheit im Frühjahr 1989 zwanzig Bürgerrechtsinitiativen im Bezirk mit etwa 350 Mitgliedern, von denen hundert dem "aktiven Kern" zugerechnet wurden.³

Das waren gute Voraussetzungen für den revolutionären Aufbruch im Herbst 1989. Ein weiteres Moment kam hinzu. Die Hallenser Revolution begann in Leipzig: Jeden Montag fuhr in den entscheidenden Wochen Tausende Hallenser in die nur eine halbe Bahnstunde entfernte sächsische Metropole, um an den Demonstrationen um den "Ring" teilzunehmen. Als am 9. Oktober in Leipzig das alte Regime ohne den Einsatz offener Gewalt resignierte, wurde in Halle von Volkspolizei (VP) und Staatssicherheit noch heftig auf friedliche Demonstranten eingepregelt. Doch als klar war, welche Weichen dort gestellt worden waren, da war auch für Halle die Entscheidung gefallen. Nun begann in Halle eine eigene Tradition von "Montagsdemonstrationen", in die die in Leipzig gewonnenen Erfahrungen eingebracht wurden. Sie gipfelten am 6. November in einer Demonstration mit 80.000 Teilnehmern.

³ Errechnet nach den Angaben in "Auskünfte zu Personenzusammenschlüssen"; BStU, Zentralarchiv (künftig: ZA), Dokumentenstelle (künftig DSt) 103600, 307 S.

Alle Seiten strebten nun danach, eine gewaltsame Eskalation zu vermeiden. Die alte SED-Führung wurde gestürzt; der Nachfolger Böhmes als 1. Bezirkssekretär war ebenso darum bemüht, für den Umbruch geregelte Formen zu finden, wie - aus Gründen, die in der Studie dargestellt werden - der neue Chef der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit. Vor allem aber waren es die engagierten Bürger selbst, die Kirche und die Bürgerrechtler - genannt seien nur Frank Eigenfeld und Dietmar Webel - die der Entmachtung des alten Regimes eine Form gaben, in der die demokratische Zukunft bereits enthalten war.

Walter Süß

Einleitung

Am Freitag, dem 12. Januar 1990, bestellte der von seiten des Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS) mit der Auflösung des Bezirksamtes Halle beauftragte langjährige 1. Stellvertreter des Leiters dieser Bezirksverwaltung, Rolf Schöppe, die noch anwesenden Mitarbeiter in den großen Kinosaal im Hauptgebäude. Er eröffnete ihnen, daß es nun soweit sei: Sie könnten alle nach Hause gehen, seien beurlaubt und würden in den nächsten Wochen ihre Entlassungspapiere erhalten.⁴ Damit war eingetreten, was die meisten der Staatssicherheitsoffiziere in Halle seit den Dezemberereignissen befürchtet, worauf viele inzwischen aber auch gewartet hatten - das Ende einer der größten Bezirksverwaltungen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Wie es dazu kam, daß die gefürchtete Machtstütze der SED-Nomenklatura im Bezirk Halle so unspektakulär von der Bildfläche verschwand, wieviel Mut und Überwindung die Besetzung der Bezirksverwaltung den Bürgern abverlangte - davon soll berichtet werden.

Diese Veröffentlichung beruht vornehmlich auf archivalisch erschlossenen und unerschlossenen Materialien der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) sowie auf Interviews mit Zeitzeugen. Die unerschlossenen Quellen entstammen einer provisorischen Materialsammlung, die von Mitgliedern der "Autorisierten Gruppe des Runden Tisches" Halle während der Umräumarbeiten in der aufgelösten Bezirksverwaltung im Frühjahr 1990 angelegt und später der Außenstelle Halle des BStU übergeben wurde. Die darin enthaltenen Schriftstücke umfassen den Zeitraum von Januar 1989 bis Oktober 1990. Da sie noch nicht bearbeitet werden konnten, bekamen sie die vorläufige Signatur: "Zugangsnummer 7/93".

Interviewt wurden sowohl Mitglieder der Bürgerbewegung Halle, die bei der Auflösung des MfS im Bezirk in den Monaten Dezember 1989/Januar 1990 eine maßgebliche Rolle gespielt haben, als auch ehemalige Offiziere der Bezirksverwaltung, die zu einer Befragung bereit waren. Ich danke allen, die am Gelingen der Publikation einen Anteil haben. Der besondere Dank gilt Frau Martina Schmitt, Herrn Dr. Frank Eigenfeld sowie Herrn Dietmar Webel für ihre Geduld und ihre wertvollen Hinweise.

⁴ Interview mit D. Webel im Herbst 1994. - Dietmar Webel (geb. 1958 in Halle): Maschinist für Wärmekraftwerke, 1979 Verhaftung und Verurteilung zu zwei Jahren Bewährung wegen Unterschriftensammlung gegen Ausweisung von W. Biermann, Aufnahme einer Diakonausbildung, 1984-1990 Katechet im Kirchenkreis Brehna, Januar 1990 Freistellung zur Mitarbeit in der "Autorisierten Bürgergruppe", September 1990 Rückkehr ins Berufsleben.

1. "Schild und Schwert" im Bezirk Halle

Der Bezirk Halle vereinigte auf einem relativ kleinen Territorium vier der größten Industriekombinate der DDR: die chemischen Werke Buna, Leuna und Bitterfeld sowie die Filmfabrik Wolfen. Das hatte eine hohe Konzentration von Industriearbeitern insbesondere im Dreieck Halle-Merseburg-Bitterfeld zur Folge. Bereits in den zwanziger Jahren waren die SPD und KPD, die hier eine für sie wichtige Klientel sahen, in dieser Region besonders aktiv geworden. Da die Kommunisten im Streben nach Einfluß unter den Arbeitern in Halle, Merseburg und Bitterfeld zeitweilig die Oberhand gewonnen hatten, galt dieses Gebiet in der Propaganda und Geschichtsschreibung der DDR stets als "das rote Herz Mitteldeutschlands".

Die SED versuchte daran anzuknüpfen und ihren Einfluß unter der "fortschrittlichsten Klasse" weiter auszudehnen. So verfügte Halle über die zahlenmäßig größte aller Bezirksorganisationen der SED. Die 1. Sekretäre der Bezirksleitung der SED Halle, die eigentlichen Machthaber in der Region, durften seit den sechziger Jahren in den inneren Führungszirkel der Staatspartei, das Politbüro, aufsteigen. Daß die SED der Theorie von der revolutionären Arbeiterklasse jedoch selbst nicht vertraute oder aber diese Theorie wörtlich nahm, zeigt die Tatsache, daß im Bezirk Halle gleichzeitig eine der größten Bezirksverwaltungen des MfS aufgebaut worden war, um die Gefahr eines Umsturzes schon im Keim ersticken zu können.⁵

Die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit (BVfS) Halle setzte sich aus 23 Kreisdienststellen sowie den drei Objektdienststellen in den Leuna-Werken, den Buna-Werken und dem Chemiekombinat Bitterfeld zusammen. Ihr Hauptsitz befand sich seit dem Jahr 1971 in einem ausgedehnten Gebäudekomplex am Gimritzer Damm, der Nahtstelle zwischen Halle und Halle-Neustadt. Der Leiter der BVfS Halle war Generalmajor Heinz Schmidt. Ihm zur Seite standen der 1. Stellvertreter Operativ, Oberst Rolf Schöppe; der 2. Stellvertreter Operativ, Oberst Udo Hahn; der Stellvertreter Aufklärung, Oberst Eckhard Schiller, und der Stellvertreter für "Rückwärtige Dienste", Oberst Hans-Dieter Pfeiffer. Diese Offiziere hatten die Befehlsgewalt über 3.130 hauptamtliche Mitarbeiter, darunter 1.100 in den Kreis- und Objektdienststellen. Da sich auch im Staatssicherheitsdienst ein aufgeblähter bürokratischer Apparat entwickelt hatte, waren von den 3.000 Offizieren und Unteroffizieren der Staatssicherheit nur 750 direkt im operativen Dienst tätig. Sie führten die ca. 6.500 inoffiziellen Mitarbeiter im Bezirk, wofür ihnen 447 konspirative Wohnungen zur Verfügung standen.⁶

⁵ Zum 17. Juni 1953 im Bezirk Halle vgl. Manfred Hagen: DDR - Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus, Stuttgart 1992.

⁶ Vgl. Protokoll der Autorisierten Gruppe des "Runden Tisches" des Bezirkes Halle vom 16.1.1990; BStU, Außenstelle (künftig: ASt) Halle, Zugangsnummer 7/93, ohne Paginierung (künftig: o. Pag.).

Seit der Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit im Februar 1950 hatte es auch im Bezirk Halle immer wieder entschlossene Frauen und Männer gegeben, die sich gegen die Diktatur der SED und damit auch gegen eine ihrer wichtigsten Stützen, das MfS, offen aufgelehnt hatten. Was überall in der DDR zu einem Risiko für die berufliche und familiäre Existenz wurde, war im Wirkungsbereich der BVfS Halle besonders schwierig. Diese seit Anfang der siebziger Jahre von einem "Ziehsohn" Mielkes geleitete Bezirksverwaltung hatte unter den Bürgerrechtlern den zweifelhaften Ruf, abseits vom "störenden Interesse westlicher Medien" besonders kompromiß- und gnadenlos vorzugehen.⁷ Mut und Entschlossenheit vieler Bürger sowie eine fast ausweglose, lähmende Staatskrise waren nötig, diesen bis an die Zähne bewaffneten Unterdrückungs- und Bspitzelungsapparat im Herbst 1989 unschädlich zu machen.

2. Gewaltloser Widerstand für Reformen

Die seit dem Beginn der achtziger Jahre sich zuspitzenden wirtschaftlichen und politischen Widersprüche führten in der DDR im Jahr 1989 zu einer die Macht der SED-Bürokratie gefährdenden Staatskrise. Deutlichste Zeichen waren ein stetig anschwellender Flüchtlingsstrom in Richtung Bundesrepublik, überfüllte Flüchtlingslager in Ungarn sowie Botschaftsbesetzungen durch Tausende in Budapest, Warschau und Prag. Im Bezirk Halle hatten im Frühjahr 1989 6.273 Bürger einen Ausreiseantrag gestellt und warteten auf dessen Bearbeitung. 678 Personen durften bis zum Sommer des Jahres ausreisen, 263 Anträge wurden abgelehnt und 40 zurückgenommen. Diese Antragsteller waren "diszipliniert" worden, wie es im Jargon der Staatssicherheit hieß. "11 Personen aus dem Bezirk Halle besetzten diplomatische Einrichtungen der BRD zur Erreichung einer kurzfristigen Übersiedlung."⁸ Im Spätsommer 1989 vervielfachte sich die Zahl der Flüchtlinge. Gleichzeitig begannen die "dagebliebenen" Mitglieder der ehemaligen halleschen Friedens-, Menschenrechts- und Öko-Gruppen sich illegal neu zu formieren. Am 21. September 1989 beantragten Katrin und Frank Eigenfeld als Vertreter der neuen Vereinigung "Neues Forum" beim Rat des Bezirkes Halle schriftlich die staatliche Zulassung dieser Organisation.

⁷ Interview mit F. Eigenfeld im Herbst 1994. - Dr. Frank Eigenfeld (geb. 1943 in Frankfurt/Oder): 1963-68 Studium der Geologie, 1970-82 Assistent an der Sektion Geographie der Martin-Luther-Universität Halle, 1982 Entlassung wegen Ablehnung der Teilnahme an der Zivilverteidigung, 1982-90 Hausmeister in einer evangelischen Gemeinde in Halle, seit 1983 mehrfach verhaftet zur Verhinderung der Teilnahme an Friedensdemonstrationen, seit 1985 Mitarbeit in der Initiative Frieden und Menschenrechte, Mitbegründer des Neuen Forum im September 1989 in Grünheide bei Berlin, Januar 1990-September 1994 Geschäftsführer des Neuen Forum Halle, bis September 1990 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, seit September 1990 Wissenschaftler an der Martin-Luther-Universität.

⁸ Auswertungs- und Kontrollgruppe (künftig: AKG) in der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit (künftig: BVfS) Halle: Erscheinungen und Tendenzen der politisch-operativen Lageentwicklung 1. Halbjahr 1989, ohne Datum (künftig: o. D.); BStU, ASt Halle, Sachakte-AKG, Nr. 2263, Bl. 11.

Für die Machthaber im Bezirk schien es auf der Hand zu liegen, daß jede Organisation, die nicht von der SED initiiert und kontrolliert wurde, nur "die feindliche innere Opposition" sein konnte. Entsprechend waren die Reaktionen der Behörden auf den Zulassungsantrag. Die Abteilung Inneres beim Rat des Bezirkes Halle lehnte in Abstimmung mit der Bezirksleitung der SED die staatliche Anerkennung des "Neuen Forum" ab. Die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit bekam den Auftrag, mit der Realisierung eines Maßnahmenplans zur "Aufklärung, Verhinderung und Bekämpfung feindlich-negativer Aktivitäten" zu beginnen.⁹ Dazu wurde eine "nichtstrukturelle Arbeitsgruppe Forum" ins Leben gerufen, die alle Aktionen zu koordinieren hatte, welche die Bildung und Organisation oppositioneller Bewegungen verhindern konnten. Der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Böhme, wollte über die Erfolge dieser Arbeitsgruppe ständig informiert werden. Das Mißtrauen der immer nervöser werdenden SED-Nomenklatura und ihrer Sicherheitsorgane erstreckte sich inzwischen aber nicht mehr ausschließlich auf die neuen Bürgerorganisationen. Das spiegelt die folgende Passage des Maßnahmenplans wider:

"Im Zusammenwirken mit den Partei- und Staatsorganen ist zu verhindern, daß Blockparteien und gesellschaftliche Organisationen (z. B. Kulturbund, Urania, Verband der Freidenker) von Exponenten und Sympathisanten der Reformbewegung als Basis bzw. zur Verbreitung ihrer Plattform [des Gründungsaufrufs - d. Verf.] genutzt werden."¹⁰

Alle diese Schritte waren Bestandteile eines größeren Projektes, der "Aktion Jubiläum 40" des MfS zur Absicherung der Jubelfeiern am 7. Oktober 1989. Doch weder "Belehrungen", Verhaftungen sowie die offene Präsenz von Polizei und Staatssicherheit auf Straßen und Plätzen noch die nun massenhaft genehmigten "Ausreisen von Provokateuren" konnten die Demokratisierungsbewegung in der DDR jetzt noch aufhalten.

"Insbesondere in Halle kam es durch die Aktivitäten der Exponenten Frank und Katrin Eigenfeld zur massiven Verbreitung des 'Aufrufs 89 Neues Forum' und zu Unterschriftenleistungen mit gleichzeitiger Sympathiebekundung für konterrevolutionäre Zielstellungen dieser Sammlungsbewegung [...]. Insgesamt sollen in Halle bisher über 500 Unterschriften gesammelt worden sein."¹¹

An Häuserwänden, Brückenpfeilern und Schaufensterscheiben tauchten über Nacht geschriebene Forderungen für die Zulassung des Neuen Forum auf. Sie wurden jeden Morgen eiligst entfernt, um am folgenden Tag an einer anderen Stelle erneut zu erscheinen. Meldungen wie die folgende häuften sich: "Am 27.09.1989 verbreitete eine Person in

⁹ Vgl. Maßnahmenplan zur Aufklärung, vorbeugenden Verhinderung und operativen Bearbeitung feindlich-oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen/Vereinigungen (Materialkomplex "Forum"), 25.9.1989; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Einschätzung der AKG: Zur politisch-operativen Lage in Vorbereitung des 40. Jahrestages der Gründung der DDR/Aktion "Jubiläum 40"; 4.10.1989; BStU, ASt Halle, Sachakte-AKG, Nr. 2461, Bl. 1.

Naumburg ca. 60 selbstgefertigte Flugblätter mit Forderungen nach Zulassung des 'Neuen Forum' und dessen Zielstellung."¹²

In den Abendstunden des 6. und am 7. Oktober 1989 fanden die ersten Demonstrationen in Halle, Dessau, Roßlau und Aschersleben statt. In Halle versammelten sich nach dem Sonnabendgottesdienst in der Marktkirche sechzig, zum überwiegenden Teil junge Leute auf dem Marktplatz. Rufe wie: "Neues Forum" und "Stasi raus" wurden laut. Die Bezirkseinsatzleitung (BEL)¹³ war auf solche Aktionen vorbereitet. Denn entsprechend dem Schreiben des Generalsekretärs vom 22. September 1989 hatten sich die SED-Bezirksleitungen gegen konterrevolutionäre Aktivitäten zu wappnen. Alle militärischen, paramilitärischen und Polizeikräfte im Bezirk waren in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt worden. "Feindliche Aktionen" sollten bereits im Ansatz verhindert werden. Das MfS, in dessen Bereich inzwischen "volle Dienstbereitschaft" angeordnet war, sollte mit Einschüchterungsmaßnahmen gegen die Bevölkerung vorgehen. Zu seinen Methoden, zielbewußt Angst zu verbreiten, gehörte die "Strategie der Verunsicherung"¹⁴. Dazu zählten vor allem die sogenannten Vorfeld-Zuführungen: Als oppositionell bekannte Bürger wurden ohne Vorliegen strafrechtlich relevanter Verdachtsmomente am Arbeitsplatz oder in der eigenen Wohnung festgenommen, in Untersuchungshaft gebracht, verhört und längere Zeit (bis zu 48 Stunden) ihrer Freiheit beraubt.¹⁵ Am 6. Oktober 1989 wurden in Halle sechs führende Mitglieder des Neuen Forum auf diese Weise unter Druck gesetzt. Im Bericht der Staatssicherheit klingt dies alles sehr harmlos. Dort heißt es dazu: "Die genannten Personen wurden nach einem Treffen legendierten Kontrollhandlungen und Befragungen auf der Grundlage des VP-Gesetzes unterzogen."¹⁶

Andere Dienststellen hatten dabei mit dem MfS Hand in Hand zu arbeiten. So setzten die Angestellten der Abteilung Inneres beim Rat des Bezirkes bzw. Rat der Stadt immer wieder leitende Kirchenvertreter unter Druck, um Protestveranstaltungen zu verhindern. Wenn all diese Maßnahmen jedoch nicht die gewünschte Wirkung zeigten, dann wandte man schließlich Gewalt an. Die Kundgebung am 7. Oktober 1989 wurde von Polizeitruppen und Einsatzkräften der BVfS brutal auseinandergetrieben. Im Tagesbericht steht dazu:

¹² Ebenda, Bl. 2.

¹³ Die BEL war ein für Krisensituationen geschaffenes Gremium, dem neben den Bezirkschefs von Polizei, Armee und MfS die Führung der Bezirksleitung der SED, der Vorsitzende des Rates des Bezirkes und der Oberbürgermeister von Halle angehörten, und das vom 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung gelenkt wurde.

¹⁴ Interview R. S.

¹⁵ Vgl. Abschlußbericht der zeitweiligen Kommission zur Untersuchung von Willkür und Gewalt im Zusammenhang mit dem Demokratisierungsprozeß in Halle 1989/90, Halle 1990, S. 13.

¹⁶ Tagesbericht der AKG: Über die Wirksamkeit der Maßnahmen zur Absicherung des 40. Jahrestages, 8.10.1989; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

"Nach etwa 30 m wurde die Gruppe im politisch-operativen Zusammenwirken mit der DVP aufgelöst [...]. Insgesamt wurden 47 Personen zugeführt [...]. Die gesamten Einsatzhandlungen wurden sehr gründlich, exakt und entsprechend der Einsatzvarianten durchgeführt."¹⁷

Diese Aktionen der Sicherheitskräfte brachten bei vielen Einwohnern Halles das Faß zum Überlaufen. In der BVfS Halle häuften sich die Informationen darüber, daß immer mehr Menschen in Erwägung zogen, an Demonstrationen in Halle oder in Leipzig teilzunehmen. Man rechnete "mit schweren Ausschreitungen bzw. einer Massendemonstration am 9. Oktober 1989 in Leipzig" sowie einem Übergreifen der Bewegung auf Halle und bereitete sich dementsprechend vor. Die seit Anfang Oktober geltende Einsatzstufe "volle Dienstbereitschaft" blieb bestehen. Eine Einsatzreserve stand bereit, um gemeinsam mit der Polizei "öffentlichkeitswirksame Störungen und Provokationen rechtzeitig zu erkennen und konsequent zu unterbinden".¹⁸ Den Mannschaftsdienstgraden wurde suggeriert, die drohende Konterrevolution müsse in Halle aufgehalten werden. Das war eine Lüge, wenn man bedenkt, daß die verantwortlichen Offiziere später vor dem Untersuchungsausschuß übereinstimmend aussagten, im Raum Halle habe damals nicht die Gefahr einer Konterrevolution bestanden.¹⁹

Während sich in Leipzig und anderen Städten der DDR am 9. Oktober 1989 die Waage bereits zugunsten einer gewaltfreien Lösung neigte, kam es in Halle zu einer Eskalation der Gewalt. Am Abend des 9. Oktober sollte an der Marktkirche eine Kundgebung unter der Losung: "Gewaltlos widerstehen - Schweigen für Leipzig - Schweigen für Reformen - Schweigen für das Hierbleiben"²⁰ stattfinden. Gegen 17.00 Uhr versammelten sich mehrere hundert Frauen und Männer, viele mit Blumen oder Kerzen in den Händen, vor den Eingängen der Marktkirche. Sie wurden bereits von mit Helmen und Schlagstöcken ausgerüsteten Hundertschaften der Polizei sowie den Einsatzgruppen der Staatssicherheit erwartet, die alle Zugänge zum Marktplatz besetzt hielten. Als in der Menge ein bettlakengroßes Transparent, auf dem die genannten Losungen standen, entrollt und hoch über die Köpfe gehoben wurde, rückte die Polizei drohend bis in Sichtnähe vor. Ein Polizeioffizier forderte barsch über ein Megaphon, die nicht genehmigte Versammlung sofort aufzulösen, andernfalls werde Polizeigewalt eingesetzt. Zu den kirchlichen Amtsträgern traten Herren in Zivil, die sich als Mitarbeiter der Abteilung Inneres beim Rat der Stadt vorstellten und die Pfarrer ermahnten, für einen ordnungsgemäßen Ablauf der kirchlichen Veranstaltung zu sorgen. Darüber hinaus sollten sie bei der Auflösung der "Personenansammlung" helfen und das Transparent entfernen lassen.²¹ Als nichts dergleichen geschah, näherten sich Polizeiketten Knüppel

¹⁷ Ebenda.

¹⁸ Vgl. Weisung des Leiters der BVfS Halle an alle Diensteinheiten vom 8.10.1989; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

¹⁹ Vgl. Abschlußbericht der zeitweiligen Kommission, S. 16.

²⁰ Flugblatt: Zu den Ereignissen am 9.10.1989 in Halle; Privatsammlung Webel.

²¹ Vgl. Tagesbericht der AKG: Zur Entwicklung der politisch-operativen Lage im Bezirk Halle am 9.10.1989; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

schwingend den Teilnehmern. Daraufhin nahmen die Demonstranten ihr Transparent herunter und zogen sich in die Marktkirche zurück.

Mittlerweile hatten sich Hunderte Schaulustige und Sympathisanten auf dem Marktplatz zusammengefunden. Sie konnten jedoch nicht mehr zur Kirche vordringen, die von der Polizei hermetisch abgeriegelt war. Pfarrer Körner, der im Talar auf die Einsatzkräfte zuzuging, mit ihnen verhandeln und sie bitten wollte, den Gläubigen einen Zugang zur Andacht zu ermöglichen, wurde brutal zu Boden geworfen. Nur das schnelle, beherzte Eingreifen seiner Kollegen bewahrte ihn vor weiteren Tätlichkeiten.

Plötzlich erscholl ein Kommando und die Sicherheitskräfte begannen, verstärkt durch eine Polizeihundestaffel, den Marktplatz zu räumen. Mit Knüppeln und Hunden trieb man nun die Menschen über den Platz, den sie wegen des doppelten Einschließungsringes oft gar nicht verlassen konnten. Wer nicht schnell genug davonlaufen konnte, wurde ergriffen, auf bereitstehende LKW gestoßen und zum "Zentralen Zuführungspunkt" in die Kaserne der Transport-Polizeischule gebracht. Die Teilnehmer des Friedensgebets in der Marktkirche mußten nach dem Ende der Andacht die Kirche durch ein enges Polizeispalier verlassen, das sie vom Marktplatz wegführte. Einige Teilnehmer erinnern sich, daß sie dabei mit dem Ruf: "Haut endlich ab, ihr Schweine!" beschimpft wurden.²²

Bis in die späten Abendstunden räumten die Sicherheitskräfte immer wieder den Marktplatz. Selbst Unbeteiligte, die sich auf dem Heimweg befanden und am Marktplatz auf die Straßenbahn warteten, trieb man nun mit Gewalt von den Haltestellen weg und verhaftete einige. Eine Augenzeugin berichtet:

"Ich kam mit meiner Freundin auf den Markt. Wir wollten nach Hause; das war so gegen acht Uhr. Wir sahen, daß da unheimlich viel Polizei stand. Natürlich wollten wir mal gucken, was da los war. Da war nichts. Wir hatten gedacht, daß da einer ein Plakat hat oder so. Aber da war überhaupt nichts. Es war nur so eine unheimliche Stille. [...] Dann sahen wir einen Mann kommen. Der lief die Klement-Gottwald-Straße [die heutige Leipziger Straße - der Verf.] runter, über den Markt und wollte durch die Sperre der Polizei durch. Auf einmal haben die den geschnappt, die Arme hinter den Rücken gedreht und einfach mit dem Knüppel dreimal auf ihn eingeschlagen. Der hat geschrien. Und da wurde er weggezerrt. Plötzlich wurden es immer mehr Polizisten. Sie standen richtig in Reihen zu dritt hintereinander. Und diese Knüppel, immer am Bein. Hunde hatten sie auch mit. Dann ging alles sehr schnell. [...] Ein LKW kam vorgefahren, hielt an. Wir konnten gar nicht so schnell gucken. Auf einmal die Stasi hinter uns und die Polizisten - alle auf einmal; sie umringten uns und schubsten uns in Richtung Wagenöffnung und da stießen die uns rauf." ²³

Insgesamt 37 Frauen und Männer wurden an diesem Abend in den "Zentralen Zuführungspunkt" gebracht. Sie mußten dort, in offenen, kalten LKW-Garagen, stundenlang mit dem Gesicht zur Wand stehen. So sollten sie für die folgenden Einzelverhöre gefügig gemacht werden. Die Vernehmer waren Mitarbeiter des MfS und der Kriminalpolizei. Sie setzten die Festgenommenen unter Druck, eine vorbereitete Erklärung zu unterschreiben, in der sie sich

²² Interview F. Eigenfeld.

²³ Gedächtnisprotokoll C. S.; Privatsammlung Webel.

selbst einer Teilnahme an staatsfeindlichen Aktionen bezichtigen und sich gleichzeitig verpflichten sollten, nie wieder bei derartigen Aktionen mitzumachen. Nur wer diese im Polizeijargon "Belehrungen" genannten Pamphlete unterzeichnete, hatte eine Chance, bald wieder freigelassen zu werden. Nach stundenlangem Stehen in den zugigen Hallen sowie zum Teil mehreren Vernehmungen wurden die Inhaftierten schließlich einzeln oder in kleinen Gruppen in die Nacht entlassen. Die Freilassungen zogen sich bis in die Morgenstunden des 10. Oktober hin. Vier Bürger kamen jedoch auch an diesem Morgen nicht frei. Gegen sie waren Haftbefehle "wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt" erlassen worden.

In den Nachmittagsstunden des 10. Oktober begannen überwiegend junge Männer und Frauen eine Mahnwache auf dem Gelände der St.-Georgen-Kirche. Von nun an brannten dort, an einer der verkehrsreichsten Stellen der Stadt, Tag und Nacht weithin sichtbar Kerzen als Mahnung für die Mißhandelten und zu Unrecht Inhaftierten. Auf dem Gelände wurden auch selbstgefertigte Handzettel verteilt, mit denen, im Widerspruch zur Berichterstattung in den lokalen Zeitungen, die Wahrheit über die Ereignisse des 9. Oktober verbreitet werden sollte. Viele vorüberfahrende Hallenser bekundeten an diesen Tagen ihre Solidarität mit der Mahnwache durch Betätigen der Autohupe. Daraufhin stellte die "Ordnungsmacht" Hupverbotsschilder vor der Mahnwache auf und verhängte Geldstrafen.

Die Übergriffe am 9. Oktober prägten noch in den folgenden Tagen und Wochen die Stimmung der Einwohner Halles. Auf der einen Seite befand sich eine große Bevölkerungsgruppe, darunter sehr viele Mitglieder der SED, die diese Ereignisse nur vom Hörensagen oder Vorbeifahren kannte und sich lediglich anhand der lokalen Presse darüber informieren konnte oder wollte. Für diese Menschen waren am 9. Oktober einige Randalierer und Unruhestifter in die Schranken gewiesen worden. Dementsprechend wurde der Einsatz der Sicherheitskräfte - soweit er bekannt war - zumindest nicht abgelehnt. Man hatte zwar irgendwo vernommen, daß die Sicherheitskräfte etwas brutal eingegriffen hätten; aber, wer krakeelte, der war eben selbst dran schuld... Man nahm sich vor, solchen Kundgebungen möglichst fern zu bleiben, um nicht selbst in die Mühlen der Polizei zu geraten.

Neben diesen Kreisen gab es noch eine andere, ständig anwachsende Gruppierung. Sie setzte sich zusammen aus den Opfern der Polizeigewalt, deren Angehörigen und nahen Bekannten sowie aus den übrigen Mitgliedern und Sympathisanten der neuen Bürgerbewegungen. Auch unter ihnen befanden sich einige, die die Gewalt am 9. Oktober nicht miterlebt hatten. Sie hatten aber den Vorteil, in kirchlichen Veranstaltungen und anderen Zusammenkünften der Bürgergruppen von den Opfern selbst genaue Informationen über die Ereignisse am 9. Oktober zu erhalten, die sie erschütterten und empörten. Sie hatten die Absicht, sich auf keinen Fall einschüchtern zu lassen und forderten nun erst recht die längst überfälligen Veränderungen in der DDR ein. Gleichzeitig sollte aber das Gespräch mit führenden SED-Funktionären in Halle gesucht werden, um neuerliche Gewalttätigkeit auszu-

schließen. Nur einzelne, vor allem junge Leute, sprachen sich dafür aus, erneuten Polizeiaktionen offensiver entgegenzutreten. Ihr Einfluß blieb jedoch gering.²⁴

Unter den Angehörigen der Sicherheitskräfte im Bezirk Halle dominierte zu diesem Zeitpunkt noch die Auffassung, daß die Einsätze am 7. und 9. Oktober notwendig gewesen und im Rahmen der gegebenen Befugnisse durchgeführt worden seien. Ganz allmählich setzte jedoch auch hier ein Prozeß des Umdenkens ein. Er zeigte sich zuerst in den "Kampfgruppen der Arbeiterklasse". In den folgenden Wochen häuften sich Austrittserklärungen von Kampfgruppenangehörigen, die ihren Schritt damit begründeten, nicht gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt werden zu wollen.²⁵

In der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Halle bereitete man sich währenddessen auf eine neue "Provokation und andere Angriffe gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR" vor. Am 12. Oktober 1989 war die "volle Dienstbereitschaft" erneut auf unbestimmte Zeit verlängert worden. Der Montagsdemonstration am 16. Oktober sollte mit einem "operativen Sicherungseinsatz" begegnet werden. Die Einsatzplanung sah vor, 40 Mitarbeiter als Zivilaufklärer oder, wie es in einem Bericht heißt, als "normale Bürger" zwischen die Demonstranten zu schicken. Sie bekamen den Auftrag, vorrangig "Randalierer, Provokateure und Aufrufer zu erkennen", damit sie diese gegebenenfalls "unter Kontrolle halten" konnten. Die mobilen Einsatzkräfte sollten "gedeckt", also abseits des Marktplatzes aufgestellt werden, um "keine Anlässe zur Gewalt zu geben".²⁶ Ihr Einsatz war vorgesehen, wenn seitens der Demonstranten "zur Gewalt übergegangen wird".²⁷ Diese im Arbeitsbuch eines Mitarbeiters der Bezirksverwaltung gefundene Notiz macht deutlich, daß die verantwortlichen Offiziere der Staatssicherheit in Halle noch zu diesem Zeitpunkt eine Eskalation der Gewalt befürchteten.

Die Aktivisten der neuen Bürgerbewegungen bemühten sich jedoch gerade nach dem 9. Oktober, unterstützt von exponierten Vertretern der Kirchen, Gewalt zu verhindern. Das Neue Forum plante eine "Freie Bürgerversammlung", deren Ziel die Gewaltlosigkeit während der Kundgebung am folgenden Montag sein sollte. Die Kirchenverwaltung erklärte sich bereit, für diese Versammlung Räume in der Pauluskirche zur Verfügung zu stellen und unterstützte die Initiatoren beim Versenden von Einladungen an den Oberbürgermeister und andere Repräsentanten der Stadt Halle. Darüber hinaus wurde die Veranstaltung durch Anhänge, Handzettel sowie Mundpropaganda popularisiert. Kaum hatten jedoch die Einladun-

²⁴ Vgl. Bericht des Leiters der BVfS Halle an das Ministerium Berlin: Über kirchliche Veranstaltungen im Bezirk Halle, 19.10.1989; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

²⁵ Vgl. Information des Leiters der AKG an den Leiter der ZAIG: Über Stimmung und Reaktion unter den Angehörigen bewaffneter Organe im Bezirk Halle, 1.11.1989; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

²⁶ Vgl. Weisung des Leiters der BVfS Halle an alle Dienstseinheiten vom 16.10.1989; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

²⁷ Vgl. Persönliche Arbeitsbücher von Mitarbeitern der BVfS Halle; BStU, ASt Halle, Sachakte-AKG, Nr. 609, Bl. 53.

gen ihre Empfänger erreicht, zitierten der Oberbürgermeister und der Leiter der Abteilung Inneres beim Rat des Bezirkes die Organisatoren der Versammlung und leitende kirchliche Amtsträger zu sich. Man teilte ihnen mit, daß eine unter der Regie des Neuen Forum stehende Versammlung inakzeptabel sei und damit als illegal angesehen würde. Mit drohendem Unterton wurde hinzugefügt, daß "jede Seite ihren konkreten Beitrag für Ruhe, Ordnung und Gesetzlichkeit zu leisten verpflichtet ist, sowie jeder äußere Druck, zum Beispiel durch Demonstrationen, den Abbruch des Dialogs [der in einer Erklärung des SED-Politbüros vom 11. Oktober 1989 versprochen worden war - d. Verf.] zur Folge hat".²⁸ Um die Bürgerversammlung trotz allem durchführen zu können, zogen sich die Aktivisten des Neuen Forum nun von der direkten Organisation der Veranstaltung zurück und übergaben die Verantwortung, zumindest offiziell, einem Vorbereitungskomitee. Schließlich versammelten sich, ungeachtet aller Einschüchterungsversuche, am Nachmittag des 15. Oktober über tausend Hallenser in der Pauluskirche zur ersten Freien Bürgerversammlung und verabschiedeten einmütig die folgenden sechs Thesen zur Gewaltlosigkeit:

1. Selbstverpflichtung zur strikten Gewaltfreiheit;
2. Keine Gewalt der Sicherheitsorgane gegen Teilnehmer friedlicher Zusammenkünfte;
3. Keine Diffamierung und Kriminalisierung von reformengagierten Personen und Gruppen;
4. Offene und wahrheitsgetreue Berichterstattung in den Medien;
5. Versammlungs- und Redefreiheit;
6. Bereitstellung von Räumen und Plätzen zur öffentlichen Diskussion.²⁹

Diese Forderungen wurden nach dem Ende der Zusammenkunft von 15 Bürgern im Stadthaus dem Oberbürgermeister in einer Gesprächsrunde zur Kenntnis gegeben. Ähnliche Thesen sind zwei Tage später auch in Naumburg verabschiedet worden. Die Bürgerversammlung in der Pauluskirche war der Anfang einer Reihe von Podiumsdiskussionen, deren bedeutendste in Halle am 26. Oktober 1989 im "Volkspark" stattfand. Aus diesen Diskussionsrunden ging schließlich der "Runde Tisch" im Bezirk hervor.

Am Montag, dem 16. Oktober 1989, kamen ungefähr 2.000 Menschen auf dem Marktplatz von Halle zusammen und begründeten damit auch in der Saalestadt die revolutionäre Tradition der "Montagsdemos" für eine Veränderung der Verhältnisse in der DDR. Eine Stunde lang harrten die Bürger, mit Blumen oder brennenden Kerzen in den Händen, schweigend vor dem Stadthaus aus. Das Ziel dieser stillen Kundgebung war unübersehbar auf einem großen Transparent hoch über den Köpfen der Teilnehmer zu lesen: "Gewaltfreiheit für unsere Stadt".³⁰

Obwohl seit dem gewalttätigen Vorgehen der Sicherheitskräfte am 9. Oktober nur eine Woche vergangen war, schienen Welten zwischen den beiden Demonstrationen zu liegen. Zwar

²⁸ Tagesbericht der AKG: Zur Entwicklung der politisch-operativen Lage im Bezirk Halle am 14.10.1989; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

²⁹ Abschlußbericht der zeitweiligen Kommission, S. 19.

³⁰ Tagesbericht der AKG: Über den Verlauf der am 16.10.1989 geplanten Demonstration auf dem Marktplatz in Halle; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

standen auch am 16. Oktober Uniformierte in Reih und Glied auf dem Marktplatz. Sie griffen jedoch, zur Erleichterung vieler Demonstranten, dieses Mal nicht ein. Die beharrlichen Gespräche von Organisatoren der Bürgerversammlung mit Vertretern des Rates der Stadt und des Rates des Bezirkes sowie die Erklärung der SED-Führung vom 11. Oktober hatten die Verantwortlichen in Halle verunsichert. Die Funktionäre und Offiziere in der Bezirkseinsatzleitung sahen sich nun gezwungen, ihre Haltung gegenüber den Demonstranten neu zu durchdenken. Dies bedeutete aber zugleich, das Vorgehen der Sicherheitskräfte am 9. Oktober in einem anderen, für Polizei und Staatssicherheit ungünstigeren Licht zu sehen.³¹ Dieser Zwiespalt spiegelte sich bereits in der Einsatzplanung der Sicherheitskräfte für den 16. Oktober wider. Er übertrug sich auf die Volkspolizisten und "Stasi"-Mitarbeiter, die den Bürgern an diesem Montag auf dem Marktplatz gegenüberstanden. Von ausschlaggebender Bedeutung für den gewaltlosen Verlauf dieser Kundgebung war aber noch etwas anderes: das disziplinierte Verhalten der Demonstranten, die jede provozierende Handlung vermieden und die sich auch von den Polizisten nicht provozieren ließen. Damit war in Halle die gefährliche Tendenz blutiger Auseinandersetzungen gestoppt worden.

In den folgenden Wochen konzentrierten sich die Bestrebungen der Teilnehmer an den "Montagsdemos" - die mit 80.000 Teilnehmern zahlenmäßig größte Montagsdemo in Halle fand am 6. November statt - auf die Beseitigung des Machtmonopols der SED und der von ihr kontrollierten staatlichen Institutionen. Daß dabei auch das Ministerium für Staatssicherheit in das Blickfeld der Bürger geraten würde, schien nur noch eine Frage der Zeit zu sein.

3. "Stasi in die Volkswirtschaft!"

Auch im Bezirk Halle war es den Sicherheitsbehörden bis Mitte Oktober 1989 nicht gelungen, die Protestaktionen sowie die Fluchtwelle nach Westen einzudämmen. Von da an begann sich unter den bisher von ihrer Sache so überzeugten Angehörigen der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Unsicherheit breitzumachen. "Unsere Nerven lagen allmählich blank", erinnerte sich ein ehemaliger Offizier in der BVfS Halle.³² Unter diesen Bedingungen dominierten bald zwei extreme Standpunkte innerhalb der Dienststellen der BVfS: Die trotzig entschlossene, es "diesen Konterrevolutionären und Aufrührern endlich zu zeigen" sowie auf der anderen Seite eine langsam aufsteigende, lähmende Angst vor dem, was wohl geschähe, wenn man die Bürgerbewegung nicht bald in den Griff bekäme.

³¹ Nachdem in den ersten Zeitungsmeldungen seit dem 9.10.1989 davon die Rede war, daß "die zuständigen Organe durch konsequentes Eingreifen Ruhe und Ordnung wiederhergestellt" hätten, wurden in einem Interview mit dem Leiter des VP-Kreisamtes am 14.10.1989 die Tatsachen bewußt entstellt oder geleugnet. - Vgl. Freiheit (Bezirkszeitung der SED Halle) vom 9.10.1989, S. 10 und vom 14.10.1989, S. 8.

³² Interview P. R.

"Wir klammerten uns an die Überzeugung, daß wir es auch dieses Mal wieder schaffen würden, die DDR zu stabilisieren."³³ Aber es mußte einiges in diesem Land verändert werden. Das war inzwischen offensichtlich, und das gab sogar die SED-Führung nach der Absetzung Honeckers in eingeschränktem Maße zu. Jedoch, was geschehen sollte, und wie mögliche Veränderungen vonstatten gehen konnten, darüber gingen die Meinungen in den Kreisdienststellen und der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit auseinander. Einerseits waren die Mitarbeiter der Staatssicherheit auf einen vertrauensvollen und ehrlichen Umgang mit sogenannten Andersdenkenden überhaupt nicht vorbereitet, andererseits wurden die Programmschriften der neuen Bürgerbewegungen oft noch wie Geheimdokumente behandelt, so daß sie den meisten Staatssicherheitsoffizieren und -unteroffizieren weitgehend unbekannt geblieben waren. Also fielen die aus der Berliner Zentrale kommenden Einschätzungen und Weisungen über die "feindlich-oppositionellen Gruppierungen und Kräfte in der DDR" in Halle auf fruchtbaren Boden. Es setzte sich nochmals die "harte Linie" gegenüber den Bürgerbewegungen und Demonstranten durch. Diese besagte, daß "die antisozialistischen bzw. oppositionellen Kräfte" zwar nicht mehr mit offener Gewalt, dafür aber mit allen geheimdienstlichen Mitteln behindert und zurückgedrängt werden sollten.³⁴

Nur einzelne, zumeist höhere Offiziere wagten es bereits im Oktober, Vorschläge für ein flexibleres Herangehen an die neuen Bürgerorganisationen, an die Montagsdemonstrationen und an die Podiumsgespräche zu unterbreiten. Sie mußten sich dafür als "Verräter" anfeinden und beschimpfen lassen. "Wir waren eigentlich Realisten und kannten die Situation in der Republik. Aber, die militärische Disziplin sowie die Angst, als Verräter vor Gericht gestellt zu werden, hielten die meisten davon ab, sich offen für Reformen auszusprechen und das Gespräch mit den Bürgerbewegten aufzunehmen."³⁵

Daß sich dennoch unter den Mitarbeitern der BVfS Halle ein allmählicher Lernprozeß vollzog, der bei einigen Geheimdienstlern vielleicht sogar etwas mehr als die bloße Anpassung an die veränderten Verhältnisse war, läßt sich anhand der Notizen in den Arbeitsbüchern erkennen. Dort heißt es am 28. September 1989: "Der Feind greift auf breitester Ebene an. In Polen und Ungarn ist es ihm schon gelungen, die Macht in die Hand zu bekommen. [...] Doch Zustände wie in Polen und Ungarn werden bei uns nicht eintreten!"³⁶ Fünf Wochen später, am 2. November 1989, finden sich folgende Zeilen: "Wir haben die Lage in Polen und Ungarn sehr unterschätzt. [...] Nun müssen wir das Neue Forum anerkennen; das tut weh! Doch wir müssen mit diesen Leuten reden und verhandeln. [...] Wir sind nicht in der

³³ Interview V. L.

³⁴ Vgl. Weisung des Leiters der BVfS Halle an alle Dienstseinheiten vom 27.10.1989; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

³⁵ Interview R. S.

³⁶ Persönliche Arbeitsbücher von Mitarbeitern der BVfS Halle; BStU, ASt Halle, Sachakte-Abt. XIV, Nr. 764, Bl. 62.

Offensive; doch wir kämpfen darum. Denn die Macht darf der Feind nie in die Hand bekommen."³⁷

Doch nun begann der "Feind", sich auch mit dem MfS näher zu befassen. Die Berichte der BVfS Halle über die Montagsdemonstrationen, die Podiumsdiskussionen sowie über die Veranstaltungen in den Kirchen zeigen, daß die Staatssicherheit im Bezirk Halle erst Ende Oktober direkt ins Visier der Bürgerbewegungen und der Demonstranten geriet. Selbst die penibel festgehaltenen Losungen von Transparenten und Sprechchören lassen diesen Schluß zu. Bis zum 23. Oktober finden sich keine Parolen über die "Stasi" in den Berichten. Gewaltfreiheit, Reformen sowie die SED und ihre Bezirksfunktionäre standen bis zu diesem Zeitpunkt im Mittelpunkt des Interesses. Während der Montagsdemonstration am 23. Oktober in Halle konnte man, laut Stasi-Bericht, unter den 42 Losungen nur einmal die Forderung lesen: "Stasi in die Volkswirtschaft!". Erst danach gab es sowohl in Halle als auch in den Kreisen zahlreiche Transparente und Sprechchöre gegen die "Stasi". Immer häufiger forderten von nun an Redner eine öffentliche Kontrolle der Sicherheitsorgane sowie die Einstellung jeglicher Überwachung.

Nach der Massendemonstration am 30. Oktober in Halle bewegte sich erstmals ein Demonstrationzug von 2.000 Personen zu den Gebäuden der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit. Die Demonstranten blieben, Losungen rufend, 20 Minuten vor dem Haupteingang stehen.³⁸ Noch begehrte an diesem Tag niemand ernsthaft Eintritt in den gefürchteten Gebäudekomplex.

Wie reagierte der Staatssicherheitsdienst auf diese, an den 17. Juni 1953 erinnernde Situation? Wie es in einer militärisch durchorganisierten Behörde üblich war, gemäß eines Einsatzbefehls. Für einen solchen Fall lagen im November 1989 in Halle zwei verschiedene Pläne vor. Zum einen der martialisch anmutende "Plan der Verteidigung des Dienstobjektes gemäß Kennziffer 1.4.3.". Die "Kennziffer 1.4.3." war Teil der Mobilmachungsplanung des Nationalen Verteidigungsrates der DDR. Im dazugehörenden Einsatzbefehl heißt es:

"Zur standhaften Verteidigung des Dienstobjektes der Bezirksverwaltung werden ihrer Diensteinheit folgende Einsatzbereiche zugewiesen. [...] Sie haben die Aufgabe, in den ihnen zugewiesenen Einsatzbereichen jegliche feindliche Einwirkung auf das Dienstobjekt der Bezirksverwaltung mit aller Konsequenz zu verhindern. [...] Nach Auslösung des Signals 'Feindberührung' sind die zugewiesenen Einsatzbereiche selbständig zu besetzen und unter allen Umständen zu halten."³⁹

Es folgt eine Liste über die Bewaffnung der Mitarbeiter mit Maschinengewehren und Maschinenpistolen sowie ihre Aufteilung auf die einzelnen Dienstzimmer, die im Plan

³⁷ Ebenda, Nr. 57, Bl. 34.

³⁸ Vgl. Bericht der AKG: Über den Verlauf der am 30.10.1989 in Halle und Halle-Neustadt durchgeführten Demonstration; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

³⁹ Einsatzbefehl zum Plan der Verteidigung des Dienstobjektes vom 3.11.1989; BStU, ASt Halle, GVS Hle 0049 - 193/89 (MfS-Signatur), o. Pag.

"Feuerstellungen" genannt werden. Am Schluß dieses Plans befindet sich eine Skizze der Zimmer des jeweils betreffenden Gebäudes, auf der die Schußsektoren aus den einzelnen Fenstern militärisch exakt eingezeichnet sind.

Als Angestellte der Außenstelle Halle des BStU die Bruchstücke dieses Plans in einem Wust von Papier wiederentdeckten, schien sich eine Sensation anzubahnen. Denn ohne das Deckblatt, welches erst später gefunden wurde, entsteht der Eindruck, dieser Plan sei erst 1989 erarbeitet worden. Das hätte aber bedeutet, die Führung der BVfS Halle wollte, entgegen der ausdrücklichen Weisung des Ministers vom 31. Oktober 1989, vor ihren Toren ein Blutbad unter den Demonstranten anrichten! (Eine Annahme, die sofort in einzelnen Zeitungen verbreitet wurde.) Anhand des Deckblatts zeigte es sich dann jedoch, daß der vorliegende Verteidigungsplan bereits im Jahr 1988 entstanden war und von da an jedes Jahr präzisiert werden sollte. Die Spalten dafür sind, so grotesk es heute erscheint, bis 1992 vornummeriert worden. Eine derartige Präzisierung war am 3. November 1989 vom Leiter der Bezirksverwaltung abgezeichnet worden.

Es bleibt die Frage, warum der Mobilmachungsplan gerade im Herbst 1989 noch einmal hervorgeholt und konkretisiert wurde? Wollten die Offiziere der Bezirksverwaltung Halle vielleicht doch putschen und sich einem Befehl ihres Ministers widersetzen? Wird hier gar ein Widerspruch zwischen verknöcherten und flexibleren Geheimdienstlern in Halle sichtbar? Keine dieser Annahmen wird durch die derzeit vorliegenden Materialien und Untersuchungsergebnisse gestützt. Es ist sehr zweifelhaft, ob die Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes, die nach eigenen Aussagen stark auf Befehle fixiert waren, ohne lebensbedrohende Gründe einem Befehl zuwidergehandelt hätten. Das trifft um so mehr zu, als aus ihrer Sicht ein Putsch Anfang November 1989 noch nicht notwendig, ja sogar töricht gewesen wäre und die Bevölkerung erst recht gegen das MfS aufgebracht hätte. Der ehemalige Stellvertreter des Leiters der Bezirksverwaltung, Oberst Schöppe, sagte dazu: "Keine Gewalt und keine Zerstörungen - das war die zu diesem Zeitpunkt vorgegebene Richtlinie, die von der übergroßen Mehrheit der Mitarbeiter auch voll akzeptiert wurde. Wir wollten nur das Objekt verteidigen. Und dies möglichst ohne die Anwendung von Schußwaffen."

Sicher geisterte die Möglichkeit des Schußwaffengebrauchs noch in einigen Köpfen herum. Denn sonst hätte man den Verteidigungsplan - ungeachtet der bürokratischen Pflicht zur jährlichen Präzisierung - links liegen gelassen. Jedoch, es schienen nur noch wenige zu sein, die daran dachten, und die veränderten Verhältnisse gaben ihnen kaum noch eine Chance. So wurde der Mobilisierungsplan zum untergeordneten Bestandteil eines neuen, zweiten Plans.

Diesen "Plan zur Gewährleistung einer hohen Sicherheit und des Schutzes der Dienstobjekte der Bezirksverwaltung Halle"⁴⁰ fand man erst im Herbst 1994. Er trägt das Datum des 1. November 1989 und wurde vom Verantwortlichen der Arbeitsgruppe des Leiters (AGL) der Bezirksverwaltung, Oberstleutnant Zacharias, ausgearbeitet, der auch für die Präzisierung des Mobilisierungsplans zuständig gewesen war.

Die neue Richtlinie basierte auf der Mielke-Weisung vom 31. Oktober: Abwehr von Eindringlingen ohne Anwendung der Schußwaffen und Benutzung der Schußwaffen nur dann, wenn eine unmittelbar drohende Gefährdung von Personen nicht anders verhindert werden kann. Dementsprechend sollten nun folgende Vorkehrungen zum Schutz der Bezirksverwaltung getroffen werden:

1. Personelle Verstärkung der Postenbereiche; Instruierung der Wachposten, eine Annäherung größerer Personengruppen sofort weiterzumelden.
2. Vervollständigung der pioniertechnischen Sicherungseinrichtungen; Aufstellen von "Spanischen Reitern" an neuralgischen Punkten; Vergitterung der unteren Etagen und aller Eingangstüren; Aufbau von "Einwurfschutzvorrichtungen" hinter den Fenstern bzw. Schließen der Metalljalousien; Verdunklung aller Arbeitsräume in den Abendstunden.
3. Vorbereitung des Einsatzes von drei wasserwerfenden Fahrzeugen und Aufbau von vier stationären "Löschstationen", um das Überklettern der Mauern zu verhindern. (Die "Löschstationen" sollten an die nahegelegenen Hydranten angeschlossen werden; dabei bereitete der Schutz des zentralen Absperrschiebers für die Wasserversorgung besondere Sorgen, denn er befand sich ungeschützt am Rand des Gebäudekomplexes - d. Verf.)
4. Nutzung der durch die Abteilung BC-Dienst (Bewaffung/Chemischer Dienst) des MfS bereitgestellten Reizstoffe an gefährdeten Abschnitten.
5. Bereitstellen von 20 aufmunitionierten Maschinenpistolen für die Einsatzkräfte; die 160 Mann starke Einsatztruppe sollte ansonsten mit Pistole, Schlagstock, Stahlhelm und Schutzmaske ausgerüstet werden. Zusätzlich sollten an die Leiter aller Diensteinheiten jeweils 4 - 5 Maschinenpistolen ausgegeben werden, die streng verwahrt und nur "im Notfall" verteilt werden würden.
6. Installation von zwei Lautsprechern und Einrichtung einer Sprechstelle; Ausarbeitung geeigneter Sprechtexte zur Beeinflussung der Demonstranten.

⁴⁰ Plan zur Gewährleistung einer hohen Sicherheit und des Schutzes der Dienstobjekte der Bezirksverwaltung Halle am 6.11.1989; BStU, ASt Halle, Sachakte-Büro des Leiters (künftig: BdL), Nr. 1, Bl. 79-84.

7. Aufbau der Video- und Fototechnik "zur Dokumentierung von Handlungen der Demonstranten".
8. "Vorbereitung eines geeigneten Raumes (evtl. Garage) als Zuführraum für festgenommene Personen."

Die nahegelegenen Wohnblöcke waren, wie bei allen großen MfS-Objekten üblich, fast ausschließlich den Staatsicherheitsmitarbeitern und deren Familien vorbehalten gewesen. Deshalb befürchtete man, daß auch diese Gebäude ein Angriffsziel von Demonstranten werden könnten, und versuchte, sie ebenfalls zu schützen. Im Plan heißt es dazu: "Einsatz der 40 Zivilaufklärer zur Absicherung der Hauseingänge in den Wohnblöcken 358 und 359 [...]. Mobilisierung geeigneter Rentner (ehemalige Mitarbeiter) der genannten Wohnblöcke zur Sicherung der Wohnblöcke."⁴¹

Der Umfang der einzelnen Maßnahmen im Plan deutet daraufhin, daß der Schwerpunkt zur Verteidigung der Bezirksverwaltung nun auf Wasserwerfern und auf pioniertechnischen Maßnahmen lag. Obwohl ein Unterpunkt in dem neuen Verteidigungsplan lautete: "Einweisung der Abteilungen in lagebezogene Maßnahmen der Objektverteidigung gemäß Kennziffer 1.4.3."⁴², spielten Fragen des Schußwaffengebrauchs augenscheinlich nur noch eine untergeordnete Rolle. Zugleich geht aus dem Plan jedoch das Bemühen der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit hervor, in der Auseinandersetzung mit den Bürgerbewegungen wieder in die Offensive zu gelangen. Dieser Absicht dienten die vorgesehenen "Zuführräume" sowie die Foto- und Videotechnik. Das schien ebenfalls der Grund zu sein für die Bildung einer "zeitweiligen Arbeitsgruppe zur Aufklärung der Demonstrationen und anderer Angriffe gegen das MfS" am 3. November 1989. Die aus insgesamt fünf Offizieren der Bezirksverwaltung sowie der Kreisdienststellen Halle und Halle-Neustadt bestehende Gruppe hatte folgende Aufgaben:

1. Aufklärung bekannter Teilnehmer [...] mit dem Ziel die Organisatoren zu erkennen, den aggressiven Kern zu personifizieren und mögliche Kandidaten als IM bzw. Kontaktpersonen zu erkennen.
2. Prüfung einsatzfähiger IM und Koordinierung ihres Einsatzes.
3. Aufklärung aller Einflußmöglichkeiten zur Disziplinierung und Reduzierung der Teilnehmer.
4. Aufklärung und Dokumentierung der Pläne, Absichten, Mittel und Methoden der Angriffe gegen das MfS."⁴³

So gerüstet, erwarteten die Mitarbeiter der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Halle am 6. November 1989, dem Tag der größten Montagsdemonstration in der Saalestadt, einen Angriff der Demonstranten auf ihr Dienstobjekt. Jedoch der befürchtete Ansturm blieb aus. Es kam der Mehrheit der Demonstranten überhaupt nicht in den Sinn, die Häuser der Staats-

⁴¹ Ebenda, Bl. 83.

⁴² Ebenda.

⁴³ Rundschreiben des 1. Stellvertreters des Leiters der BVfS Halle an alle Dienstseinheiten, 3.11.1989; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

sicherheit in Halle mit Gewalt zu stürmen. Der Tagesbericht meldete von dieser Demonstration lapidar: "Das Objekt der BV Halle wurde nicht aufgesucht."⁴⁴

Anfang November 1989 war ein anderes Problem zeitweilig wieder in das Blickfeld der Bevölkerung Halles gerückt: die Bezirksleitung der SED und vor allem deren 1. Sekretär Hans-Joachim Böhme.⁴⁵ Auf all jene, die ihn nur aus der Ferne erlebten, machte Böhme meist den Eindruck eines eifrigen Buchhalters, der eigentlich lieber still im Hintergrund seine Pflichten erfüllen wollte, stets ängstlich darauf bedacht, seinen Vorgesetzten nicht zu mißfallen. Dieser Eindruck wurde durch seine unbeholfen wirkenden Auftritte noch verstärkt. Als es im Herbst 1989 galt, überlebte dogmatische Positionen zu verlassen und sich den Vorwürfen und Sorgen der unzufriedenen Bevölkerung zu stellen, schien Böhme völlig überfordert zu sein. Allerdings war er nicht einer der Demagogen vom Schläge eines Krenz oder Schabowski. Er brachte auch nicht genug persönlichen Mut und Entschlossenheit auf, um den winzigen Strohalm zu ergreifen, den der neue SED-Chef Krenz seinen Funktionären mit der Parole von der Dialog- und Wendepolitik hingeworfen hatte.

Böhmes spätere Aussagen vor der "Zeitweiligen Kommission zur Untersuchung von Willkür und Gewalt in Halle" beweisen, daß er auf die Ereignisse vom Oktober 1989 wie ein Vogel Strauß reagiert hat.⁴⁶ Er wußte von nichts oder war angeblich falsch informiert worden. Tatsache ist, daß er sich seit Anfang Oktober 1989 fast nur noch hinter den schützenden Mauern seiner Bezirksleitung aufgehalten und beharrlich geschwiegen hatte. Die wenigen, wohlorganisierten Auftritte fanden ausschließlich vor einem streng ausgewählten Personenkreis mit vorbereiteten Diskussionsbeiträgen statt; so zum Beispiel am 20. Oktober in der Werkzeugmaschinenfabrik Aschersleben und in Lützen.⁴⁷ In den Oktobertagen des Jahres 1989 hielt sich in Halle hartnäckig das Gerücht, Böhme würde zu Beginn jeder Massenkundgebung eilends zur Bezirksverwaltung für Staatssicherheit gefahren, um im Schutz von "Schild und Schwert der Partei" ängstlich der Dinge zu harren, die da kamen.

⁴⁴ Tagesbericht der AKG: Zur politisch-operativen Lage im Bezirk Halle am 6.11.1989; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

⁴⁵ H.-J. Böhme (geb. 1929) stammte aus einer Bernburger Arbeiterfamilie. Nach dem Abschluß der Mittelschule war er von 1945 bis 1948 Verwaltungsangestellter in seiner Heimatstadt. Danach begann für ihn der in der DDR typische Karriereweg eines Parteifunktionärs. Über die beruflichen Stationen - Vorsitzender einer FDJ-Kreisorganisation, Abteilungsleiter bzw. Sekretär in verschiedenen SED-Kreisleitungen - arbeitete er sich zur Führungsebene der SED-Bezirksleitung Halle empor. Ab 1968 leitete er hier den Bereich "Agitation und Propaganda" und wurde 1972 zum 2. Sekretär der Bezirksleitung Halle berufen. Im Mai 1981 stieg er schließlich zum "starken Mann" des Bezirkes Halle auf. Er übernahm die Position des 1. Sekretärs, wurde gleichzeitig Mitglied des Zentralkomitees der SED und seit 1986 Mitglied in dessen oberstem Führungsgremium, dem Politbüro. Diese Stellung hatte er noch inne, als der stürmische Herbst des Jahres 1989 anbrach. - Vgl. Wer war wer - DDR. Ein biographisches Lexikon, hrsg. von Jochen Cerny, Berlin 1992, S. 49.

⁴⁶ Vgl. Abschlußbericht der zeitweiligen Kommission, S. 13. - Freiheit, Beilage vom 9.3.1990, S. 9.

⁴⁷ Vgl. Bericht der AKG: Über die Stimmung und Reaktion der Bevölkerung im Bezirk Halle, 25.10.1989; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

Aus angeblichen Sicherheitsbedenken vermied er es auch, an der in Halle berühmt gewordenen ersten Podiumsdiskussion im "Volkspark" am 26. Oktober teilzunehmen. Unter der Einwohnerschaft der Saalestadt mehrten sich nun die Stimmen, die meinten: "Wenn er uns schon in den Dreck mit hineingeritten hat, dann soll er sich nun auch nicht vor der Verantwortung drücken!"⁴⁸ "Bezirkssekretär" Böhme jedoch ahnte wohl, daß er vor einer großen, emotional aufgeheizten und spontan reagierenden Menschenmenge nicht würde bestehen können. Und so war es dann auch. Seine faktisch erzwungene Teilnahme am zweiten Podiumsgespräch wurde zu einem Debakel. Diese Veranstaltung fand am 2. November 1989 statt. Als Versammlungsort war der Saal des Stadtrates vorgesehen gewesen. Das große Interesse der Einwohner, welches wahrscheinlich auch durch die angekündigte Teilnahme Böhmes ausgelöst worden war, zwang die Veranstalter jedoch, die Podiumsdiskussion auf den Marktplatz vor das Gebäude des Rates der Stadt zu verlegen. Dort warteten 7.000 Frauen und Männer gespannt darauf, wie sich der einst so mächtige Hans-Joachim Böhme wohl ihren Forderungen, Fragen und Vorwürfen stellen würde. Was sie dann erlebten, war eine große Enttäuschung, für viele aber auch nur die Bestätigung ihrer Meinung über den profillosen Bezirkschef. Auf dem Podest am Haus des Stadtrates stand ein unsicherer, ängstlicher Parteibonze, der, ob aus Unbeholfenheit oder Überheblichkeit, auf die Fragen der Bürger kaum einging und die aufgeworfenen Probleme mit orthodoxer, plumper Parteipropaganda zu beschönigen versuchte. Veranstaltungsteilnehmer berichteten später, es sei nur dem besonnenen Handeln des Oberbürgermeisters Pratsch⁴⁹ sowie des Pfarrers Hanewinkel zu verdanken gewesen, daß die Stimmung nach dem Auftritt Böhmes nicht eskalierte.⁵⁰

Mit diesem Auftritt hatte Böhme auch die letzten Sympathien in Halle verspielt. Nun forderten sogar die Genossen der Sektion Marxismus/Leninismus der Martin-Luther-Universität seinen Rücktritt. Als Böhme vier Tage später, auf der gewaltigen Montagsdemonstration am 6. November, erneut sprechen wollte, ließen ihn die Kundgebungsteilnehmer erst gar nicht mehr zu Wort kommen. Augenzeugen erzählen, daß er an diesem Tag sogar vor körperlichen Attacken einzelner Teilnehmer geschützt werden mußte. Kirchliche Amtsträger und Vertreter des Neuen Forum bemerkten nach der Demonstration, daß sich in Halle erneut eine kritische Situation entwickelte. Das MfS berichtete darüber weiter, "dies sei vor allem

⁴⁸ Bericht der BVfS Halle an das Ministerium: Über die Stimmung und Reaktion der Werktätigen des VE Kombinat Chemische Werke Buna, 29.10.1989; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

⁴⁹ Eckhard Pratsch (geb. 1953 in Bernburg): Nach dem Schulabschluß arbeitete er von 1971 bis 1985 als Mitarbeiter bzw. Abteilungsleiter in der Abteilung "Inneres" beim Rat des Kreises Bernburg. Daneben absolvierte er ein Fernstudium zum "Diplom-Staatswissenschaftler". 1985 wurde er zum Direktor des Dienstleistungskombinates Halle berufen. Nach den berüchtigten Kommunalwahlen im Mai 1989 wurde er Oberbürgermeister der Stadt Halle. In der Umbruchzeit gelang es ihm durch flexibles, redengewandtes Auftreten, Vertrauen bei einem Teil der Demonstranten zu gewinnen. Er konnte deshalb zur Deeskalation der Situation in Halle beitragen. Im Mai 1990 mußte er sich wegen des Vorwurfs der Zusammenarbeit mit dem MfS aus der Politik zurückziehen.

⁵⁰ Vgl. Bericht der BVfS Halle an das Ministerium: Über den Verlauf und den Inhalt der am 2.11.1989 im Bezirk Halle stattgefundenen bedeutsamen Veranstaltungen; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

auf die von der Bezirksleitung verschuldeten, verhärteten Verhältnisse zurückzuführen, die es in keinem anderen Bezirk gibt. Die unter den Massen bestehende 'explosive Situation', die sich vor allem auf den 1. Sekretär der Bezirksleitung konzentriert, sei kaum noch zu beherrschen."⁵¹

Es mag sein, daß diese Einschätzung etwas übertrieben war. Tatsache blieb jedoch: Wo Böhme auftauchte, kochten die Emotionen. So mußte es niemanden wundern, daß die Empörung in Halle groß war, als sich die Nachricht verbreitete, Böhme sei erneut in das am 8. November 1989 umbesetzte Politbüro der SED gewählt worden. Scheinbar informierte Quellen behaupteten sogar, er solle den frei gewordenen Platz entweder von Ideologie-Chef Hager oder von Wirtschafts-Chef Mittag einnehmen. Die offenbar in Unkenntnis der lokalen Verhältnisse erfolgte Wiederwahl Böhmes löste im Bezirk Halle weitere Kundgebungen und Protestversammlungen aus. Noch am gleichen Tag erreichten Protestschreiben, Resolutionen und Unterschriftensammlungen aus allen Bevölkerungsschichten des Bezirkes die SED-Führung in Berlin. Die Wiedereinsetzung Böhmes war darüber hinaus der Auslöser für die erste große Austrittswelle aus der SED im Bezirk Halle. Als zuletzt sogar die Angehörigen der Volkspolizei verkündeten, "daß sie es ablehnen, sich für Achim Böhme den Schädel einschlagen zu lassen"⁵², mußte die Entscheidung rückgängig gemacht werden. Am 9. November 1989 erklärte Böhme seinen Rücktritt von der Funktion des 1. Sekretärs der Bezirksleitung Halle.⁵³ Am folgenden Tag mußte er auch seinen Stuhl im Politbüro räumen. Im Dezember 1989 erhob die Staatsanwaltschaft gegen Böhme Anklage und nahm ihn vorübergehend in Haft.⁵⁴ Mit ihm verschwand kurze Zeit später die gesamte Führungsmannschaft der Bezirksleitung von der politischen Bühne.⁵⁵

Die Abdankung Böhmes führte im Bezirk zu einer Beruhigung der Gemüter. Zur gleichen Zeit trat ein wesentlich gravierenderes Ereignis ein, das die Situation der gesamten Republik mit einem Schlag veränderte. In der Nacht vom 9. zum 10. November 1989 wurden die Staatsgrenzen der DDR zur Bundesrepublik und zu West-Berlin nach 28 Jahren wieder geöffnet. Jeder Bürger der DDR durfte nun endlich dahin reisen, wohin er wollte. Diese völlig neuen, von fast allen lange herbeigesehnten Möglichkeiten entfachten in der Bevölkerung

⁵¹ Vgl. Bericht der AKG: Ergänzende Information zum Tagesbericht über die Demonstration am 6.11.1989 in Halle; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

⁵² Vgl. Telegramm des Leiters der BVfS Halle an den Stellvertreter des Ministers, Mittag: Bedeutsame Reaktionen auf die Wiederwahl des Genossen A. Böhme als Mitglied des Politbüros des ZK der SED, 8.11.1989; BStU, ASt Halle, FS-Nr.: 2415-2419 (unerschlossenes Material).

⁵³ Seine "offizielle" Abwahl erfolgte in der außerordentliche Bezirksleitungssitzung am Sonntag, dem 12. November 1989.

⁵⁴ Das Gerichtsverfahren wurde Anfang des Jahres 1995 wegen Verjährung eingestellt.

⁵⁵ Die im November 1989 aus der Bezirksleitung dringenden Gerüchte besagten u. a., daß sich das Sekretariat mit der Begründung, nicht vor der Konterrevolution zurückweichen zu wollen, gegen den Rücktritt Böhmes ausgesprochen hätte. Für den Fall, daß Böhme gehen müßte, drohte man, geschlossen zurückzutreten. Als es soweit war, entschied sich die Mehrheit aber, doch noch weiterregieren zu wollen. Erst am 29.11.1989 verließ der letzte Funktionär aus dem alten Sekretariat seinen Posten.

ein regelrechtes Reisefieber. Das war eine der Hauptursachen für die fortan deutlich nachlassenden Teilnehmerzahlen bei den Montagsdemonstrationen und anderen Veranstaltungen in Halle.

Auf Initiative des im November noch amtierenden Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Halle, Alfred Kolodniak, übernahm Roland Claus⁵⁶ die Leitung der SED-Bezirksleitung. Mit ihm begann sich die SED nach und nach aus ihrer allmächtigen Führungsrolle im Bezirk zu lösen. Da er gleichzeitig unter der Flagge der Dialogpolitik Aktivitäten entfaltete, gelang es ihm, die SED-Bezirksleitung aus den Schlagzeilen herauszumanövrieren.

Der Wunsch, aus den Schlagzeilen herauszukommen, beschäftigte auch die Offiziere und Unteroffiziere der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Halle. Niemand spielte jedoch ernsthaft mit dem Gedanken, Veränderungen ohne eine Weisung oder einen Befehl aus dem Ministerium in Berlin vorzunehmen. Zwar sollen, soweit sich ehemalige Mitarbeiter erinnern, Anfang November in internen Diskussionen bereits deutlichere Differenzen zwischen "Dogmatikern und Realisten" unter den Offizieren sichtbar geworden sein.⁵⁷ Es blieb jedoch stets bei vorsichtig vorgetragenen kritischen Äußerungen. Alle warteten auf Meldungen aus Berlin. Von dort kamen in der ersten Novemberhälfte aber nur sehr spärliche Mitteilungen.

Noch während der fieberhaften Vorbereitungen zur Abwehr eines befürchteten Angriffs auf die Bezirksverwaltung erreichte am 2. November 1989 ein "persönliches Schreiben" Erich Mielkes Halle. Das an alle Mitarbeiter gerichtete Schriftstück wurde in der "Leiterberatung" verlesen und danach den Diensteinheiten kommentarlos zur Kenntnis gegeben. Dieses letzte offizielle Schreiben Mielkes trug deutlich die Merkmale eines Abschiedsbriefes und wurde von den Offizieren und Unteroffizieren der Bezirksverwaltung in Halle auch als solcher empfunden.⁵⁸ Es soll bei manchen, vor allem der älteren, lang gedienten Offiziere einiges Erstaunen hervorgerufen haben. Mielke sei ihnen doch immer noch sehr vital vorgekommen und er habe sich doch stets für "seine Mitarbeiter" eingesetzt.⁵⁹ Diese Meinungen sollten bald auf deprimierende Weise ad absurdum geführt werden.

Am 7. November gelangte ein weiteres Schreiben in die Diensteinheiten der Bezirksverwaltung Halle. Es enthielt eine Erklärung des Kollegiums des Ministeriums für Staatssicherheit

⁵⁶ Roland Claus (geb. 1954 in Hettstett): nach dem Studium an der Technischen Hochschule Merseburg war er als FDJ-Funktionär im Mansfeld-Kombinat tätig. 1981 wurde er als Verantwortlicher für Kultur in die Bezirksleitung der FDJ Halle berufen. Von 1983 bis 1987 war er 1. Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Halle. Danach arbeitete er als Mitarbeiter bzw. als Sekretär beim Zentralrat der FDJ in Berlin. Am 11. November 1989 übernahm R. Claus die Leitung der SED-Bezirksleitung Halle. Am 12. November wurde er offiziell zum 1. Sekretär gewählt. Heute ist R. Claus Landesvorsitzender der PDS und Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt.

⁵⁷ Interview P. R. und V. L.

⁵⁸ Vgl. Schreiben des Ministers an alle Bezirksverwaltungen, 2.11.1989; BStU, ASt Halle, Sachakte-BdL, Nr. 1, Bl. 85-86.

⁵⁹ Interview R. S., P. R. und V. L.

vom Vortag⁶⁰. Der Grundtenor dieser Erklärung bestand darin, daß man zwar alle "verfassungsfeindlichen Aktivitäten" weiterhin konsequent bekämpfen, Maßnahmen gegen "Andersdenkende" aber unterlassen wollte.⁶¹ Diese Erklärung der Führungsspitze des MfS war das erste sichtbare Zeichen für eine Anpassung des Geheimdienstes an die "Dialog- und Wendepolitik" der SED. In ihr befindet sich auch der erste offizielle Hinweis auf eine möglicherweise bevorstehende Veränderung von "Aufgaben und Struktur" des MfS. In diesem Zusammenhang dachte aber, zumindest in Halle, noch keiner der Mitarbeiter daran, daß vielleicht der eigene Arbeitsplatz gefährdet sein könnte. Das war der Grund, warum die Erklärung im Bereich der Bezirksverwaltung keine allzu große Aufregung verursachte. An den nächsten Tagen erging jedoch an alle Abteilungen der Bezirksverwaltung Halle sowie an alle Kreisdienststellen die Arbeitsanweisung, ab sofort Sympathisanten des Neuen Forum und anderer Bürgerorganisationen, Antragsteller auf Ausreise in die Bundesrepublik und Wehrdienstverweigerer nicht mehr zu bearbeiten.⁶²

Unter "Dialogpolitik" verstand die MfS-Generalität vor allem, den Staatssicherheitsdienst und sein angeblich nur dem Wohle der Bürger dienendes Wirken in der Öffentlichkeit darzustellen und auf diese Weise eine offensive Imagepflege zu betreiben. Daß die seit Jahren kaum noch betriebene Öffentlichkeitsarbeit nicht so einfach war, zeigte sich auch in Halle. Nachdem eine Weisung aus Berlin am 8. November diese Möglichkeit eröffnet hatte, erschien am 14. November 1989 in der Freiheit (SED-Bezirkszeitung) ein Interview mit dem Leiter der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit, Generalmajor Schmidt. Das Interview verdeutlicht, wie schwer es den leitenden Offizieren des MfS fiel, die angebliche Wandlung des Geheimdienstes glaubwürdig in der Öffentlichkeit zu propagieren. Zwar beruhten die inhaltlichen Aussagen auf den Schwerpunkten der Erklärung vom 6. November. Doch fand sich auch in dem Interview nicht der kleinste Ansatz zu einer offenen Auseinandersetzung mit der eigenen bisherigen Arbeit. Kritische Fragen des Reporters wurden vom General wortreich umgangen oder sogar mit einer Lüge beantwortet. Auf die Frage des Journalisten nach der Tätigkeit von Spitzeln unter der Bevölkerung erwiderte Schmidt: "Eine 'Bespitzelung' der Bürger durch das MfS, wie es uns vorgeworfen wird, gibt es nicht."⁶³ Wenn es überhaupt noch möglich gewesen wäre, das Image des Staatssicherheitsdienstes zu verbessern, so war diese Art des Umgangs mit der Wahrheit auf keinen Fall der richtige Weg.

Am 13. November kam es zu einem Ereignis, das den "vertrauensbildenden Maßnahmen" des Ministeriums für Staatssicherheit einen noch kräftigeren Rückschlag erteilte und als makabrer Treppenwitz in die Geschichte des Aufbruchs in der DDR eingegangen ist: der

⁶⁰ Vgl. Süß: Entmachtung, S. 15.

⁶¹ Vgl. Schreiben des Leiters der BVfS Halle an alle Dienstseinheiten, 7.11.1989; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

⁶² Vgl. Persönliche Arbeitsbücher; BStU, ASt Halle, Sachakte-AKG, Nr. 279, Bl. 23.

⁶³ Fragen zum Thema: "Stasi in die Volkswirtschaft", in: Freiheit vom 14.11.1989, S. 5.

Auftritt des ehemals gefürchteten, mächtigen Ministers für Staatssicherheit, Erich Mielke, vor der Volkskammer der DDR. Während die im Rundfunk und Fernsehen übertragene gestammelte und stockende Rede Mielkes unter der Mehrheit der Bevölkerung nur noch Heiterkeit auslöste, wurde sie von den Mitarbeitern des MfS als ein sehr deprimierendes Ereignis aufgenommen. Noch heute ist ehemaligen MfS-Mitarbeitern Betroffenheit anzumerken, sobald man die Mielke-Rede ins Gespräch bringt. Denn jener tatterige, zum Teil verwirrt vor sich hin brabbelnde Greis, der vor den Abgeordneten der Volkskammer am Rednerpult stand und mit unsinnigen Argumenten die Tätigkeit seines Geheimdienstes rechtfertigen wollte, hatte bis zu diesem Zeitpunkt unangefochten an der Spitze des Ministeriums gestanden. Allein diese Tatsache mußte in den Augen der DDR-Bürger ein bezeichnendes Schlaglicht auf den Staatssicherheitsdienst werfen. In den Köpfen vieler Offiziere und Unteroffiziere entstand die schlimme Vorahnung, daß "ihr" Ministerium für Staatssicherheit in der bisherigen Form wahrscheinlich nicht mehr zu halten war.⁶⁴ Erich Mielke, der bereits seit Anfang November die Dienstgeschäfte weitgehend seinen Stellvertretern überlassen hatte, trat mit der Behauptung, daß er doch alle Menschen liebe, von der politischen Bühne ab.

Im Bereich der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Halle kursierte am 14. November ein Rundschreiben des Leiters, Generalmajor Schmidt, an alle "Genossinnen und Genossen". Auch der General muß in jenen Tagen von Endzeitstimmung befallen gewesen sein, denn dieses Papier hatte ebenfalls den Charakter eines Abschiedsbriefs. Es ähnelte in seinem Aufbau sehr dem Mielke-Brief vom 2. November. Das Rundschreiben beginnt mit einem Dank an alle Mitarbeiter, da man in Halle "die übertragenen Aufgaben nicht nur uneingeschränkt erfüllt, sondern in all den Jahren, wie auch jetzt in dieser schweren Zeit, mehr getan hat, [...], als das in Befehlen und Weisungen allein festgelegt war".⁶⁵ Es folgt die Feststellung, daß der Staatssicherheitsdienst im Bezirk Halle über Unzulänglichkeiten, Schlampeien sowie Mißwirtschaft Bescheid gewußt hätte und darüber konkrete Informationen an die Zentrale in Berlin und an die SED-Bezirksleitung weitergegeben habe. "Wir kannten den Unmut zu den vielen ungelösten Problemen und haben nicht nur besorgt und wahrheitsgemäß [...] die Zentrale informiert, sondern [...] zur Veränderung der Situation beigetragen. Ohne unsere Arbeit wäre der Schaden noch größer!"

So sehr man den letzten Satz auch anzweifeln möchte, noch verwunderlicher ist die einige Zeilen später folgende entgegengesetzte Aussage, das MfS habe im Bezirk doch nicht über alles Bescheid gewußt. "Wir sind erschüttert über die Analyse, über die Klarstellung der tatsächlichen Ursachen und schwerwiegenden Fehler, die führende Genossen der Partei- und Staatsführung nicht nur geduldet, sondern sogar angewiesen haben." Für einen Unbeteiligten

⁶⁴ Interview R. S., V. L. und P. R.

⁶⁵ Dieses und die folgenden Zitate stammen aus: Rundschreiben des Leiters der BVfS Halle an alle Mitarbeiter, 14.11.1989; BStU, ASt Halle, BdL, Dok.- Nr. 2193/89 (unerschlossenes Material).

erscheint diese Feststellung nicht sehr glaubhaft. Denn wenn die Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes, wie vorher behauptet wurde, über die Mißwirtschaft informiert waren, dann hätten sie von den "tatsächlichen Ursachen" eigentlich nicht mehr erschüttert werden dürfen. Oder sie hätten von den "Ursachen" viel eher und nachhaltiger erschüttert werden müssen. Abschließend geht der General in seinem Rundschreiben auf die Rede Mielkes vor der Volkskammer ein:

"Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß Genosse Mielke den festen Vorsatz hatte, die Rolle, die Ergebnisse und Leistungen des gesamten Ministeriums und aller Mitarbeiter in das richtige Licht zu rücken. Wie auch immer ist diese Absicht durch die Art und Weise seines Auftretens nicht nur erfolglos geblieben, sondern hat letztendlich dem Ansehen des MfS geschadet. Wir alle sind mit Recht beschämt und empört. Das war nicht unser Niveau. Ich werde diese, unsere gemeinsame Meinung, in der Dienstberatung im MfS am 15.11.89 [...] deutlich zum Ausdruck bringen."

Diese Auffassung des Generals ist nur deshalb von Interesse, weil sie eine der ganz wenigen Meinungsäußerungen war, in denen Mielke zu diesem Zeitpunkt noch verteidigt wurde. Schmidt blieb seinem "Ziehvater" bis zum bitteren Ende treu. Vielen Offizieren der Bezirksverwaltung fiel es inzwischen jedoch schwer, an Mielkes gute Absichten zu glauben. Das Rundschreiben endet mit den Durchhalteparolen: "Rücken wir noch enger zusammen und festigen unsere Reihen. Es geht um die revolutionäre Erneuerung des Sozialismus. [...] Ich vertraue auf Euch."

Am 15. November 1989 begab sich der Leiter der Bezirksverwaltung Halle noch einmal zu einer der turnusmäßigen Dienstberatungen nach Berlin. Es sollte eine der letzten werden, an der er teilnahm. General Heinz Schmidt wurde bald von den Ereignissen überrollt. Er schien die Welt nicht mehr zu verstehen und reagierte nur noch auf die Geschehnisse, ohne ernsthaft etwas für die Rettung des Staatssicherheitsdienstes in Halle zu unternehmen. Obwohl Schmidt offiziell noch bis Anfang Dezember im Amt war, ging die Führung der Bezirksverwaltung allmählich an Offiziere wie Rolf Schöppe (1. Stellvertreter) und Peter Romanowski (Leiter der Abteilung VI) über, die flexibler waren und den Ereignissen realistischer ins Auge sahen.

4. Das Bezirksamt für Nationale Sicherheit - Metamorphose zur Rettung des Staatssicherheitsdienstes

Am 15. November 1989 fand in Berlin eine Dienstberatung des Kollegiums im Ministerium für Staatssicherheit mit den Leitern der Bezirksverwaltungen statt. Diese Beratung ragte in ihrer Bedeutung aus der Reihe der bisherigen regelmäßigen Besprechungen heraus. Denn entsprechend einer Vorabgespräche mit dem neuen Ministerpräsidenten Hans Modrow wurden in der Sitzung die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit sowie die Gründung eines Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS) beim Vorsitzenden des Ministerrates verkündet. Das AfNS würde in allen Bezirken sogenannte Bezirksamter und in ausgewählten Kreisen "Außenstellen der Bezirksamter" besitzen.⁶⁶ Der Leiter des AfNS wurde Generalleutnant Wolfgang Schwanitz, einer jener Stellvertreter Mielkes, der kaum im Licht der Öffentlichkeit gestanden hatte und deshalb als etwas weniger kompromittiert galt. Das Bemerkenswerteste an dem Beschluß zur Bildung des AfNS war, daß die Zahl der Mitarbeiter, die zunächst nahtlos vom MfS zum AfNS wechselten, um 8.000 reduziert werden sollte. Am 17. November gab Ministerpräsident Modrow in seiner Regierungserklärung die Metamorphose des Ministeriums für Staatssicherheit zum Amt für Nationale Sicherheit bekannt.

Der relativ kurze Zeitraum der Existenz des AfNS soll hier anhand von drei Schwerpunkten näher beleuchtet werden: Veränderungen in Struktur und Personalbestand, Probleme und Projekte der Öffentlichkeitsarbeit sowie die beginnende "Reduzierung des Aktenbestandes". Noch am 15. November informierte General Schmidt die Leiter seiner Dienstseinheiten über die in Berlin beschlossenen Veränderungen.⁶⁷ Die Bezirksverwaltung nannte sich nun Bezirksamt für Nationale Sicherheit (BAfNS), die Kreisdienststellen wurden zu "Kreisämtern". Leiter des Bezirksamtes blieb offiziell General Schmidt, obwohl in handschriftlichen Notizen der Mitarbeiter (alle Notizen enden im November 1989) nun öfter der Hinweis "kommissarischer Leiter Oberst Schöppe" auftaucht.⁶⁸ Die Pflichten und Verantwortlichkeiten des Bezirksamtes sollten eingeschränkt werden. Diese veränderte Aufgabenstellung führte zu einer wesentlichen Reduzierung der Arbeitsaufträge für die Kreise. Die verbliebenen Aufgaben der Kreisämter konnten nun von einigen Stützpunkten erledigt werden. Das bedeutete aber: "Alle bisherigen Kreisämter für Nationale Sicherheit werden aufgelöst."⁶⁹ An ihre Stelle würden "Außenstellen des Bezirksamtes" treten. Dabei war je-

⁶⁶ Vgl. Erklärung des Kollegiums des Ministeriums für Staatssicherheit, 15.11.1989; BStU, ASt Halle, Sachakte-AKG, Nr. 24, Bl. 1-11.

⁶⁷ Vgl. Aktenvermerk vom ehemaligen Verantwortlichen der Arbeitsgruppe des Leiters, Oberstleutnant Zacharias, 1.2.1990; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

⁶⁸ Vgl. Persönliche Arbeitsbücher, o. D.; BStU, ASt Halle, Sachakte-AKG, Nr. 2323, Bl. 44 und Nr. 279, Bl. 24.

⁶⁹ Konzeption über die Aufgaben und Struktur des Amtes für Nationale Sicherheit (künftig: AfNS), 29.11.1989; BStU, ASt Halle, Sachakte-AfNS, Nr. 2, Bl. 24.

doch nur noch jeweils eine Außenstelle für drei bis fünf Kreise vorgesehen. Die neuen Außenstellen sollten im Bereich des BAFNS Halle aus jeweils 50 bis 60 Mitarbeitern bestehen. Um sie der Aufmerksamkeit der Bevölkerung in den kleinen Kreisstädten zu entziehen sowie aus finanziellen Gründen war geplant, die Diensträume der Außenstellen in anderen Behörden einzuquartieren. Die Häuser der ehemaligen Kreisdienststellen konnten anderen Nutzern angeboten werden.

Das Bezirksamt für Nationale Sicherheit Halle sollte nur noch aus vier Grundeinheiten bestehen: dem Verfassungs- und Staatsschutz (Kernstück des neuen Amtes); der Aufklärungsabteilung; den Koordinierungseinheiten (mit dem Archiv und der Kaderabteilung) sowie den Sicherstellungseinheiten. Dazu sollten fünf bis sieben Außenstellen kommen. Diese geplante Struktur hätte auch für das BAFNS eine beträchtliche Reduzierung des Personalbestandes zur Folge gehabt. Denn mindestens neun Abteilungen mußten infolge der veränderten Aufgabenstellung aufgelöst werden. Zu diesen Abteilungen gehörten:

- die Abteilung VI (Kontrolle internat. Reiseverkehr/Tourismus) mit 39 Angestellten
- die Abteilung IX (die mit Juristen besetzte Untersuchungsabt.) mit 50 Angestellten
- die Abteilung XIV (Untersuchungshaft/Strafvollzug des MfS) mit 70 Angestellten
- die Abteilung M (Postkontrolle) mit 154 Angestellten
- die Bezirkskoordinierungsgruppe (Republikflucht/Ausreise) mit 23 Angestellten.

Weil die verbleibenden Abteilungen nur mit einem reduzierten Personalbestand in die neuen Struktureinheiten eingegliedert würden, konnten Offiziere und Unteroffiziere der aufzulösenden Abteilungen kaum von anderen Einheiten übernommen werden. Das bedeutete, in den folgenden Wochen mußten annähernd 50 Prozent der Mitarbeiter des Bezirksamtes Halle entlassen werden.⁷⁰

Das war die Aufgabenstellung, mit der die Leitung des Bezirksamtes Halle aus Berlin zurückkam. Auf dieser Grundlage sollte innerhalb der nächsten Tage ein "Entwurf der Aufgaben und Struktur des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit Halle" mit exakten Angaben zum Personalbestand erarbeitet werden. Wie kompliziert diese Aufgabe, an der die berufliche Existenz vieler Mitarbeiter hing, für die verantwortlichen Offiziere war, zeigen schon die verschiedenen Varianten der geplanten Außenstellen. Nachdem alle Überlegungen anfangs von sieben Außenstellen ausgegangen waren, diese dann auf sechs reduziert wurden, enthielt der Entwurf schließlich nur noch fünf Außenstellen. Das bedeutete eine Differenz von 120 Mitarbeitern. Ein anderes Problem stellten die in den bisherigen Stellenplänen enthaltenen 140 "versteckten Planstellen" dar. Dabei handelte es sich um Dienstposten für die Betreuung und Verwaltung der MfS-Ferienheime in Alexisbad, Günserode und am Kyffhäuser sowie für das Kinderferienlager Schönburg. Dazu gehörten weiterhin die Verwalter des "Zentralen Territoriallagers" Holleben (eines Waffen- und Ausrüstungslagers für den Mo-

⁷⁰ Vgl. ebenda, Bl. 23-27.

bilmachungsfall) sowie die Sportler und Betreuer der ehemaligen Handball-Oberliga-Mannschaft "Dynamo Halle-Neustadt". Diese Stellen sollten entweder von der Zentrale in Berlin übernommen oder gestrichen werden.⁷¹ Am 24. November waren die Arbeiten am Entwurf des Strukturplans weitgehend abgeschlossen. Das Papier wurde von Oberst Schöppe unterzeichnet und zur Bestätigung nach Berlin geschickt. Diese Vorschläge gingen ein in die "Vorläufigen Grundsätze für Aufgaben und Struktur des Amtes für Nationale Sicherheit", die am 3. Dezember in Berlin mit den Leitern aller Bezirksämter beraten wurden⁷².

Im Bezirksamt Halle passierte - außer der Erarbeitung des Strukturentwurfs durch die Führung - erst einmal nichts. Alles wartete auf zentrale Entscheidungen aus Berlin, und dort ließ man sich Zeit. Hinzu kam, daß einige leitende Offiziere in Halle nicht bereit waren, die anstehenden Veränderungen wirklich zu akzeptieren, entweder weil sie prinzipiell damit nicht einverstanden oder weil sie bei der Auflösung ihrer Abteilungen von Rückstufungen und Gehaltskürzungen betroffen waren. Besonders die beabsichtigte Auflösung der Kreisämter scheint in diesem Zusammenhang sehr umstritten gewesen zu sein. Ohne zu erkennen, daß der Staatssicherheitsdienst - wenn überhaupt - nur dann zu retten war, wenn er sich rasch und deutlich sichtbar den neuen politischen Verhältnissen anpaßte, taten diese Offiziere nichts, um Veränderungen im Bezirksamt voranzutreiben. Auch deshalb erfuhren die Mitarbeiter der mittleren und unteren Ebenen im Bezirksamt nur schrittweise von den geplanten Auflösungen. Den Mitarbeitern in den Kreisämtern erging es ähnlich. Noch am 24. November trat General Schmidt in einem Schreiben an die Kreisämter "angeblichen Gerüchten" über deren baldige Auflösung energisch entgegen.⁷³ In einem internen Gespräch bezeichnete er diese Geheimniskrämerei als eine Notwendigkeit, um nicht "noch mehr Unsicherheit und Unruhe in die Kollektive hineinzutragen".⁷⁴

Erst am 1. Dezember 1989 wurden die Mitarbeiter im Bezirksamt und in den Kreisämtern über die Gründung einer "Kaderkommission zur Vorbereitung der Umstrukturierung" informiert.⁷⁵ Diese zeitweilige Kommission, deren Bildung bereits am 18. November von General Schwanitz angewiesen worden war, stand in Halle unter der Leitung von Oberst Schöppe. Sie hat nachweislich bereits am 27. November getagt. In dieser Sitzung hatte Oberst Schöppe unter anderem vorgeschlagen, alle Mitarbeiter herauszusuchen, die man aus Alters- oder Gesundheitsgründen in den Ruhestand schicken könnte. Ansonsten nahm man sich vor, mit jedem Offizier bzw. Unteroffizier im Bezirksamt zu sprechen, um auf diese

⁷¹ Vgl. Schreiben des 1. Stellvertreters des Leiters im Bezirksamt für Nationale Sicherheit (künftig: BAfNS) Halle, Schöppe, an Generalmajor Niebling, 24.11.1989; BStU, ASt Halle, Sachakte- BdL, Nr. 1, Bl. 11.

⁷² Vgl. Süß: Entmachtung, S. 38-42.

⁷³ Vgl. Schreiben des Leiters des BAfNS Halle an die Leiter der Kreisämter, 24.11.1989; BStU, ASt Halle, Sachakte- AKG, Nr. 994, Bl. 1.

⁷⁴ Vgl. handschriftliche Notiz vom 27.11.1989; BStU, ASt Halle, Sachakte-BdL, Nr. 1, Bl. 13.

⁷⁵ Vgl. Information der Leitung des BAfNS Halle an alle Mitarbeiter: Bildung zeitweiliger Kommissionen im AfNS, 1.12.1989; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

Weise das geeignete Personal für das künftige Amt zu ermitteln.⁷⁶ Seit Anfang Dezember 1989 fanden deshalb in den Abteilungen mit nahezu allen Offizieren und Unteroffizieren Personalgespräche statt, in denen die Mitarbeiter über die zukünftigen Aufgaben und die neue Struktur informiert sowie mit einer möglichen Kündigung konfrontiert wurden. So erfuhren zum Beispiel die Angestellten der Abteilung XII (Archiv und Auskunftsdatei), daß ihre Struktureinheit von bisher 30 auf zehn Mitarbeiter reduziert werden müßte.

Ein normaler Dienstbetrieb war nun im Bezirksamt und den Kreisämtern kaum noch möglich, denn jeder wartete insgeheim auf die Entscheidung, wer bleiben könne und wer gehen müsse. Und natürlich hegten fast alle im Stillen die Hoffnung, nicht unter den Entlassenen zu sein. Selbstverständlich war es dem Bezirksamt für Nationale Sicherheit aufgrund seiner Verbindungen und seines damals noch vorhandenen Einflusses möglich, den gekündigten Angestellten sofort andere Arbeitsplätze zu verschaffen. In Halle bekamen die ehemaligen MfS-Mitarbeiter unter anderem Arbeitsplätze im Reichsbahn-Ausbesserungswerk, bei der Volkspolizei, in den städtischen Verkehrsbetrieben und in der Waggonfabrik Ammendorf angeboten.⁷⁷ Es gab in Halle auch einige Offiziere und Unteroffiziere, die sogar froh darüber waren, jetzt problemlos den Absprung aus dem Staatssicherheitsdienst schaffen zu können und darüber hinaus noch einen ansprechenden, neuen Job zugewiesen zu bekommen. Die Mehrheit der Mitarbeiter wollte jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht ihre angestammten Arbeitsplätze bei "der Firma" aufgeben. Insgesamt stellten nur 110 Angestellte im Bereich des Bezirksamtes Halle bis Ende November 1989 ein "Entpflichtungsgesuch". Die große Entlassungs- und Entpflichtungswelle sollte erst im Dezember einsetzen. Bis dahin vernahm man aus den Diensträumen im Bezirksamt und den Kreisämtern zumeist: "Wir bleiben hier bis zum Schluß!" Die meisten Staatssicherheitsbediensteten wußten nämlich, daß die Mehrzahl ihrer künftigen Kollegen sie feindselig empfangen würde. Der Ruf "Stasi in die Volkswirtschaft!" hatte inzwischen seinen eigentlichen Inhalt eingebüßt. Also blieben die Geheimdienstler trotz aller Ungewißheit lieber bei "ihrer Firma" und hofften auf bessere Zeiten.⁷⁸

Nur ein Bereich des Staatssicherheitsdienstes löste sich im Bezirk Halle bereits zu diesem Zeitpunkt nahezu vollständig auf, die "Inoffiziellen Mitarbeiter" (IM). Diese Spitzel, die oft im engsten Bekannten- und Freundeskreis Informationen für das MfS gesammelt hatten, gab es seit der Gründung des Geheimdienstes. Von Anfang an hatten jedoch einzelne IM versucht, sich ihren Führungsoffizieren zu entziehen und die Spitzeltätigkeit aus eigenem Antrieb zu beenden. Das traf weniger auf jene IM zu, die sich aus "politischer Überzeugung" oder finanzieller Vorteile wegen zur Zusammenarbeit mit dem MfS verpflichtet hat-

⁷⁶ Vgl. Protokoll der 1. Beratung der Kaderkommission, 27.11.1989; BStU, ASt Halle, Sachakte-BdL, Nr. 1, Bl. 1 und 13-15.

⁷⁷ Vgl. Auflistung der Arbeitsstellen ausgeschiedener Mitarbeiter (angefertigt für den "Runden Tisch" des Bezirkes Halle), 31.1.1990; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

⁷⁸ Interview P. R., R. S. und V. L.

ten, als auf die Inoffiziellen Mitarbeiter, welche durch Drohungen und Gefängnis zur Mitarbeit erpreßt worden waren. Im Sommer 1989 war die Zahl der IM, die ihre Zuträgertätigkeit beenden wollten, plötzlich sprunghaft angestiegen. Während man sich bis dahin vor allem durch Wohnortwechsel, Passivität oder "Dekonspiration" dem Einfluß der Führungsoffiziere entzogen hatte, kam nun verstärkt "Republikflucht über Ungarn" hinzu. Seit Oktober 1989 brachten IM auch den Mut auf, ihren Führungsoffizieren mündlich oder schriftlich zu erklären, daß sie die Zusammenarbeit wegen der Situation im Land beenden wollten. Da es jedoch nicht problemlos war, aus dem Spitzelnetz freizukommen, hielt die große Mehrheit der Zuträger bis zum Schluß ihren Führungsoffizieren die Treue. Einige IM führten sogar noch bis zum Ende des Monats November 1989 gewissenhaft Aufträge aus.

Im Rahmen der Umstrukturierung zum Amt für Nationale Sicherheit mußte auch der IM-Bestand wesentlich verringert werden. Seit dem 28. November 1989 bestand sowohl im Bezirksamt Halle als auch in den untergeordneten Kreisämtern die Weisung, alle IM zu überprüfen, die Mehrzahl zu archivieren (das heißt auszusondern) und sich aus den 20 Prozent der "effektiven IM" die wertvollsten für eine weitere Zusammenarbeit herauszusuchen.⁷⁹ In Anbetracht der geplanten Auflösung der Kreisämter, in denen über 50 Prozent des IM-Bestandes geführt wurde, waren zunächst 8 bis 10 Prozent der ehemals 6.500 Inoffiziellen Mitarbeiter für die weitere Arbeit des Bezirksamtes Halle vorgesehen. Im Verlauf der stürmischen Ereignisse im Dezember 1989 schrumpfte die Zahl der IM des Bezirksamtes Halle auf etwa zwei Prozent des ehemaligen Bestandes. Mit diesen ausgewählten IM führten die Staatssicherheitsoffiziere zum Teil noch intensive Gespräche, um sie zur Fortsetzung ihrer geheimdienstlichen Tätigkeit zu bewegen. Fast alle erklärten sich zur Weiterführung ihrer Spitzeltätigkeit im Rahmen des AfNS bereit. Die übrigen Tausende Inoffiziellen Mitarbeiter des Bezirksamtes Halle wurden nach und nach von ihrer Verpflichtung entbunden und ihre Akten archiviert. In Fällen von "besonders kameradschaftlicher Zusammenarbeit" sollen Führungsoffiziere ihren IM beim Abschiedsgespräch sogar versprochen haben, deren Akten vor dem Zugriff der Allgemeinheit zu vernichten. Einige Offiziere versuchten wirklich, dieses Versprechen einzuhalten. Die letzten Kontakte zu Inoffiziellen Mitarbeitern wurden im Bereich des Bezirksamtes Halle erst im Januar 1990 abgebrochen.⁸⁰

Die Entlassung der Inoffiziellen Mitarbeiter blieb der Bevölkerung natürlich verborgen. Sie merkte nur, daß sich seit den großspurigen Bekanntmachungen und Zeitungsinterviews über den angeblich neuen, demokratischen Geheimdienst beim MfS noch nichts erkennbar verändert hatte. Um den "Menschen auf der Straße" ein anderes Bild zu suggerieren, sollten Abteilungen für Öffentlichkeitsarbeit wirksam werden. Noch Mitte November 1989 do-

⁷⁹ Vgl. Persönliche Arbeitsbücher; BStU, ASt Halle, Sachakte-AKG, Nr. 279, Bl. 25.

⁸⁰ Diesem Abschnitt liegt noch keine statistische Erhebung zugrunde. Die Prozentzahlen basieren auf Erfahrungswerten der Mitarbeiter der Außenstelle Halle des BStU, die im Rahmen ihrer Tätigkeiten inzwischen fast alle der erhalten gebliebenen IM-Akten - ihre Zahl geht in die Tausende - durchgesehen haben.

minierte unter der Generalität des Staatssicherheitsdienstes die Auffassung, die Emotionen gegen das MfS würden vor allem daraus resultieren, daß die Bevölkerung viel zu wenig über die Arbeit des Geheimdienstes wisse. "Generell müssen wir mehr an die Öffentlichkeit, wir müssen sagen, daß sich unsere Arbeit nicht gegen die Bevölkerung richtet, sondern eine Arbeit zu ihrer Sicherheit ist."⁸¹ Zwar hatte es bereits zu Zeiten Erich Mielkes eine gewisse "Arbeit in der Öffentlichkeit" gegeben. Doch hatte sie nur aus einigen "entlarvenden Pressebeiträgen" sowie vom MfS initiierten "aufklärenden Fernseh- und Kinofilmen" bestanden. Ansonsten war sie fast ausschließlich darauf beschränkt gewesen, daß ausgewählte Mitarbeiter in ausgewählten Institutionen und vor ausgewähltem Publikum Vorträge gehalten hatten.⁸² Nun sollten solche Vorträge vor einem Publikum stattfinden, das nicht mehr so stark ausgesiebt war, und neben die Vortragstätigkeit als neue Hauptsäule eine wirkliche Arbeit mit den Medien treten. Dementsprechend umfaßte die Gründung des Amtes für Nationale Sicherheit auch die Bildung einer Pressestelle, die Ernennung eines Pressesprechers und die Schaffung von Abteilungen für Öffentlichkeitsarbeit in den Bezirksämtern für Nationale Sicherheit.

Während der Ausarbeitung des Strukturentwurfs für das Bezirksamt Halle kamen die verantwortlichen Offiziere überein, daß die Öffentlichkeitsarbeit in keiner selbständigen Abteilung angesiedelt, sondern nur einer von fünf Bereichen in der neuen Abteilung "Auswertung und Speicherführung" werden sollte. Für den Bereich "Öffentlichkeitsarbeit/Presse" wurden 21 Mitarbeiter vorgesehen. Schwierigkeiten traten bei der Frage auf, wer diesen Bereich leiten sollte, denn die neu konzipierte Pressearbeit erschien den meisten Geheimdienstoffizieren als sehr suspekt. Nach einigen Diskussionen einigte man sich schließlich auf den Leiter der zur Auflösung vorgesehenen Abteilung VI (Kontrolle Reiseverkehr/Tourismus), Oberstleutnant Peter Romanowski.⁸³

Auf welche Weise Sympathiewerbung betrieben werden sollte, wurde im "Konzept zur Gestaltung einer wirksamen Öffentlichkeitsarbeit" des Bezirksamtes Halle dargelegt. Darin heißt es, das Ziel müßte sein: "Erlangung und Festigung des Vertrauensverhältnisses zwischen der Bevölkerung und dem Sicherheitsorgan [...] Rechenschaftslegung des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit über die Erfüllung des verfassungsmäßigen Auftrages."⁸⁴ Es gibt unter dieser Zielstellung noch einen dritten Punkt, der lautet: "Herausbildung und Festigung sicherheits- sowie rechtsstaatlich geprägter Denk- und Verhaltensweisen." Mit Recht hat hier jemand am Rand vermerkt: "Von wem?" Denn diese

⁸¹ Manuskript (wahrscheinlich vom Verantwortlichen für Öffentlichkeitsarbeit im BAFNS Halle), o. D.; BStU, ASt Halle, Sachakte-AKG, Nr. 2092, Bl. 16.

⁸² Vgl. ebenda, Bl. 18.

⁸³ Vgl. Entwurf der Aufgaben und Struktur des BAFNS Halle, o. D.; BStU, ASt Halle, Sachakte- BdL, Nr. 1, Bl. 1, 2 und 52.

⁸⁴ Konzeption zur Gestaltung einer wirksamen Öffentlichkeitsarbeit des BAFNS Halle, 20.11.1989; BStU, ASt Halle, Sachakte-AKG, Nr. 2092, Bl. 12.

Zielstellung war wohl in erster Linie eine Aufgabe, die innerhalb des Amtes gelöst werden mußte. Weiter heißt es in der Konzeption: "Die inhaltliche Ausrichtung aller Maßnahmen konzentriert sich auf die Selbstdarstellung des ANS; die Vermittlung von Erkenntnissen über Pläne, Absichten und das Vorgehen feindlicher Einrichtungen, Zentren und Kräfte."⁸⁵ Formen der Öffentlichkeitsarbeit sollten sein: Pressegespräche; Mitteilungen in Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen; Foren; Vorträge sowie die "Bearbeitung aller an das Bezirksamt des ANS gerichteten Eingaben".⁸⁶

Die Pläne zur Propagandaarbeit konnten den meisten Mitarbeitern des Bezirksamtes Halle nicht mehr bekannt gemacht werden. Die Konzeption sowie alle übrigen Pamphlete blieben in den Schränken liegen. Genauso wie bei den strukturellen Veränderungen im Bezirksamt für Nationale Sicherheit blieb auch in diesem Fall die Geschwindigkeit der Entscheidungsfindung und -ausführung weit hinter der rasanten politischen Entwicklung zurück. Alle Pläne waren, kaum verfaßt, schon überholt.

Großes Kopfzerbrechen bereiteten der Führung des Amtes für Nationale Sicherheit die Millionen Akten, geheimen Befehle, Filme und Magnetbänder, welche im Verlauf der fast 40jährigen Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes zusammengetragen worden waren. Die Aktenberge mit den vielen kompromittierenden Einzelheiten stellten für die Offiziere des Staatssicherheitsdienstes und deren IM keine Gefahr dar, solange die Papiere in streng abgeschirmten Archiven lagerten. Diese Situation hatte sich jedoch im Oktober 1989 dramatisch gewandelt. Seitdem die ersten Demonstrationzüge vor die Gebäude der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen gezogen waren und die Menschen laut gefordert hatten: "Stasiakten nicht vernichten; Betroffene wollen Fakten sichten; das Ausmaß der Bespitzelung lichten und selbst moralisch darüber richten!"⁸⁷ - seit diesen Tagen schienen den Geheimdienstoffizieren selbst ihre wohlverwahrten Akten vor dem Zugriff der Bürger nicht mehr völlig sicher zu sein. Deshalb beschloß das AfNS, unter dem Deckmantel der Beseitigung überflüssig gewordener Materialien, alle diskreditierenden Akten zu vernichten oder zumindest aus den unsicher gewordenen Häusern der Kreisämter in die Bezirksämter zu verlagern.

Bereits am 16. November 1989 hatte die Führung des MfS angeordnet, den Bestand der über 100 Dokumente zur Vorbereitung und Durchführung einer möglichen Mobilmachung zu reduzieren.⁸⁸ Das bedeutete, den überwiegenden Teil der oft streng geheimen Mobilmachungsunterlagen - darunter auch die Namenslisten der "im Ernstfall" zu isolierenden Per-

⁸⁵ Ebenda.

⁸⁶ Vgl. ebenda, Bl. 13 .

⁸⁷ Ein Transparent mit diesem Text befindet sich im Stadtmuseum Halle/Saale.

⁸⁸ Vgl. Schreiben des Leiters der Arbeitsgruppe des Leiters (künftig: AGL) des AfNS an die Leiter der AGL in den Bezirksamtern, 16.11.1989; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

sonen - zu vernichten bzw. zur Zentrale nach Berlin zu schicken. Dieser Befehl konnte im Bezirksamt für Nationale Sicherheit Halle noch weitgehend verwirklicht werden.

Am 20. November erließ der Leiter des BAFNS Halle eine Weisung zur "Vorbereitung der Reduzierung und Deponierung des Bestandes an dienstlichen Bestimmungen und Weisungen [...] des Bezirksamtes Halle".⁸⁹ Die Quintessenz dieser Anweisung bestand darin, alle geheimen Dokumente "unverzüglich zentral, geordnet und nachweisbar in den Dienststeinheiten zu deponieren", um sie im Notfall schnell zur Hand zu haben. "Personalakten und Arbeitsakten zu IM, OV- und OPK-Akten und andere operative Materialien verbleiben in den Abteilungen [...] und sind inhaltlich verantwortungsvoll zu ordnen."⁹⁰ Obwohl dieser Befehl dem Anschein nach nicht der Anstoß für weitere Aktenvernichtungen sein sollte, löste der Nebensatz über das "verantwortungsvolle Ordnen" erneute "Reißwolf-Aktionen" im Bezirksamt aus.

Vier Tage später, am 24. November, erging eine Weisung an alle Kreisämter und Objektdienststellen im Bezirk Halle. Sie bezog sich auf ein geheimes Schreiben des Leiters des AfNS, das am 22. November Halle erreicht hatte.⁹¹ Mit dieser Anweisung sollte die vollständige Auslagerung bzw. Vernichtung der Akten aus den Kreisämtern und Objektdienststellen beginnen. In den Ämtern würden nur solche Informationen bleiben, "die für die unmittelbare operative Handlungsfähigkeit benötigt werden".⁹² Akten besonders heikler Vorgänge⁹³ mußten direkt zur Zentrale nach Berlin überführt werden. Die Weisung schloß mit der eindringlichen Mahnung:

"Bei der Auslagerung ist zu beachten, daß es zunehmend Erkenntnisse gibt über Kontrollen der Kreisämter durch Kräfte aus Sammlungsbewegungen/Vereinigungen zur Feststellung der Vernichtung bzw. Auslagerung von Materialien. Die Vernichtung bzw. Auslagerung hat unter [...] Wahrung der strengsten Geheimhaltung, Konspiration und Sicherheit zu erfolgen." ⁹⁴

Den Problemen des Schriftgutes im Bezirksamt Halle widmete sich schließlich noch eine Kommission, die Ende November gebildet worden war. Sie wirkte unter dem Vorsitz des Leiters der Abteilung XII (Archiv), Oberstleutnant Rauch, und des stellvertretenden Leiters der AKG, Oberstleutnant Eichapfel. Die Kommission legte Anfang Dezember 1989 eine

⁸⁹ Weisung des Leiters des BAFNS Halle an alle Dienststeinheiten: Vorbereitung der Reduzierung und Deponierung des Bestandes an dienstlichen Bestimmungen und Weisungen in den Abteilungen, selbständigen Referaten und Arbeitsgruppen des Bezirksamtes Halle, 21.11.1989; BStU, ASt Halle, Sachakte-AKG, Nr. 998, Bl. 1-5.

⁹⁰ Ebenda, Bl. 3.

⁹¹ Vgl. Schreiben des Leiters des AfNS an die Leiter der Bezirksämter: Reduzierung des Bestandes registrierter Vorgänge und Akten sowie weiterer operativer Materialien und Informationen, 22.11.1989; BStU, ASt Halle, Sachakte-AKG, Nr. 991, Bl. 21-27.

⁹² Vgl. Weisung des Leiters des BAFNS Halle an alle Dienststeinheiten: Reduzierung des Bestandes registrierter Akten und Vorgänge, 24.11.1989; BStU, ASt Halle, Sachakte-AKG, Nr. 991, Bl. 13-20.

⁹³ Als heikel galten: Akten über IM in der BRD; IM in besonderen Positionen sowie über IM, die gezielt auf "innere Feinde" angesetzt waren. Zu dieser Kategorie zählte man nun ebenfalls Materialien über Personen, "die als Dialogpartner unserer Partei auftreten".

⁹⁴ Weisung des Leiters des BAFNS Halle an alle Dienststeinheiten: Reduzierung des Bestandes, Bl. 17.

"Konzeption zum Ablauf der 'Vernichtung' politisch-operativen Schriftgutes"⁹⁵ vor. Darin bestimmte sie, alle Materialsammlungen und Karteien über Republikflüchtige, Botschaftsbesetzer, kirchliche Amts- und Würdenträger, führende Personen in den Blockparteien und Initiatoren der Bürgerbewegungen sofort zu vernichten. Es sollte nur das Material aufgehoben werden, "was belegt, daß das ehemalige MfS bereits rechtzeitig, umfassend und objektiv auf die Probleme aufmerksam gemacht hat".

Zum Glück für all jene, die an der Aufarbeitung der Geschichte des MfS interessiert sind, liefen auch die Operationen zur Umlagerung und Selektion der Akten nur sehr schwerfällig an oder sie wurden gestoppt, ehe sie verwirklicht werden konnten. Dem Mut und der Entschlossenheit vieler Einwohner in Halle und den Kreisstädten war es vor allem zu verdanken, daß gerade im Bezirk Halle viele Materialien des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes vor der Vernichtung bewahrt werden konnten.

Versuchte Aktentransporte waren das einzige, was die Menschen auf den Straßen vom angeblich neuen Amt für Nationale Sicherheit bemerkten. Viele fühlten sich inzwischen in dem Mißtrauen bestärkt, das sie schon bei der Bekanntgabe der Bildung eines "AfNS" befallen hatte. Auf den Demonstrationen in Halle und in einigen Kreisstädten wurden immer mehr Stimmen laut, die das AfNS als einen Mummenschanz des Ministeriums für Staatssicherheit bezeichneten.⁹⁶ Selbst von den Offizieren des Bezirksamtes Halle charakterisierten nur noch wenige das umbenannte Amt als einen Neubeginn, in dem die angeblich positiven Eigenschaften des alten MfS mit rechtsstaatlichen Grundsätzen vereint werden sollten. Die Mehrheit bezeichnete die Bildung des Amtes für Nationale Sicherheit als eine wenig einschneidende Namensänderung - einen Versuch, den größeren Teil des völlig abgewirtschafteten und diskreditierten Ministeriums für Staatssicherheit über die Zeit zu retten. Er sollte gleichzeitig dazu genutzt werden, die "Wasserkopf"-Verwaltung sowie die vielen ineffektiven Inoffiziellen Mitarbeiter problemlos abzubauen.⁹⁷

Die Mitglieder des Neuen Forum in Halle betrachteten das Amt für Nationale Sicherheit als einen Etikettenschwindel. Das offensichtliche Verharren dieses angeblich neuen Geheimdienstes auf den alten MfS-Positionen schien ihre Meinung zu bekräftigen. Das AfNS war für sie von Anfang an das gleiche Reizthema wie das frühere Ministerium für Staatssicherheit. Auch deshalb stand für Frank Eigenfeld, Dietmar Webel und die anderen Bürgerrechtler fest, daß dieser sich selbst als "tschekistisch" bezeichnende Geheimdienst, der Jahrzehnte lang wie ein Alpdruck auf der Bevölkerung der DDR gelegen hatte, sobald wie möglich aufgelöst werden mußte. Nur eine Sorge ließ sich dabei nicht völlig verdrängen. Wie konnte

⁹⁵ Vgl. Konzeption zum Ablauf der "Vernichtung" politisch-operativen Schriftgutes sowie weiterer Dokumente in der AKG, o. D. (vor dem 5.12.1989); BStU, ASt Halle, Sachakte-AKG, Nr. 1003, Bl. 10-13.

⁹⁶ Vgl. Information des BAfNS Halle an die Zentrale: Über die politisch-operative Lage im Bezirk Halle, 21.11.1989; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

⁹⁷ Interview P. R., R. S. und V. L.

man den Staatssicherheitsdienst in Halle auflösen, ohne dessen Mitarbeiter in Panik zu versetzen? Denn im Gegensatz zur Volkspolizei war mit dem Bezirksamt für Nationale Sicherheit in Halle kein Abkommen über eine Sicherheitspartnerschaft zur Vermeidung von Gewalt zustande gekommen. Die Ausbrüche staatlicher Gewalt hafteten noch zu frisch in den Gedächtnissen. So waren Sorge und Angst wohl verständlich. Was würde geschehen, wenn in die Enge getriebene "Stasi-Offiziere" die Nerven verloren und zu einer der vielen im Bezirksamt lagernden Waffen griffen? Deshalb zögerte die Leitung des Neuen Forum in der Saalestadt die Entscheidung über eine Besetzung der "Stasigebäude" hinaus. Was sie zu diesem Zeitpunkt nicht ahnte, war die Tatsache, daß die Mehrzahl der Mitarbeiter im Bezirksamt inzwischen ähnliche Befürchtungen hegte und sich weitgehend zur Gewaltlosigkeit durchgerungen hatte. Als sich aber die Meldungen über versuchte Aktentransporte und -vernichtungen häuften, mußten die Bürger handeln.

5. Die Besetzung des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit in Halle am 5. Dezember

In der zweite Novemberhälfte 1989 war die Protest- und Reformbewegung der DDR-Bürger scheinbar in eine ruhigere Phase eingetreten. Einige der Genossen in den Führungsetagen der SED atmeten schon erleichtert auf und meinten, mit ihrer "Wende- und Dialogpolitik" sowie mit der Grenzöffnung, der Bürgerbewegung die Massenbasis entzogen zu haben. Das erwies sich jedoch schon bald als ein weiterer Irrtum, denn Anfang Dezember überschlugen sich die Ereignisse erneut. Am 3. Dezember erhielt das Bezirksamt für Nationale Sicherheit Halle die alarmierende Anweisung, "die volle Arbeitsbereitschaft" herzustellen und die Objektsicherung unverzüglich zu verstärken. Absender dieses Telegramms war die Zentrale des AfNS in Berlin, in der man damit rechnete, daß es nach der Flucht Schalck-Golodkowskis sowie dem Rücktritt der SED-Führung zu emotional aufgeladenen Demonstrationen kommen könnte.⁹⁸ Sowohl im Bezirksamt Halle als auch in seinen Kreisämtern wuchs unter den Mitarbeitern die Angst vor einer möglichen Besetzung oder gar einem Sturm der Demonstranten auf die Dienstgebäude. Zugleich wurde immer öfter die sorgenvolle Frage gestellt: "Was wird aus uns und unseren Familien, wenn man uns womöglich einfach auf die Straße setzt?"⁹⁹ Diese Unruhe verstärkte sich noch, als in den Nachmittagsstunden des 4. Dezember - fälschlich - gemeldet wurde, das Bezirksamt Erfurt sei gestürmt worden.¹⁰⁰ Gleichzeitig setzte sich jetzt unter den meisten Offizieren und Unteroffizieren die Ansicht durch, daß Gewaltlosigkeit gegenüber möglichen Demonstranten vor dem Bezirksamt die einzige Möglichkeit war, ungeschoren davonzukommen. "Sich gegen mögliche Eindring-

⁹⁸ Vgl. Fernschreiben des Leiters des AfNS an die Leiter der Bezirksamter, 3.12.1989; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag. - Süß: Entmachtung, S. 54.

⁹⁹ Interview P. R.

¹⁰⁰ Zu dieser Falschmeldung vgl. Süß: Entmachtung, S. 56.

linge mit der Waffe zu wehren, brachte doch jetzt nichts mehr. Sollten wir vielleicht auf Arbeiter schießen?"¹⁰¹ Selbst den Einsatz von Wasserwerfern und Tränengas betrachtete man zu diesem Zeitpunkt kaum noch als eine mögliche Alternative.

Am 5. Dezember 1989 traf ein chiffriertes Telegramm im Bezirksamt Halle ein. Darin wies der Leiter des AfNS "aus gegebenem Anlaß" darauf hin, unbedingt die dienstlichen Bestimmungen zum Geheimnisschutz einzuhalten. Er forderte, "in jedem Fall mit angemessenen Mitteln zu verhindern, daß unberechtigte Personen Einsicht in Staatsgeheimnisse des Amtes [...] nehmen".¹⁰² In einem zweiten Telegramm klangen diese Forderungen schon wesentlich moderater:

"Es ist damit zu rechnen, daß autorisierte Kontrollgruppen, [...], gebildet und in den BAFNS [...] Arbeits- und Kontrollmöglichkeiten erhalten werden. Können unter Ausschöpfung aller dazu geeigneten Möglichkeiten, [...], die Forderungen dieser Kontrollgruppen nicht abgewiesen werden, sind die Öffnung von Räumen und Schränken sowie Einsichtnahme in Dokumente und Unterlagen zu ermöglichen."¹⁰³

Den Kontrollgruppen sollten aber nur völlig unverfängliche Materialien vorgelegt werden. Eine Einsichtnahme in geheime Dokumente und Akten war, laut Befehl, unbedingt zu verhindern. Diese Telegramme erlangten im Bezirksamt Halle keine große Bedeutung mehr. Denn zur gleichen Zeit traten Ereignisse ein, welche die Arbeitsmöglichkeiten des Staatssicherheitsdienstes stark einschränkten. Seit den Morgenstunden des 5. Dezember standen Volkspolizisten vor allen Ein- und Ausgängen zum Gelände des Bezirksamtes und kontrollierten jedes Fahrzeug sowie jeden Mitarbeiter. Initiatoren dieser Maßnahme waren Mitglieder des Neuen Forum gewesen. Sie berichteten darüber im Herbst 1994¹⁰⁴ folgendes:

Am Abend des 4. Dezember 1989 hatte sich der Sprecherrat des Neuen Forum Halle in der Wohnung eines seiner Mitglieder versammelt. Plötzlich klingelte das Telefon. Eine erregte Stimme am anderen Ende der Leitung teilte mit, daß aus dem Kreisamt für Nationale Sicherheit in Eisleben Akten weggebracht werden sollten. Ein beladener LKW mit fest verschlossenem Verdeck wolle das Gelände verlassen, werde jedoch von mutigen Bürgern aufgehalten. Man bat das Neue Forum um Hilfe. Nach kurzer Beratung entschloß sich der Sprecherrat, zwei Vertreter nach Eisleben zu schicken. Diese sollten entweder mit Hilfe der Einwohner den Transport verhindern oder ihn zumindest fotografisch dokumentieren. Dietmar Webel und der Fotograf Andre Boltze erklärten sich bereit, die Aufgabe zu übernehmen, und begaben sich sofort auf den Weg. In Eisleben angekommen, sahen sie, daß couragierte Bürger bereits die Volkspolizei geholt hatten und mit deren Hilfe dafür sorgten, daß keine Akten aus dem Kreisamt herausgebracht werden konnten.

¹⁰¹ Interview R. S.

¹⁰² Telegramm des Leiters des AfNS an die Leiter der Bezirksamter, 5.12.1989; BStU, ASt Halle, Sachakte-AKG, Nr. 1050, Bl. 1.

¹⁰³ Telegramm des Leiters des AfNS an die Leiter der Bezirksamter, 6.12.1989; ebenda, Bl. 2.

¹⁰⁴ Der folgende Bericht basiert auf einem Interview, das der Autor mit Herrn Webel im November 1994 führte.

Auf dem Heimweg reifte bei Dietmar Webel der Gedanke, was in Eisleben möglich gewesen war, das müsse auch in Halle gelingen. Wen konnte man jedoch um Mitternacht aus dem Bett holen? Webel und Boltze entschlossen sich, wenigstens beim Bezirksamt der "Stasi" vorbeizuschauen. In Halle angekommen, fuhren sie sogleich zum Gebäudekomplex am Gimritzer Damm. Dort sahen sie schon von weitem, daß gerade ein Lastwagen mit verschlossenem Verdeck das Bezirksamt verließ. Jetzt mußte schnell gehandelt werden. Also rief Dietmar Webel gegen 2.00 Uhr morgens den stellvertretenden Bezirksstaatsanwalt Fichtner an. Er schilderte ihm die Situation und forderte, der Polizei die Anweisung zur Überwachung der Ämter für Nationale Sicherheit im Bezirk zu geben. Staatsanwalt Fichtner erwiderte verblüfft: "Na meint ihr denn, daß diese Maßnahmen wirklich nötig sind?"¹⁰⁵ Die Leiter der Ämter seien eigentlich darauf hingewiesen worden, keine Akten zu vernichten. Das müßte doch genügen. Mit dieser Auskunft konnten sich Dietmar Webel und Andre Boltze nicht zufrieden geben. Es gelang ihnen schließlich, dem Staatsanwalt die Zusage abzurufen, er würde sofort bei der Polizei die Bewachung der entsprechenden Gebäude beantragen.¹⁰⁶ Danach kamen beide überein, erst einmal schlafen zu gehen und am späten Morgen gemeinsam die Sicherung der Gebäude zu überprüfen.

Am 5. Dezember, gegen 7.00 Uhr, erhielt Frank Eigenfeld, einer der Initiatoren des Neuen Forum in Halle, einen Telefonanruf. Berliner Mitstreiter des Neuen Forum informierten ihn, daß Bürger in den anderen Bezirken die Zentralen des Staatssicherheitsdienstes besetzt hätten oder gerade dabei wären, sie zu besetzen. Halle mit einer der gefürchtetsten Bezirksverwaltungen dürfe nicht zurückstehen. "Also tut etwas, um der Wühl- und Spitzeltätigkeit der Stasi ein Ende zu bereiten und die Akten zu sichern!"¹⁰⁷ Nachdem er aufgelegt hatte, mußte Frank Eigenfeld sich erst einmal hinsetzen. Die Gedanken überschlugen sich. Er sollte vor die gefürchteten Gebäude am Gimritzer Damm ziehen und den Staatssicherheitsdienst einfach so zum Aufgeben zwingen? Das konnte nicht gut gehen. Er hatte Angst, denn zu schlecht waren die Erfahrungen, die er seit mehr als zehn Jahren mit dieser Bezirksverwaltung gemacht hatte. Außerdem war es Dienstagmorgen. Der Schwung der Montagsdemonstration war vorbei. Die Menschen gingen wieder ihren Geschäften nach und hatten eigene Sorgen. Eigenfeld ordnete seine Gedanken. Zwei Entschlüsse kristallisierten sich heraus: Er mußte schnell etwas unternehmen, und wenn er schon zur Staatssicherheit gehen sollte, dann nicht allein. Frank Eigenfeld telefonierte mit einem seiner engeren Bekannten aus der Bürgerbewegung, dem Pfarrer Ulrich Schlademann. Er schilderte ihm die Situation und beide verabredeten, sich um 9.00 Uhr am "Polizeipräsidium" zu treffen.

¹⁰⁵ Interview D. Webel.

¹⁰⁶ Laut Bericht der Bezirksdirektion der Volkspolizei (künftig: BDVP) traf noch in derselben Nacht ein entsprechendes Ersuchen der Staatsanwaltschaft bei der BDVP ein. - Bericht der BDVP: Maßnahmen der DVP zur Durchsetzung von Sicherungsmaßnahmen an den ehemaligen Ämtern für Nationale Sicherheit, 5.1.1990; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

¹⁰⁷ Interview F. Eigenfeld.

Nach 9.00 Uhr betraten Frank Eigenfeld und Ulrich Schlademann das Volkspolizeikreisamt am Hallmarkt. Sie trugen einem "Offizier vom Dienst" ihr Anliegen vor. Der Major der Volkspolizei hörte sie wohlwollend an, teilte ihnen dann jedoch mit, daß entsprechend einer Weisung des Ministers die Polizei nur auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft wirksam werden dürfe. Also begaben sich Eigenfeld und Schlademann zur Bezirksstaatsanwaltschaft am Hansering. Dort eröffnete ihnen ein erstaunter Pförtner, daß bereits zwei Vertreter des Neuen Forum im Vorzimmer des Bezirksstaatsanwalts saßen. Nach einem Telefonat ließ man sie ebenfalls hinein. Im Vorzimmer begegneten sie Dietmar Webel und Andre Boltze. Die beiden hatten sich gegen 8.00 Uhr getroffen, um die Sicherungsmaßnahmen der Volkspolizei an den "Stasi"-Gebäuden zu überprüfen. Nachdem sie vor dem Bezirksamt für Nationale Sicherheit Polizisten gesehen hatten, die jeden kontrollierten, der hinein- oder hinausging, wollten sie nun auch im Inneren des Amtes eine Sicherung der Akten erreichen. Die Polizeioffiziere hatten Webel und Boltze jedoch ebenfalls an die Staatsanwaltschaft verwiesen.

Jetzt saßen sie gemeinsam mit Frank Eigenfeld und Ulrich Schlademann im Vorzimmer des Bezirksstaatsanwalts. Nach einigen Minuten bat Bezirksstaatsanwalt Unger alle vier in sein Zimmer. Sie trugen ihm das Anliegen vor, begründeten die Dringlichkeit des Schutzes der "Stasi-Akten" und forderten Unterstützung. Zum Erstaunen aller meinte jedoch auch Staatsanwalt Unger, er sei dafür eigentlich nicht zuständig. Das Amt für Nationale Sicherheit gehöre zu den sogenannten bewaffneten Organen und in diesen habe ausschließlich der Militärstaatsanwalt die entsprechenden Kompetenzen. Mit der Militärstaatsanwaltschaft hatte bisher noch keiner der vier Bürgerrechtler etwas zu tun gehabt. Man wußte nicht einmal, wo sie sich in Halle befand. Staatsanwalt Unger nannte die NVA-Kaserne in der Damaschkestraße und bot an, sie dort telefonisch anzumelden. Er kam aber nicht mehr dazu. Denn plötzlich klingelte das Telefon. Der Staatsanwalt nahm den Hörer, wechselte ein paar Worte und rief die im Aufbruch befindlichen Bürgerrechtler zurück. Er berichtete, daß sich zwei Unteroffiziere von der Wacheinheit des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit vor wenigen Minuten an den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Claus, gewandt hätten. Die beiden, der Unterfeldwebel Jens K. und der Unteroffizier Torsten W., hatten darauf aufmerksam gemacht, daß im Bezirksamt seit einigen Tagen Akten vernichtet und Papierreste in größerem Umfang abtransportiert würden! - Auf einmal erschien auch dem Bezirksstaatsanwalt der Schutz der "Stasi-Akten" als eine dringend notwendige Angelegenheit. Nun gab es auch keine Kompetenzprobleme mehr. Staatsanwalt Unger bat seine Gäste um ein paar Minuten Geduld und beauftragte einen seiner Mitarbeiter, sofort einen Militärstaatsanwalt herzuholen.

Gegen 10.30 Uhr öffnete sich endlich die Tür und ein Uniformierter betrat den Raum. "Hauptmann Wolf", stellte er sich vor. "Ich bin der amtierende Militärstaatsanwalt und für

Ihr Anliegen zuständig."¹⁰⁸ Alle nahmen im Beratungsraum Platz. Dann erläuterte Frank Eigenfeld noch einmal das Ziel der Aktion: Alle Papiere des Staatssicherheitsdienstes sollten im Bezirk sichergestellt und die Spitzel- und Abhörtätigkeit ein für allemal beendet werden. Eigenfeld wies gleichzeitig darauf hin, daß die Tätigkeit eines Geheimdienstes für die meisten weitgehend unbekannt sei und man deshalb nicht genau wüßte, wie vorgegangen werden solle. Man habe aber nicht die Absicht, das Bezirksamt gewaltsam zu besetzen. Um jegliche Gewalt auszuschließen, solle möglichst im Rahmen der bestehenden Gesetze gehandelt und gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft sowie der Polizei vorgegangen werden.

Militärstaatsanwalt Wolf schien das Anliegen der Leute vom Neuen Forum zu akzeptieren, meinte aber, er müsse zuerst die Generalstaatsanwaltschaft zu Rate ziehen, ehe Details geklärt werden könnten. Nach einem längeren Telefongespräch legte er den Anwesenden dar: Entsprechend eines Gesetzes über die Staatsanwaltschaft sei er berechtigt, das Bezirksamt für Nationale Sicherheit notfalls auch ohne Zustimmung der Leitung des Amtes zu betreten. Es könne zu diesem Zeitpunkt jedoch nur darum gehen, die Archive zu versiegeln. Die Arbeit des Bezirksamtes dürfe nicht behindert werden. Das bedeutete, operative Materialien, die noch nicht im Archiv lagerten, müßten unbehelligt bleiben. Mit diesen Einschränkungen konnten sich Frank Eigenfeld und seine drei Mitstreiter nicht zufrieden geben. Sie argumentierten, daß gerade die aktuellen, nicht archivierten Akten sicher einigen Zündstoff enthielten und für eine spätere Aufarbeitung nicht verloren gehen dürften. Außerdem sollte nun endlich Schluß sein mit Bespitzelungen und dem Abhören der Telefone. Es mochte ja sein, daß das AfNS jetzt ausschließlich auf der Grundlage der Verfassung arbeiten wolle. Doch solange sie nicht mit eigenen Augen gesehen hätten, wie die entsprechenden Materialien und die Technik stillgelegt worden seien, betonten die vier Bürgerrechtler, müsse weiterhin mit Bespitzelungen und Denunziationen gerechnet werden. Eine heftige Diskussion begann. Schließlich einigte man sich darauf, daß neben dem Archiv auch die Panzerschränke oder aber die Zimmer der in Auflösung befindlichen alten MfS-Abteilungen versiegelt sowie die gesamte Telefon-Abhöreranlage stillgelegt werden müßten. Monate später ärgerten sich Dietmar Webel und die anderen, daß sie damals so kompromißbereit gewesen waren. Man hätte couragierter vorgehen müssen, meinen sie heute, und hätte ausnahmslos alle Papiere im Bezirksamt wegschließen sollen.

Nachdem die Grundpositionen fixiert waren, gingen alle ans Werk. Man beschloß, sich um 13.00 Uhr vor dem Bezirksamt für Nationale Sicherheit zu versammeln. Militärstaatsanwalt Wolf wollte bis zu diesem Zeitpunkt noch andere Staatsanwälte, einige Kriminalisten sowie die erforderliche Siegelmasse herbeiholen. Außerdem ließ er den stellvertretenden Leiter des Bezirksamtes, Oberst Schöppe, darüber informieren, daß gegen 13.00 Uhr eine größere

¹⁰⁸ Interview F. Eigenfeld und D. Webel.

Gruppe vom Neuen Forum käme, um gemeinsam mit Staatsanwälten die Kontrolle aller Akten zu übernehmen.

Die vier Bürgerrechtler nahmen sich vor, Unterstützung zu mobilisieren. Die Gruppe teilte sich. Ulrich Schlademann und Frank Eigenfeld gingen zu einer der wenigen Telefonzellen auf dem Marktplatz, um von dort mit einer Telefonrufaktion Bekannte aus der Bürgerbewegung herbeizurufen. Dietmar Webel und Andre Boltze begaben sich zur Hauptmensa der Martin-Luther-Universität und versuchten, unter den Studenten Helfer zu gewinnen.¹⁰⁹ Jeder wußte, je mehr Menschen man aktivierte desto nachdrücklicher würde man die Forderungen bei der Staatssicherheit durchsetzen können. Die Bemühungen waren nicht umsonst. Um 13.00 Uhr versammelten sich etwa 150 Frauen und Männer vor den Toren des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit Halle.¹¹⁰ Zu Ruhe und Besonnenheit ermahnt, warteten alle voller Spannung, wie es nun weitergehen würde.

In der Zwischenzeit hatte Oberst Schöppe sowohl seinen Vorgesetzten, General Schmidt, als auch die Leiter aller Abteilungen über die bevorstehenden Ereignisse informiert. Man war übereingekommen, jegliche Auseinandersetzungen zu vermeiden, etwaige Provokationen seitens der Mitarbeiter konsequent zu unterbinden und durch die Vermittlung des Militärstaatsanwalts einen Konsens mit den Bürgern zu finden. Die Leiter sollten alle ihre Mitarbeiter informieren und beruhigen. Jede Abteilung wurde darüber in Kenntnis gesetzt, daß bald Bürgergruppen das Amt betreten und das Archiv sowie einige Panzerschränke versiegeln würden. Jeder Mitarbeiter sollte in seinem Arbeitszimmer bleiben und sich möglichst kooperativ verhalten. Um 13.00 Uhr begaben sich Oberst Schöppe und Oberstleutnant Romanowski in das Erdgeschoß des Hauptgebäudes, um die Bürger zu empfangen.¹¹¹

Alle warteten auf den Militärstaatsanwalt. Um 13.15 Uhr traf er ein. Zusammen mit Hauptmann Wolf kamen vier weitere Staatsanwälte, vier Kriminalisten (unter ihnen soll auch der Chef der Kriminalpolizei im Bezirk, Oberst Amler, gewesen sein) sowie ein Hauptmann vom Volkspolizeikreisamt Halle. In ihrem Gefolge befanden sich Reporter von Presse und Rundfunk.¹¹² Zuerst betrat Staatsanwalt Wolf allein das Gelände. Im Eingangsbereich des Hauptgebäudes traf er auf Oberst Schöppe und Oberstleutnant Romanowski. Die drei vereinbarten, daß neben den Staatsanwälten, der Polizei und der Presse, nur 15 Bürger in das Objekt der Staatssicherheit hineingelassen werden sollten. Man meinte, diese kleine Gruppe leichter "im Griff zu haben" und auf diese Weise Auseinandersetzungen sowie

¹⁰⁹ Angeblich hatte sich D. Webel mitten im Speisesaal auf einen Stuhl gestellt und mit einer kurzen Rede an die Studenten gewandt.

¹¹⁰ Die genaue Anzahl der Personen, die am Nachmittag des 5.12.1989 vor dem BAfNS Halle standen, ist nicht bekannt. Die Angaben schwanken zwischen 80 und 200 Personen.

¹¹¹ Interview R. S. und V. L.

¹¹² Über die Vorgänge berichteten die Reporter Schaller (Studio Halle), Wagner (Liberal-Demokratische Zeitung) und Gunkel (Freiheit).

"Geheimnisverrat" verhindern zu können.¹¹³ Wolf setzte Frank Eigenfeld über die Abmachungen in Kenntnis. Er fügte hinzu, daß darüber hinaus noch Bürger gebraucht würden, um die Akten der ehemaligen Abteilung XIV (Untersuchungshaft) in der gerade aufgelösten Haftanstalt der Staatssicherheit einzuschließen. Die ehemalige Haftanstalt des BAFNS Halle befand sich innerhalb des berüchtigten Zuchthauses "Roter Ochse" am Kirchtor. Ulrich Schlademann erklärte sich bereit, diese Aufgabe zu übernehmen und begab sich zusammen mit fünf anderen Bürgern zur Strafvollzugsanstalt.

Unterdessen hatte Frank Eigenfeld 15 Personen aus den Umstehenden ausgewählt (von einigen weiß er bis heute nicht, wer sie waren und wie sie hießen). Gemeinsam mit ihnen betrat er gegen 13.30 Uhr das Gelände des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit. Alle übrigen vor dem Bezirksamt versammelten Menschen mußten draußen bleiben.¹¹⁴ Oberst Schöppe erwartete die Gruppe im Foyer des Hauptgebäudes. Er bat darum, daß ein Sprecher der Bürger mit ihm in die erste Etage gehe, die anderen sollten sich erst einmal mit Oberstleutnant Romanowski in den Versammlungssaal begeben. Frank Eigenfeld folgte Schöppe in die erste Etage. Zu seiner Sicherheit hatte er Hans Hahmann, ein weiteres Mitglied des Neuen Forum, gebeten mitzukommen. Beide gelangten in einen großen Raum, in dem ein langer Konferenztisch stand. Um den Tisch hatten sich bereits mindestens 20 Männer versammelt, die ihnen gespannt entgegenblickten. Eigenfeld und Hahmann nahmen Platz. Dann begann Militärstaatsanwalt Wolf mit der Vorstellung der Anwesenden. Am Konferenztisch saßen: die vier Staatsanwälte, vier Kriminalisten, ein Hauptmann der Volkspolizei, Mai, die beiden Vertreter des Neuen Forum und vom AfNS Generalmajor Schmidt, Oberst Schöppe sowie zehn weitere Offiziere. Außer diesen Männern saß noch ein Herr Becker am Tisch. Er war seit dem 5. Dezember als Regierungsbeauftragter im BAFNS Halle tätig. Neben Becker (einem Mitarbeiter des Ministerrates) wirkten in Halle als Stellvertreter des Regierungsbeauftragten die Herren Koks (ein Oberst der VP im Ministerium des Innern) und Oertel (ein Oberst der Staatssicherheit und ehemaliger stellvertretender Leiter der Hauptabteilung II im MfS). Ihre Tätigkeit endete im März 1990.

Frank Eigenfeld berichtete weiter: Nachdem alle Anwesenden vorgestellt worden waren, erläuterte Staatsanwalt Wolf die Situation. Er führte aus, daß die Transporte und Aktenvernichtungen in den Dienststellen des Bezirksamtes die Bevölkerung empört hätten. Deshalb seien die Mitglieder des Neuen Forum nun entschlossen, die Akten des AfNS im Bezirk zu sichern. Um Ruhe und Ordnung im Land zu erhalten und gerade im Bezirk Halle eine Radikalisierung zu verhindern, hätte sich die Generalstaatsanwaltschaft entschlossen, das Ansinnen der Bürgerorganisationen zu unterstützen. Die Mitarbeiter des Bezirksamtes für Natio-

¹¹³ Interview P. R.

¹¹⁴ Zwischen 16.00 Uhr und 16.30 Uhr soll Unruhe unter den Versammelten aufgekommen sein und weitere Bürger Einlaß in das Bezirksamt gefordert haben. Daraufhin wurden weitere Personen hineingelassen. Alle Augenzeugen sind sich aber darüber einig, daß am 5.12.1989 höchstens 40 bis 50 "Fremde" das BAFNS betraten.

nale Sicherheit Halle könnten sich den Forderungen der Bürgerbewegungen nicht mehr widersetzen, wenn sie das Prinzip der Gewaltfreiheit vertreten wollten. Nach dieser Einführung ergriffen mehrere MfS-Mitarbeiter das Wort. Sie wiesen immer wieder darauf hin, daß ihr Amt völlig auf dem Boden der Verfassung und der Beschlüsse der Regierung stünde. Auch sie wären für eine politische Wende, und wenn wirklich einige Papiere vernichtet worden seien, dann doch nur solche, die nach der Umstrukturierung nicht mehr gebraucht würden. Man sei jedoch gern bereit, mit den gesellschaftlichen Gruppen zusammenzuarbeiten und die Aktenreduzierung einzustellen.

Nun war Frank Eigenfeld an der Reihe. Er formulierte nochmals die Aufgaben, die im Bezirksamt erfüllt werden müßten: Erstens verlangte er die sofortige Versiegelung des Archivs und aller Zimmer bzw. Panzerschränke der in Auflösung befindlichen Abteilungen. Die versiegelten Räume dürften nur mit Zustimmung und bei gleichzeitiger Anwesenheit eines Staatsanwalts und eines Vertreters vom Neuen Forum wieder geöffnet werden. Zweitens sollten sämtliche 21 "Reißwölfe" des Bezirksamtes außer Betrieb gesetzt und fernab von jeglichen Papieren, in den Garagen eingeschlossen werden. Drittens habe von Stund an die technische Speicherung von Telefongesprächen im Bezirk Halle aufzuhören. Diese Anlagen müßten ebenfalls außer Betrieb gesetzt und eingeschlossen werden. Viertens sollten jegliche Aktivitäten des Amtes zur Bespitzelung der Bevölkerung beendet werden. Das bedeutete natürlich auch, sämtliche Spitzel außer Dienst zu stellen.¹¹⁵

Nachdem Frank Eigenfeld geendet hatte, blieb alles still im Raum. Eigentlich hatte er mit Protesten oder zumindest mit Ausflüchten gerechnet. Jedoch zu seinem Erstaunen schwiegen die "Stasi"-Offiziere. Irgend jemand stellte dann die Frage, wie dies alles organisatorisch ablaufen solle. Daraufhin schlug Staatsanwalt Wolf vor, fünf Gruppen zu bilden. Jede dieser Gruppen müßte sich aus einem Staatsanwalt, einem Kriminalisten (zuständig für das ordnungsgemäße Versiegeln) sowie aus drei Bürgern zusammensetzen. Die Gruppen sollten sich im Hauptgebäude verteilen, so daß jeweils eine Gruppe eine Etage unter ihre Obhut nehmen könnte. Alle Abteilungsleiter des Bezirksamtes bekamen den Auftrag, die Gruppen durch ihre Abteilungen zu führen. Sie sollten den Bürgern alles zeigen, was diese zu sehen wünschten. Oberstleutnant Romanowski, der Verantwortliche für Öffentlichkeitsarbeit, wurde als ständiger Verbindungsoffizier zwischen den Bürgern und der Leitung des Bezirksamtes benannt. Damit stand der Ablauf der "Versiegelungsaktion" fest. Es folgten Presseinterviews mit Frank Eigenfeld und General Schmidt. Dann begaben sich alle auf den Weg, um mit der Sicherstellung der Akten zu beginnen.

Nach der Zusammenstellung der Gruppen begann um 14.15 Uhr in Halle die Versiegelung der Archive. Die Gruppe um Frank Eigenfeld kümmerte sich um das eigentliche Archiv des Bezirksamtes bzw. der ehemaligen Bezirksverwaltung für Staatssicherheit. Es befand sich in

¹¹⁵ Interview F. Eigenfeld.

den Kellergewölben des Hauptgebäudes und beherbergte Tausende seit 1949 zusammengetragene Akten.¹¹⁶ Die übrigen Gruppen mußten sich nun durch Hunderte von Zimmern arbeiten. Jeder Stahlschrank mußte kontrolliert werden. Und stets sollten die Bürger sogleich entscheiden, welcher Schrank bzw. welches Zimmer versiegelt werden mußte. Dieser Zeitdruck sowie die völlig unbekannte Materie überforderten sie. Es zeigte sich sehr schnell, daß die Bürger von den Kenntnissen und der Loyalität der "Stasi"-Leute abhängig waren. Letztlich haben nur Offiziere des Bezirksamtes oder Staatsanwälte entschieden, was versiegelt wurde. Deshalb vertreten noch heute einige der Beteiligten die Ansicht, daß am 5. Dezember 1989 wahrscheinlich nicht alle in Frage kommenden Schriftstücke gesichert werden konnten.

Wie reagierten die Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes auf diese Maßnahmen? Ein Teil verhielt sich kooperativ und jovial, ein anderer Teil ängstlich und unsicher. Es gab jedoch auch einige, die ihren Unmut nicht völlig verbergen konnten. So passierte es, daß eine Bürgergruppe mit Sätzen wie: "Wir sind doch kein Panoptikum!" oder auch: "Das ist ja heute wie im Zoo!" empfangen wurde. Selbst die Offiziere, die den Auftrag hatten, die Gruppen zu begleiten, mußten sich dafür später von einigen ihrer "Genossen" mit den Worten beschimpfen lassen: "Ihr Verräter! Ihr geht mit denen auch noch im Haus umher!" Trotz allem gelang es den nüchtern denkenden Offizieren um Oberst Schöppe, das Heft des Handelns in den Händen zu behalten und ernste Vorkommnisse zu verhindern. Mitarbeiter des Bezirksamtes, die massiv provozieren wollten, wurden nach Hause geschickt und meist sogar "bis auf weiteres" beurlaubt. Auf diese Weise gelang es gleichzeitig, jene Offiziere und Unteroffiziere aus dem Bezirksamt zu entfernen, die für die Arbeit im geplanten neuen Geheimdienst nicht mehr zu gebrauchen waren.¹¹⁷

Nach mehr als drei Stunden schien die meiste Arbeit im Bezirksamt getan zu sein. Ab 17.00 Uhr begann sich die Ansammlung vor dem Amt aufzulösen. Bald darauf kam eine Gruppe nach der anderen zu Frank Eigenfeld, übergab ihm die handgeschriebenen Protokolle der Versiegelung und verabschiedete sich. Kurz vor Schluß ereignete sich dann doch noch ein kleiner Zwischenfall. Militärstaatsanwalt Wolf teilte Frank Eigenfeld mit, daß die mitgebrachte Siegelmasse nicht ausreiche. Niemand hätte mit soviel zu versiegelnden Zimmern gerechnet. Nach einer Beratung mit Oberstleutnant Romanowski verständigte man sich, die noch ausstehenden Türen provisorisch mit Papierstreifen zu verkleben und am nächsten Tag gemeinsam zu versiegeln. Nachdem alle Protokolle unterzeichnet waren, verließ Frank Eigenfeld schließlich als letzter das Gelände des BAFNS Halle.

¹¹⁶ In der Außenstelle Halle sind über 6.900 lfm überliefert. Das ist nur der kleinere Teil. Viele Akten der Bezirksverwaltung Halle wurden bereits vor 1989 vom MfS aus Platzgründen verfilmt und dann vernichtet. Deshalb verfügt die ASt Halle über einen besonders großen Filmfundus: ca. 6.500 Rollfilme und ca. 70.000 Mikrofiches.

¹¹⁷ Interview P. R. und R. S.

Vielen der Männer und Frauen, die an der Versiegelungsaktion teilgenommen hatten, kam erst später zu Bewußtsein, daß sie damit etwas Besonderes, in ihrem Leben wahrscheinlich Einmaliges erlebt hatten. Für die meisten schien die Angelegenheit erst einmal erledigt zu sein, die Alltagsprobleme nahmen sie wieder in Anspruch. Also standen Frank Eigenfeld und seine Lebensgefährtin am 6. Dezember, um 7.00 Uhr allein vor dem Bezirksamt für Nationale Sicherheit. Sie wurden bereits von Staatsanwalt Wolf und Oberstleutnant Romanowski erwartet, die sie einließen. Gemeinsam versiegelten sie noch jene Türen, die am Vortag nur mit Papierstreifen verklebt worden waren.

Am Nachmittag des gleichen Tages erhielt Frank Eigenfeld überraschend einen Anruf vom Bezirksamt für Nationale Sicherheit. Oberstleutnant Romanowski teilte ihm mit, daß man beim Versiegeln am Vortag ein ganzes Gebäude vergessen hätte. Es handelte sich ausgerechnet um jenes vierstöckige Haus, in dem sich unter anderem Teile der berüchtigten Abteilung XX (Bekämpfung ideologischer Diversion/Untergrundtätigkeit) befanden. Die Begebenheit zeigte nochmals deutlich, daß die Bürgerbewegung bei der Auflösung des Staatssicherheitsdienstes nicht ohne die Unterstützung von ehemaligen Mitarbeitern des MfS auskommen würde. Frank Eigenfeld bat darum, den Militärstaatsanwalt zu verständigen und um 17.00 Uhr begann er, gemeinsam mit Wolf und Romanowski, die Zimmer oder Stahlschränke in dem Gebäude "RE 80" zu versiegeln.

Am 7. Dezember 1989 fanden in Halle zwei Beratungen statt, in denen die Frage auf der Tagesordnung stand, wie man mit dem sichergestellten Schriftgut des MfS im Bezirk weiterhin umgehen sollte. Um 12.00 Uhr trafen sich dazu die Vertreter des Neuen Forum, Frank Eigenfeld und Theo Körner, in der NVA-Kaserne Damaschkestraße mit den Militärstaatsanwälten Würschmidt und Wolf sowie mit dem Chef der Bezirkspolizeibehörde, Oberst Markarski. In dieser Unterredung wurde festgelegt, daß die Volkspolizei nur für die Außenkontrollen am Bezirksamt und allen Kreisämtern verantwortlich sei. Im Inneren der Ämter für Nationale Sicherheit behielt der Geheimdienst die Wachhoheit. Vertreter der Staatsanwaltschaft und des Neuen Forum erhielten aber das Recht, jederzeit gemeinsam die Siegel im Bezirksamt zu kontrollieren. Akten, die für die beginnenden Rehabilitierungsverfahren von Opfern der SED-Herrschaft gebraucht wurden, durften nur in Anwesenheit eines Staatsanwalts und eines Vertreters des Neuen Forum aus den versiegelten Archiven geholt und den Gerichten übergeben werden.

Auch in der zweiten Beratung des 7. Dezember, die um 16.00 Uhr beim Rat des Bezirkes mit den Regierungsbeauftragten stattfand, mußte Frank Eigenfeld seine Überlegungen zum Umgang mit den Akten des MfS darlegen. In diesem Kreis vertrat er die Meinung, daß nach dem Schutz der Papiere nunmehr deren genaue Inventarisierung in Angriff genommen werden müßte, damit sie von Kontrollausschüssen und der Staatsanwaltschaft genutzt werden könnten. Doch den Bürgerkomitees fehlte es dafür zur damaligen Zeit an Mitstreitern. Vor allem die vielen zu kontrollierenden Kreisämter für Nationale Sicherheit bereiteten dem

Neuen Forum einige Sorgen. Die Regierungsbeauftragten baten darum, zu den vorgesehenen Kontrollen im Bezirksamt nur vom Sprecherrat des Neuen Forum autorisierte Personen zu schicken. Außerdem informierten sie die Anwesenden darüber, daß die Kreisämter für Nationale Sicherheit in den nächsten Tagen aufgelöst und deren Akten unter Kontrolle der Bürger in Halle eingelagert würden.¹¹⁸

Mit diesen zwei Unterredungen endete auch für Frank Eigenfeld und den Sprecherrat des Neuen Forum Halle einstweilen die vorrangige Beschäftigung mit dem Amt für Nationale Sicherheit. Andere Probleme des Umbruchs in der DDR schoben sich wieder in den Vordergrund und verlangten die ganze Aufmerksamkeit. Zwar vereinbarten die Mitglieder des Neuen Forum in Halle, sobald jemand Zeit hätte, Kontrollen im Bezirksamt durchzuführen. Jedoch fiel die Koordinierung und Überprüfung dieser Aktivitäten anderen Aufgaben zum Opfer. Niemand der damals beteiligten Bürger wußte, wann und ob überhaupt jemand Kontrollen im Bezirksamt durchführte. Daran änderte auch die Tatsache nichts, daß Frank Eigenfeld und andere Aktivisten des Neuen Forum im Dezember einige Male auf Bitten der Staatsanwaltschaft Akten für Rehabilitierungsverfahren aus dem Archiv holten.

Demnach war die Situation im Bezirksamt für Nationale Sicherheit Halle im Dezember 1989 widersprüchlich: Das Archiv sowie andere Räume waren versiegelt und vor den Eingängen führten Volkspolizisten Visitationen durch. Das Amt selbst war nicht von Bürgern besetzt worden und unterlag deshalb im Inneren nur einer sehr lockeren Kontrolle. Aufgrund dieser Umstände ist es auch nicht verwunderlich, daß das BAFNS Halle am 13. Dezember der Zentrale in Berlin meldete, die Arbeitsfähigkeit sei trotz der Versiegelungen "weitgehend gewährleistet".¹¹⁹ Wie sah es wirklich im Inneren des Bezirksamtes Halle aus? Hatten bereits die Gerüchte und Gespräche über mögliche Kündigungen Ende November den normalen Arbeitsablauf beeinträchtigt, so war er jetzt fast völlig zum Erliegen gekommen. Die Mehrzahl der Akten und anderen Schriftstücke lagerte in gesperrten Räumen, das Abhören von Telefon- und anderen Gesprächen war offiziell untersagt und Treffen mit Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) kaum noch möglich. Damit war der Mechanismus der Informationsgewinnung und -verarbeitung, tragende Säulen geheimdienstlicher Tätigkeit, zum großen Teil unterbrochen worden. Es soll zwar in Halle vorgekommen sein, daß Siegel an einigen Türen nach Geheimdienstmanier entfernt und später wieder angebracht worden waren, ohne daß die Kontrolleure etwas bemerkt hatten. Dabei handelte es sich nur noch um Einzelaktionen, die selbst innerhalb des Bezirksamtes umstritten waren und auch hier geheim bleiben mußten. Denn die Täter konnten nicht mehr sicher sein, dafür nicht ebenfalls

¹¹⁸ Interview F. Eigenfeld. - Vgl. auch "Meldung des Genossen Becker aus Halle, 7.12.1989, 20.00 Uhr"; Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, DC 20 11348, o. Pag.

¹¹⁹ Lagebericht vom amtierenden Leiter des BAFNS Halle an die Zentrale: Über die Situation im Bezirksamt, 13.12.1989; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag. - Vgl. auch "Meldung des Genossen Becker aus Halle, 6.12.1989, 19.50 Uhr"; Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, DC 20 11348, o. Pag.

beurlaubt oder gar gekündigt zu werden. Einen normalen Arbeitsablauf konnten diese Aktionen nicht wiederherstellen. Dies hatte zur Folge, daß ganze Abteilungen zu Hause bleiben mußten, weil ihnen mit den Akten die Arbeitsgrundlagen entzogen worden waren. Unsicherheit, Verbitterung und Enttäuschung herrschten unter den Mitarbeitern. Von nun an begannen sich die "Entpflichtungsgesuche" zu häufen. Keiner der Offiziere und Unteroffiziere der "Stasi" war mehr sicher, nicht bald arbeitslos auf der Straße zu stehen. Gleichzeitig wurde immer offensichtlicher, daß das Bezirksamt inzwischen kaum noch in der Lage war, adäquate Arbeitsplätze zu beschaffen. Jeder, der in Eigeninitiative oder mit Hilfe irgendwelcher Beziehungen einen ansprechenden Job außerhalb des AfNS gefunden hatte, verließ jetzt eilends das Amt.

Ein Aufruf vom 7. Dezember spiegelt die Stimmungslage im Bereich des BAfNS Halle teilweise wider. Mit dem "Gegen Anarchie und Chaos" überschriebenen Pamphlet wollten Mitarbeiter suggerieren, daß Ordnung und Sicherheit im Land nur mit einem ungestört arbeitenden Amt für Nationale Sicherheit zu gewährleisten seien. Dementsprechend lautete eine Forderung: "Sofortige Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit des Amtes in allen Bereichen auf verfassungsmäßiger Grundlage." Weiterhin wurde verlangt:

"Rechtsschutz für alle Mitarbeiter [...] sowie Familienangehörigen [...] und alle patriotischen Kräfte. Unverzügliche Einleitung staatlicher Maßnahmen zur Integration der aus dem Amt [...] ausscheidenden Mitarbeiter. [...] Vernichtung aller Akten, die mit der falschen Sicherheitskonzeption in Zusammenhang zu bringen sind, unter Aufsicht autorisierter Gremien." ¹²⁰

Der wie ein Hilferuf anmutende Appell erweckt äußerlich den Eindruck, ein offizielles Schreiben des Bezirksamtes zu sein. Befragungen ehemaliger Offiziere ergaben jedoch, daß der Aufruf scheinbar nur flüchtig oder überhaupt nicht bekannt gewesen ist. Zumindest mochte sich heute niemand mehr so recht an ihn erinnern. Es wurde behauptet, daß dieses Schreiben nur eine separate Aktion einzelner Mitarbeiter gewesen sei, die man im Bezirksamt nicht mehr ernst genommen habe.¹²¹ Wie dem auch sei, es war nach dem 7. Dezember eigentlich kaum noch genügend Zeit vorhanden, um den Aufruf unter den Mitarbeitern verbreiten zu können. Denn die nun einsetzenden Ereignisse ließen den Staatssicherheitsdienst nie wieder zur Ruhe kommen.

Am Morgen des 8. Dezember 1989 traf ein Fernschreiben aus Berlin im BAfNS Halle ein. Es hatte den folgenden Wortlaut:

"Mit Wirkung vom 09.12.1989 werden Generalmajor Heinz Schmidt (Leiter des Bezirksamtes Halle) von der Funktion entbunden und bis zur Entlassung aus dem aktiven Dienst beurlaubt; Oberst Rolf Schöppe (1. Stellvertreter des Leiters des Bezirksamtes) von der Funktion entbunden und mit der Wahrnehmung der Funktion des Leiters des Bezirksamtes Halle beauftragt.

¹²⁰ Aufruf: Gegen Anarchie und Chaos!, 7.12.1989; BStU, ASt Halle, Sachakte-AKG, Nr. 2176, Bl. 1-2.

¹²¹ Bei den Gesprächen trat sogar die Meinung auf, der Aufruf sei vielleicht von General Schmidt mitinitiiert worden. - Ein ähnliches Schreiben erschien im Kreisamt Quedlinburg.

Schwanitz, Generalleutnant
Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit"¹²²

Die Funktion des 1. Stellvertreters sollte Oberst Udo Hahn übernehmen.

Wie tiefgreifend dieser Vorgang manchem zum damaligen Zeitpunkt auch vorgekommen sein mag, führte er doch nur einen Prozeß zu Ende, der bereits im November 1989 begonnen hatte. Der einzige, der von der Amtsenthebung anscheinend überrascht wurde, war Schmidt selbst. Er hielt seine Absetzung damals für eine miese Intrige seines Stellvertreters. Entsprechend barsch soll er reagiert haben, als ihm ausgerechnet Schöppe das Telegramm überbrachte. Ab 11. Dezember durfte er nicht mehr zum Dienst erscheinen, und am 31. Januar 1990 lief seine Kündigungsfrist aus. Er ging in den Vorruhestand. Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Leiters, Schöppe, bestand im strikten Verbot jeglicher Vernichtung von Schriftstücken. Ansonsten hatte die Absetzung des Generals für die einfachen Mitarbeiter im Bezirksamt keine große Bedeutung mehr. Bereits am folgenden Tag verlangte ein anderes Ereignis ihre volle Konzentration.

6. Die Auflösung

Die Geschehnisse vom 4. und 5. Dezember 1989 hatten den verantwortlichen Offizieren im AfNS vor Augen geführt, daß ihre "Hinhaltetaktik" beim Aufbau des Amtes bzw. beim Abbau des ehemaligen MfS gescheitert war. Durch die zaudernde Auflösung des MfS und die in der Öffentlichkeit nicht sichtbar gewordene Reorganisation des Geheimdienstes schien das gesamte Projekt "AfNS" zum Scheitern verurteilt. Am 7. Dezember 1989 gab der "Zentrale Runde Tisch" der Regierung Modrow die dringende Empfehlung, das Amt für Nationale Sicherheit aufzulösen. Jetzt versuchte jeder zu retten, was vielleicht noch zu retten war. Am 9. Dezember 1989 erließ General Schwanitz den Befehl zur sofortigen Auflösung aller Kreisämter und Objektdienststellen. Die Akten der Kreisämter sollten in die Bezirksämter transportiert, die Waffen und anderen Ausrüstungsgegenstände an die Volkspolizei oder Armee übergeben und die Mitarbeiter allesamt beurlaubt werden. Die ehemals geplante Einrichtung von "Außenstellen der Bezirksämter" in einigen Kreisstädten war ad acta gelegt worden.

Da der 9. Dezember 1989 ein Sonnabend war und die "neue" Leitung des Bezirksamtes sich an diesem Tag gerade auf dem Sonderparteitag der SED aufgehalten hatte, fand die entscheidende Dienstberatung über diesen Befehl erst am 11. Dezember statt.¹²³ Die Leiter der Kreisämter und Objektdienststellen erhielten ihre letzten Befehle: Alle Waffen, Ausrüstungen sowie jegliche Schriftstücke sofort zu verpacken und auf den Abtransport vorzu-

¹²² Fernschreiben des Leiters des AfNS, Schwanitz, an das BafNS Halle, 8.12.1989; BStU, ASt Halle, Sachakte-BdL, Nr. 4, Bl. 1.

¹²³ Interview R. S.

bereiten. Die Akten der Kreisämter würden, so informierte man die Offiziere, unter Aufsicht von Bürgerkomitees und Staatsanwälten auf Polizeifahrzeuge verladen und unter Polizeibewachung in die ehemalige Strafvollzugsanstalt des MfS in Halle, am Kirchtor, transportiert werden. In den Kreisämtern sollte nichts zurückgelassen werden, was den Ruf des AfNS noch weiter hätte schädigen können. Darüber hinaus mußten alle Nachrichtenverbindungen der Kreisämter abgeschaltet und die Nachrichtentechnik abgebaut werden. Schließlich sollten sämtliche Mitarbeiter der Kreisämter ab 13. Dezember beurlaubt und die Dienststellen bis zu diesem Zeitpunkt an neue Nutzer übergeben werden. Damit war das Ende aller 23 Kreisämter und der drei Objektdienststellen im Bezirk Halle eingeleitet. Am 11. Dezember, um 12.00 Uhr, übernahm die Bezirksdirektion der Volkspolizei (BDVP) das Gebäude der ehemaligen Strafvollzugsanstalt des MfS in Halle und bereitete es für das Einlagern von Schriftgut vor. Gegen 14.00 Uhr traf bereits der erste Transport mit den Akten aus dem Kreisamt Weißenfels in Halle ein. Weißenfels war auch das erste Kreisamt, dessen Existenz schon am 11. Dezember 1989, um 16.00 Uhr, mit der offiziellen Übergabe des ehemaligen Dienstgebäudes an den Rat des Kreises beendet wurde.

Die Auflösungsprotokolle der Kreisämter zeigen, daß deren Schließung erstaunlich ruhig und planvoll vor sich ging. Im Protokoll des Kreisamtes Nebra etwa kann man folgendes lesen:

"11.12., 13.00 Uhr Auslagerung von Funk und Waffen in das VPKA [Volkspolizeikreisamt -d. Verf.] - ohne Vorkommnisse;
 12.12. Abbau der Nachrichtendirektion (WTSCH),
 ab 11.00 Uhr Verladen Schriftgut, Teilnahme von Vertretern des NF,
 16.00 Uhr Ankunft in Halle,
 17.40 Uhr Einlagerung im Kirchtor beendet;
 13.12., 11.50 Uhr Abmeldung [des Kreisamtes durch dessen Leiter beim Bezirksamt - d. Verf.],
 gegen 16.00 Uhr Übergabe an Rat des Kreises."¹²⁴

Am 12. Dezember, gegen 18.00 Uhr, waren der Transport sowie die Einlagerung aller Akten und anderen schriftlichen Materialien aus den Kreisämtern im Gebäude am Kirchtor in Halle beendet. Die Lagerräume wurden durch Militärstaatsanwälte verschlossen und versiegelt. Zur gleichen Zeit hatte die Volkspolizei sämtliche Waffen und Nachrichtentechnik der Kreisämter übernommen. Diese Waffen wurden am 14. und 15. Dezember nach Halle befördert und ebenfalls zentral im Gebäude am Kirchtor untergebracht. Als letzte Dienststellen übergaben Leuna und Nebra ihre ehemaligen Gebäude am 13. Dezember an neue Nutzer. Damit hatten alle Kreisämter und Objektdienststellen im Bezirk Halle aufgehört zu existieren. Ihre ehemals 1.100 Mitarbeiter waren beurlaubt und wurden in den folgenden Wochen entlassen. Für die meisten begann eine schwere Zeit. Jetzt rächte sich die Geheimniskrämerei, die seit November 1989 um die geplante Reduzierung bzw. Auflösung der Kreisämter

¹²⁴ Auflösungsprotokolle der Kreisämter und Objektdienststellen im Bereich des BafNS Halle (handschriftlich), 11.-13.12.1989; BStU, ASt Halle, Sachakte-AKG, Nr. 2172, Bl. 1-20.

betrieben worden war. Denn nur wenige der ehemaligen Mitarbeiter in den Kreisen hatten sich selbständig um eine andere Arbeitsstelle bemüht. Die anderen waren, im Vertrauen auf die Vorgesetzten in Halle, in dieser Hinsicht untätig geblieben. Das Bezirksamt konnte ihnen jedoch im Dezember kaum noch Jobs vermitteln - schon gar nicht in den entfernten, kleinen Kreisstädten, in denen oft jeder jeden kannte. Also fühlten sich diese Mitarbeiter schnell allein gelassen.¹²⁵

Doch selbst die relativ rasche Auflösung der Kreisämter konnte das Amt für Nationale Sicherheit nicht mehr retten. Die Regierungsverantwortlichen der DDR vertraten schon am 11. Dezember die Meinung, die öffentlichen Angriffe gegen die Ämter für Nationale Sicherheit seien nur durch einen noch radikaleren Schritt zu beenden. Am 14. Dezember beschloß deshalb der Ministerrat der DDR, "mit Wirkung vom 14. 12. 1989 wird das Amt für Nationale Sicherheit aufgelöst".¹²⁶ An seine Stelle sollten ein Verfassungsschutz sowie ein Nachrichtendienst der DDR als Rechtsnachfolger treten. "Die Aufgaben des Verfassungsschutzes der DDR bestehen in der Abwehr von Angriffen gegen die verfassungsmäßige Ordnung der DDR mit nachrichtendienstlichen Mitteln."¹²⁷ In jedem Bezirk sollten, getrennt voneinander, Außenstellen des Nachrichtendienstes sowie des Verfassungsschutzes aufgebaut und in den Kreisen "Bevollmächtigte des Verfassungsschutzes der DDR" eingesetzt werden. Von besonderer Bedeutung war der Passus: "In den Verfassungsschutz der DDR werden grundsätzlich keine Führungskräfte [...] des Amtes für Nationale Sicherheit übernommen."¹²⁸ Damit war, wie sich bald herausstellte, jedoch hauptsächlich die Leitung in Berlin gemeint, weniger die Leiter der Bezirksämter. Leiter der "Bezirksstelle Halle" blieb Rolf Schöppe, sein Stellvertreter, Udo Hahn. Als Hahn aber bereits am 29. Dezember 1989 seines Amtes enthoben und beurlaubt werden mußte, berief die Zentrale Peter Romanowski zu seinem Nachfolger.¹²⁹

Die Leiter der "Bezirksstellen" bekamen am 15. Dezember die Aufgabe, innerhalb von zwei Wochen Vorschläge zur Strukturierung der "Bezirksstellen für Verfassungsschutz" zu erarbeiten. Rolf Schöppe informierte am nächsten Tag seine leitenden Mitarbeiter. Er berichtete außerdem, daß die Regierung einen zivilen Beauftragten für die Auflösung des AfNS benennen wolle, diese Funktion im Bezirk jedoch von den bereits vorhandenen Regierungsbeauftragten übernommen würde. Verfassungsschutz und Nachrichtendienst müßten streng getrennt werden,¹³⁰ wobei der Nachrichtendienst in einer NVA-Kaserne einquartiert werden

¹²⁵ Interview P. R. und G. E.

¹²⁶ Ministerratsvorlage: Bildung eines Nachrichtendienstes und eines Verfassungsschutzes der DDR, 14.12.1989; BStU, ASt Halle, Sachakte-AfNS, Nr. 2, Bl. 5.

¹²⁷ Ebenda, Bl. 4.

¹²⁸ Ebenda, Bl. 7.

¹²⁹ Vgl. Telegramm des Leiters der Hauptabteilung Kader und Schulung, Möller, an die Bezirksstelle Halle des Verfassungsschutzes der DDR, 29.12.1989; BStU, ASt Halle, Sachakte-AfNS, Nr. 2, Bl. 54.

¹³⁰ Auf eine dementsprechende Anfrage beim Staatssekretariat Halbritter bekam der Regierungsbeauftragte Becker zur Antwort, beide Dienste müßten nicht nur räumlich, sondern auch "optisch" voneinander

sollte. Die meisten Gebäude des ehemaligen Bezirksamtes werde man dem Rat des Bezirkes zur weiteren Nutzung übergeben müssen. Nun komme es darauf an, sich die besten, flexibelsten und am wenigsten kompromittierten Mitarbeiter für den neuen Verfassungsschutz herauszusuchen. Die Masse der Offiziere und Unteroffiziere des Bezirksamtes müsse leider entlassen werden. Man wolle aber versuchen, den größten Teil der frei werdenden Mitarbeiter in Großbetrieben und im öffentlichen Dienst unterzubringen. Darüber hinaus habe die Regierung beschlossen, allen gekündigten Mitarbeitern Übergangsbeihilfen zu zahlen. Als ein besonderes Problem, berichtete Schöppe weiter, hätten sowohl Schwanitz als auch Engelhardt die Lagerung des umfangreichen Aktenmaterials bezeichnet. Eine Mehrheit der leitenden Offiziere trete jetzt verstärkt für die Vernichtung der Papiere, zum Beispiel in alten Schächten des Erzbergbaus, ein. Angeblich würde die Sichtung der Akten zu viele Jahre in Anspruch nehmen, und vor allem sollten die "Quellen" geschützt werden. Schöppe sprach sich jedoch gegen eine Vernichtung der Akten aus, da diese nach seiner Ansicht einen Schutz der Mitarbeiter vor späteren Anschuldigungen darstellen würden. Nur mit Hilfe der Akten könne man zukünftig belegen, daß man stets im Sinne der Gesetze gehandelt habe. Deshalb schlug er vor, alle Akten, die nicht mehr vom neu zu bildenden Verfassungsschutz der DDR gebraucht würden, dem Staatsarchiv zu übergeben.¹³¹

In den folgenden Tagen erarbeitete die Leitung des Bezirksamtes eine Skizze über die Struktur und die Mitarbeiterzahl der neuen "Bezirksstelle für Verfassungsschutz" Halle. Die "Bezirksstelle" sollte nur noch aus drei Grundeinheiten bestehen: der Abteilung Verfassungsschutz mit 244, der Abteilung Koordinierung mit 82 und der Abteilung Sicherstellung mit 69 Mitarbeitern. In den Kreisen würden laut Skizze 30 "Kreisbeauftragte" tätig sein. Das bedeutete, für die "Bezirksstelle" waren insgesamt nur noch rund 430 Mitarbeiter vorgesehen, 20 Prozent der Mitarbeiterzahl des Bezirksamtes.¹³² Die meisten dieser 430 Mitarbeiter sollten "bewährte Kräfte" aus dem Bezirksamt sein, um "nicht bei Null anfangen zu müssen".¹³³ Es wurde aber gleichzeitig ins Kalkül gezogen, neben den erfahrenen Geheimdienstlern neue, junge Leute einzustellen, die den ehemaligen DDR-Blockparteien nahestanden. Die fertige Planskizze der "Bezirksstelle für Verfassungsschutz" brachte ein Kurier Ende Dezember nach Berlin, wo sie im Januar 1990 ausgewertet und präzisiert werden sollte. Diese Maßnahme fiel jedoch den weiteren Ereignissen zum Opfer.

Im gleichen Zeitraum, in dem diese strukturellen Überlegungen stattfanden, mußten für zwei weitere Probleme Lösungen gefunden werden: für die Gebäude des aufzulösenden Bezirks-

getrennt werden. - Vgl. "Meldung des Genossen Becker aus Halle, 20.12.1989, 14.00 Uhr"; Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, DC 20 11349, Bl. 39.

¹³¹ Vgl. Gesprächsprotokoll der Beratung am 16.12.1989 im BAfNS Halle (handschriftlich); BStU, ASt Halle, Sachakte-AfNS, Nr. 2, Bl. 28-29 und 42.

¹³² Vgl. Skizzen zur Struktur der Bezirksstelle Halle des Verfassungsschutzes der DDR, o. D.; BStU, ASt Halle, Sachakte-AfNS, Nr. 2, Bl. 49-52.

¹³³ Interview P. R. und R. S.

amtes für Nationale Sicherheit und für dessen umfangreichen Aktenbestand. Am 18. und 20. Dezember entstanden zwei "Entscheidungsvorlagen zur Übergabe und weiteren Nutzung des ehemaligen Bezirksamtes für Nationale Sicherheit Halle".¹³⁴ Die Quintessenz dieser Entwürfe bestand darin, die neue "Bezirksstelle für Verfassungsschutz" in dem vierstöckigen Nebengebäude "RE 80" des alten Amtes unterzubringen, ihr zusätzlich noch eine der Lagerhallen zuzuordnen und dieses Grundstück vom Gebiet des ehemaligen Bezirksamtes mit einem Zaun abzugrenzen. Die übrigen neun Gebäude des Amtes (darunter vier große Kraftfahrzeughallen) wollte man dem Rat des Bezirkes zur weiteren Nutzung überlassen. Diese Vorschläge wurden von der Zentrale in Berlin bestätigt. Am 8. Januar 1990 fanden die ersten Beratungen mit den an den Immobilien interessierten Institutionen - darunter die Martin-Luther-Universität - statt.¹³⁵

Jetzt mußten die Häuser so schnell wie möglich von allen Akten und den übrigen Schriftstücken geräumt werden. Wohin jedoch mit dem vielen Papier, wenn es nicht vernichtet werden sollte? Bezirksstellenleiter Schöppe wandte sich hilfeschend an die Spezialisten im Staatsarchiv Magdeburg (dem heutigen Landesarchiv Sachsen-Anhalt). Am 28. Dezember 1989 erschienen daraufhin mehrere Magdeburger Archivare unter der Leitung ihres Direktors, Oberarchivrat Dr. Engelhardt, in Halle. Sie wurden von Rolf Schöppe sowie von dem Leiter der ehemaligen Abteilung XII (Archiv), Josef Rauch, empfangen und durch das Archiv der ehemaligen MfS-Bezirksverwaltung geführt. Die Archivare versprachen, ein Exposé über die zukünftigen Aufbewahrungsmöglichkeiten der Akten auszuarbeiten. Bereits vier Tage später, am 3. Januar 1990, traf solch ein "Positionspapier" aus Magdeburg in Halle ein. Die darin enthaltenen Ratschläge stellten jedoch für alle, die die Akten erhalten wollten, eine große Enttäuschung dar. Sie führten klar vor Augen, daß mit dem Staatsarchiv vorerst nicht zu rechnen war. Die Magdeburger Archivare schlugen vor, sämtliche über Personen angefertigte Akten und Dossiers sowie alle Personalakten der hauptamtlichen und "Inoffiziellen" Staatssicherheitsmitarbeiter "nach stichpunktartiger Einsichtnahme durch Mitglieder der autorisierten Gruppe" zu vernichten. Das Staatsarchiv war nur bereit, die danach noch übrigbleibenden Materialien zu übernehmen.¹³⁶ Warum verantwortliche Archivare solch einen Vorschlag zur Aktenvernichtung unterbreiteten, muß dahingestellt bleiben. Archivwissenschaftliche Gründe können es kaum gewesen sein, die diesen Ratschlag stützten.

¹³⁴ Vgl. Entscheidungsvorlagen der Leitung des BAfNS Halle: Zur Übergabe und weiteren Nutzung des ehemaligen Bezirksamtes für [...] Halle, 18. und 20.12.1989; BStU, ASt Halle, Sachakte-AfNS, Nr. 2, Bl. 36-42.

¹³⁵ Vgl. Festlegungsprotokoll der Beratung über die Nachnutzung des Objektes des ehemaligen BAfNS Halle, 8.1.1990; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

¹³⁶ Vgl. Direktor des Staatsarchivs Magdeburg an die Leitung des BAfNS Halle: Positionspapier zu Fragen der Sicherung, Bewertung und weiteren Verwendung des bei der ehemaligen BVfS Halle entstandenen Schriftgutes, 3.1.1990; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

Vergleicht man den Aufbau des Verfassungsschutzes der DDR mit der einige Wochen zuvor stattgefundenen Konstituierung des Amtes für Nationale Sicherheit, so zeigt sich, daß nicht nur die "Neugründungen" stets nach dem gleichen Schema abliefen. Auch die Ursachen, die jeweils zum Scheitern dieser Ämter führten, waren weitgehend dieselben. Das muß nicht verwundern. Denn erstens sollte der Kern der beiden "neuen" Geheimdienste stets aus ehemaligen Mitarbeitern des MfS bestehen. Zweitens hatten sowohl das AfNS als auch der Verfassungsschutz der DDR die gleichen Grundziele: Die Erhaltung eines - wie auch immer bestimmten - "Sozialismus" in der DDR und einer zumindest politisch führenden Rolle der SED. Dementsprechend hinkten auch die Aufgaben, die das Amt für Nationale Sicherheit und später der Verfassungsschutz der DDR jeweils von der Modrow-Regierung erhielten, immer hinter den zum jeweiligen Zeitpunkt dominierenden Zielen und Wünschen einer großen Mehrheit der Bevölkerung her. Dazu kam noch, daß die leitenden Offiziere der "Stasi-Nachfolgeeinrichtungen" meistens keinen Konsens über den Aufbau der neuen Ämter fanden und so eine rasche Metamorphose des Geheimdienstes verhinderten. Man wurde immer erst dann wirklich aktiv, wenn die Bürgerbewegung erneut massiv die Beseitigung des Geheimdienstes forderte. Gefangen in diesem Dilemma, waren sowohl das AfNS als auch der Verfassungsschutz der DDR von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Im Gegensatz zum Amt für Nationale Sicherheit ist der Verfassungsschutz der DDR nie aus der Planungsphase herausgekommen, so daß auch aus den Bezirksämtern für Nationale Sicherheit "Bezirksstellen des Verfassungsschutzes der DDR" nur auf dem Papier geworden waren. Bereits der schnelle und teilweise unveröffentlichte Beschluß über die Bildung eines Verfassungsschutzes der DDR hatte den Argwohn der Bürgerorganisationen hervorgerufen. Am 27. Dezember 1989 verlangte deshalb der "Zentrale Runde Tisch" von der Regierung, die Konstituierung eines Verfassungsschutzes der DDR bis zu den Volkskammerwahlen auszusetzen. Der "Runde Tisch" des Bezirkes Halle beschloß am 4. Januar 1990, die Bildung eines Amtes für Verfassungsschutz und eines Nachrichtendienstes der DDR im Bezirk Halle abzulehnen. Er legte darüber hinaus fest, daß von den frei werdenden Gebäuden des ehemaligen Bezirksamtes für Nationale Sicherheit keines an einen Verfassungsschutz der DDR übergeben werden dürfe, "da die Gründung eines solchen nicht vor dem 6.5.1990 erfolgen sollte und im Grundsatz einer neuen Verfassung bedarf".¹³⁷ Zugleich untersagte der "Runde Tisch" jegliche Vernichtung oder auch Aufarbeitung des Aktenmaterials bis zur "Schaffung gesetzlicher Regelungen durch ein legitimes Parlament".

Gleichfalls am 4. Januar fand in Leipzig das erste Treffen aller Bürgerkomitees zur Auflösung des AfNS statt. Da Frank Eigenfeld völlig von den Verpflichtungen im Neuen Forum in Anspruch genommen wurde, bat er Dietmar Webel als Vertreter Halles nach Leipzig zu fahren. Auf diesem Treffen verglichen die Bürgerkomitees ihre bisher bei der Besetzung der

¹³⁷ Vgl. Beschluß des "Runden Tisches" des Bezirkes Halle betreffs Auflösung der Bezirksverwaltung des ehemaligen MfS, 4.1.1990; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

Bezirksämter erreichten Ergebnisse und verständigten sich dann über die nächsten, in allen Bezirken zu lösenden Aufgaben. Es hatten sich nämlich erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Bezirken bei der Auflösung der Bezirksämter herauskristallisiert, die nun schnellstens ausgeglichen werden mußten. Denn ein schneller, vollständiger Abbau des Staatssicherheitsdienstes war nur durch koordiniertes Handeln aller Bezirke zu erreichen. Die Vertreter der Bürgerkomitees kamen überein, von nun an regelmäßig zusammenzukommen und sich gegenseitig stärker als bisher zu unterstützen. Die weiteren Aufgaben der nächsten Tage sollten sein: Erstens das Abschalten des abhörsicheren Nachrichtennetzwerkes (WTSCH) zwischen den Bezirksämtern und Berlin sowie zwischen den Bezirksämtern und den Bezirksleitungen der SED/PDS; zweitens eine Sicherung aller Akten und Karteien des ehemaligen MfS/AfNS; drittens die Versiegelung der zumeist noch in den Bezirksleitungen/Bezirksvorständen der SED/PDS lagernden Akten der ehemaligen Bezirkseinsatzleitungen.

Inspiziert und beeindruckt von den Erfahrungen der anderen Bürgerkomitees kehrte Dietmar Webel noch in der Nacht nach Halle zurück.¹³⁸ Was in Erfurt oder Leipzig möglich gewesen war, so meinte er, das müßte nun auch in Halle gelingen. Das Bezirksamt für Nationale Sicherheit müßte endlich unter die direkte Kontrolle eines Bürgerkomitees gestellt werden. So wollte er es dem Sprecherrat des Neuen Forum vorschlagen. Da der Hauptbahnhof von Halle in der Nähe des Bezirksvorstandes der SED/PDS lag, beschloß Dietmar Webel spontan, noch in der selben Nacht die dort lagernden Akten der Bezirkseinsatzleitung zu sichern. In Halle angekommen, begab er sich sofort zum Gebäude des Bezirksvorstandes der SED/PDS, das wegen eines unter der Ägide Böhmes vollendeten Anbaus im Volksmund als "Café Böhme" bezeichnet wurde. Aus einer Telefonzelle rief er gegen 3.00 Uhr morgens zuerst die Staatsanwaltschaft und danach die Militärstaatsanwaltschaft an. Die dort anwesenden Diensthabenden schienen das Ganze jedoch mehr für einen Scherz zu halten und vertrösteten ihn. Letzendlich stand Dietmar Webel einige Stunden mutterseelenallein in der morgendlichen Kälte des 5. Januar vor "Café Böhme" und wartete auf die von ihm angeforderten Polizeiposten. Nachdem um 5.30 Uhr immer noch niemand gekommen war, begab er sich erneut zu einem Telefon und klingelte nun den Militärstaatsanwalt Oberstleutnant Würschmidt aus dem Bett. Dieser versprach ihm entnervt, bei der Polizeibehörde sofort eine Streife anzufordern. Tatsächlich traf einige Minuten später ein Streifenwagen ein. Die Volkspolizisten begutachteten kurz das Gebäude, redeten mit den Pförtnern und versprachen dann, immer mal wieder vorbeizuschauen. Dietmar Webel beschloß, weiter auf seinem Posten zu bleiben. Die Pförtner von "Café Böhme" gestatteten ihm jetzt, wenigstens im warmen Vorraum des Gebäudes Platz zu nehmen.

¹³⁸ Die folgende Darstellung basiert auf einem Interview, das der Autor mit Herrn Webel im November 1994 führte.

Gegen 8.30 Uhr, als im Bezirksvorstand der SED/PDS längst der Dienstbetrieb begonnen hatte, rief Dietmar Webel erneut bei der Militärstaatsanwaltschaft an. Er ließ sich dieses Mal mit Hauptmann Wolf verbinden und versuchte ihn davon zu überzeugen, unverzüglich die Akten der ehemaligen Bezirkseinsatzleitung zu versiegeln und das Nachrichtensondernetz abzuschalten. Es bedurfte wieder erst einiger Überredungskunst und manch eingeflochtener "leiser Drohung" bis Militärstaatsanwalt Wolf schließlich einwilligte. Um 9.00 Uhr traf er mit "Kripochef" Amler am Bezirksvorstand ein. Der Bezirksvorsitzende der SED/PDS, Claus, der bereits benachrichtigt worden war, begrüßte Webel, Amler und Wolf und ließ sie ein. Er informierte die drei darüber, daß bereits seit dem 5. Dezember 1989 auf seine Anweisung jegliche Vernichtung parteiinternen Schriftguts untersagt und das Bezirksparteiarchiv gesichert worden sei. Zur Zeit würden weitere Schriftstücke gesammelt und im Archiv eingelagert. Danach ließ Claus die noch nicht archivierten Materialien der ehemaligen Bezirkseinsatzleitung zusammentragen und unter der Aufsicht seiner Gäste in einem Metallkoffer versiegeln. Der Koffer sollte vorläufig im Bezirksparteiarchiv verbleiben, wo bereits die übrigen, seit 1956 archivierten Akten der Bezirkseinsatzleitung lagerten. Zum Abschluß ließen sich Wolf, Webel und Amler die Anschlüsse aller Nachrichtensonderleitungen zeigen, die die ehemalige SED-Bezirksleitung mit Regierungsstellen sowie mit Polizei, Armee und Staatssicherheitsdienst verbunden hatten. Diese Nachrichtenverbindungen wurden außer Betrieb gesetzt.¹³⁹

Zufrieden verließ Dietmar Webel das Gebäude der einstigen Bezirksleitung, um nun mit Militärstaatsanwalt Wolf zum Bezirksamt für Nationale Sicherheit zu fahren. Dort kontrollierten sie zuerst die abgeschalteten und sichergestellten Abhöreranlagen. Dann wurden alle Anschlüsse der abhörsicheren Regierungssonderverbindung (WTSCH) des Amtes sowie die vier Nachrichtenverbindungen zur ehemaligen Bezirksleitung der SED abgeklemmt und gegen eine erneute Benutzung gesichert. Nachdem Dietmar Webel zusätzlich noch die Siegel im Bezirksamt kontrolliert hatte, begab er sich erschöpft nach Hause. So begann in Halle die zweite Etappe der Auflösung des Staatssicherheitsdienstes. Spezialisten der Post bauten einige Tage später die Spezialekabel und -anlagen des Regierungssondernetzes ab und setzten die Richtfunkanlagen außer Betrieb. Damit war das gesamte Nachrichtensondernetz des Staatssicherheitsdienstes im Bezirk Halle zerschnitten. Eine Koordinierung der Geheimdienstämter wäre von nun an nur noch über die öffentlichen Telefon- und Telefaxverbindungen möglich gewesen.¹⁴⁰

Noch am gleichen Tag informierte Dietmar Webel den Sprecherrat des Neuen Forum Halle über die Leipziger Beschlüsse sowie über seine Aktivitäten. Der Sprecherrat vereinbarte,

¹³⁹ Vgl. Meldung des Informationszentrums im Staatssekretariat Halbritter: "Genosse Kocks, Bezirksamt für Nationale Sicherheit Halle", 5.1.1990; Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, DC 20 11349, o. Pag.

¹⁴⁰ Interview D. Webel. - Vgl. auch: Militärstaatsanwaltschaft Halle: Sicherungsprotokoll vom 5.1.1990; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag. - Dietmar Webel: Kein Anschluß unter dieser Nummer, in: Liberal-Demokratische.Zeitung Halle vom 9.1.1990, S. 2.

dem "Runden Tisch" alsbald die Gründung einer Bürgergruppe bzw. eines Bürgerkomitees zur Kontrolle der Auflösung des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit vorzuschlagen. Man bat Webel, bis zur Arbeitsfähigkeit dieses Komitees dessen Aufgaben im Bezirksamt wahrzunehmen. Er machte sich sofort wieder ans Werk. Vom Bezirksvorsitzenden der SED/PDS hatte er erfahren, daß es in der früheren Bezirksleitung eine Abteilung "Sicherheit" gegeben hatte, die für eine enge Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst zuständig gewesen war. Nach einem Telefonat kamen Webel und der Bezirksvorsitzende, Claus, überein, alle Materialien dieser ehemaligen Abteilung gesondert zu versiegeln. Das geschah am 8. Januar 1990. Im dazu angefertigten Protokoll heißt es:

"Am 8. Januar 1990 wurden in der Zeit zwischen 14.00 und 15.00 Uhr in der Bezirksleitung der SED/PDS Halle, Leninallee, durch Staatsanwalt Wiechmann [...] im Beisein der Herren Webel (Neues Forum) und Knorr (ehemaliger Abteilungsleiter der Abt. Sicherheit) Unterlagen dieser Abteilung [...] versiegelt. [...] Die Versiegelung wurde auf Anregung des Vertreters des Neuen Forum, Herrn Webel, und des Vorsitzenden des Bezirksvorstandes der SED/PDS, Claus, durchgeführt."¹⁴¹

Größere Schwierigkeiten bereitete zu diesem Zeitpunkt noch die ständige Kontrolle des in Auflösung befindlichen Bezirksamtes für Nationale Sicherheit. Dessen Verantwortliche hielten sich zwar exakt an die Anfang Dezember 1989 getroffenen Vereinbarungen, waren aber vorerst nicht bereit, darüber hinaus zu gehen. Das bedeutete, vom Neuen Forum autorisierte Personen durften zwar jederzeit für ihre Kontrollgänge das Amt betreten, sie durften sich jedoch nicht permanent im Bezirksamt aufhalten. Außerdem war es den Kontrolleuren aus "Gründen des Geheimnis- und Quellenschutzes" nicht gestattet, sich während ihrer Kontrollgänge frei und unbeobachtet innerhalb der Gebäude zu bewegen. Den Bürgern wurden stets Mitarbeiter des Bezirksamtes zugeteilt, die sie überall hin begleiteten und sie nicht aus den Augen ließen. So erging es auch Dietmar Webel, als er am 9. Januar, gemeinsam mit Andre Boltze und Markus Jentsch, zur Siegelkontrolle das Bezirksamt betrat. Seine Forderungen nach mehr Bewegungsfreiheit und einem eigenen Zimmer im Bezirksamt wurden strikt abgelehnt.

Während des folgenden Kontrollgangs kam Webel jedoch eine Nachricht zu Ohren, die ihn und seine Begleiter aufhorchen ließ. Auf Anweisung des Leiters, Schöppe, durfte die Wacheinheit des Bezirksamtes ihren Dienst nicht mehr mit Schußwaffen verrichten. Alle noch bei Mitarbeitern des Amtes befindlichen Waffen wurden eingesammelt und in den Waffenkammern eingeschlossen.¹⁴² Ein weiteres Gerücht besagte, daß die Waffen am nächsten Tag von der Volkspolizei abgeholt würden. Was war geschehen, daß nun auch die letzten Mitarbeiter des Bezirksamtes, die sich bereits als die zukünftigen "Verfassungsschützer der DDR" gesehen hatten, freiwillig ihre Waffen abgaben? Die drei Kontrolleure beschlossen, sich sofort

¹⁴¹ Protokoll über die Versiegelung von Materialien der ehemaligen Abteilung Sicherheit bei der Bezirksleitung der SED/PDS Halle, 9.1.1990; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

¹⁴² Vgl. "Telefonische Mitteilung des Genossen Schöppe, Bezirksstelle Halle am 05.01.1990, 14.00 Uhr"; BStU, ZA, Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) 13864, Bl. 75.

beim Neuen Forum zu informieren und am nächsten Tag den vermeintlichen Abtransport der Waffen zu beobachten. Im "Reformhaus" erfuhren sie, daß die Regierung Modrow der eindringlichen Forderung aller "Runden Tische" nachgeben wolle und ihren Beschluß über die Bildung eines Verfassungsschutzes der DDR in den nächsten Tagen aufheben werde.

Auch Rolf Schöppe und Peter Romanowski hatten diese, wenn auch noch inoffizielle, so doch schwerwiegende Information erhalten. Eine wenige Tage zuvor aus Berlin eingetroffene Weisung, alle Waffen in gesicherten Räumen unterzubringen, schien die Nachricht zu bekräftigen. Schließlich meldete sich noch die Militärstaatsanwaltschaft und ließ mitteilen, daß sämtliche Waffen des ehemaligen Bezirksamtes von der BDVP übernommen würden. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war deutlich, daß das Kapitel Verfassungsschutz/Nachrichtendienst der DDR geschlossen war. Nun würden sich selbst die hartnäckigsten Optimisten unter den Mitarbeitern schnellstens eine neue Arbeitsstelle suchen müssen. Die Kraft und den Elan, sich dagegen aufzulehnen, besaß keiner der Geheimdienstler mehr.

Am Morgen des 10. Januar 1990 trafen außer Webel, Jentsch und Boltze mehrere Militärstaatsanwälte sowie einige Lastkraftwagen der BDVP, besetzt mit Bereitschaftspolizisten in Felddienstuniform, im ehemaligen Bezirksamt für Nationale Sicherheit in Halle ein. Die nun beginnende Übernahme aller Waffen vollzog sich unter Aufsicht der Vertreter des Neuen Forum nach einem militärisch exakten, scheinbar eingespielten Szenarium. Zuerst besichtigte man die Waffenkammern. Dann begannen die Polizisten, alle Waffen zu zählen, aufzulisten und in spezielle Waffenkisten zu verpacken. Die stabilen Holzkisten wurden, sobald sie gefüllt waren, verschlossen, verplombt, auf die bereitstehenden Lastwagen verladen und schließlich abtransportiert. Nachdem alle Schußwaffen und sämtliche Munition auf diese Weise das Bezirksamt verlassen hatten, blieben nur noch die Teleskopschlagstöcke, die Zuführketten und die Seitengewehre (Messer) übrig. Die BDVP wollte sie erst später abholen lassen. Polizeioffiziere verschlossen deshalb die Waffenkammern und versiegelten sie.¹⁴³

Damit war der sich auflösende Staatssicherheitsdienst im Bezirk Halle entwaffnet. Dieser Ansicht müssen auch die Verantwortlichen im Bezirksamt gewesen sein. Denn der Leiter des Wach- und Sicherungsdienstes, Weiß, warf die Frage auf, wie die unbewaffnete und demotivierte Wach- und Sicherungseinheit eine sichere Bewachung der brisanten Akten garantieren solle. Zwar hatten Volkspolizisten bereits seit dem 5. Dezember 1989 vor dem Bezirksamt gestanden und die Ausfahrten kontrolliert. Die Haussicherung jedoch lag immer noch in den Händen der "alten Stasi-Wacheinheiten". Nun vereinbarte die Leitung des Bezirksamtes mit der Militärstaatsanwaltschaft und der BDVP, daß die Bereitschaftspolizei am Abend des 11. Januar 1990 die Wachhoheit über das gesamte Gelände des ehemaligen

¹⁴³ Vgl. Bericht der BDVP wahrscheinlich an den "Runden Tisch": Über die Sicherung der ehemaligen Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Halle durch die BDVP, o. D.; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag. - Interview D. Webel.

Bezirksamtes sowie über alle noch bestehenden Dienstobjekte des BafNS (zum Beispiel das Bezirkssendezentrum "Schloßberg" bei Brachwitz) übernehmen sollte. Somit befand sich auch der Haussicherungsdienst seit dem 11. Januar in den Händen der Volkspolizei. Die zu- meist aus Wehrpflichtigen bestehende Wach- und Sicherungseinheit wurde aufgelöst; ihre Unteroffiziere und Soldaten wurden vorzeitig aus dem Wehrdienst entlassen.

Es brach der 12. Januar an. Rolf Schöppe und Peter Romanowski erhielten aus Berlin die offizielle Mitteilung, daß ein Verfassungsschutz sowie ein Nachrichtendienst der DDR vorläufig nicht aufgebaut würden. Aus diesem Grunde müsse das Bezirksamt für Nationale Sicherheit Halle nunmehr vollständig aufgelöst werden. Schöpfes letzte Amtshandlung bestand darin, allen noch anwesenden Mitarbeitern die endgültige Auflösung des Staatssicherheitsdienstes zu verkünden und sie nach Hause zu schicken. Nur 240 der ehemaligen Mitarbeiter (darunter die für ordnungsgemäße Entlassungen notwendige Personal- und die Finanzabteilung) wurden vorläufig noch zur Abwicklung gebraucht. Am Nachmittag des 12. Januar begannen Militärstaatsanwälte, alle Dienstzimmer in den Gebäuden am Gimritzer Damm zu schließen und zu versiegeln. Wenige Tage später wurde Rolf Schöppe offiziell mit der Auflösung des Bezirksamtes betraut.¹⁴⁴

Für die Kontrolleure um Dietmar Webel brachte schon die Übernahme der Haussicherung durch die Polizei größere Bewegungsfreiheit. Bereits am 11. Januar hatte man ihnen einen eigenen Raum im Hauptgebäude des Bezirksamtes zugewiesen. Darüber hinaus durften sie sich jetzt allein und weitgehend unbeobachtet in den Häusern am Gimritzer Damm bewegen. Sie mußten ihre diffizilen Kontrollaufgaben aber nur noch wenige Tage als "Drei-Mann-Team" bewältigen. Denn auf Anregung des Neuen Forum hatte der "Runde Tisch" des Bezirkes Halle beschlossen, zur Überwachung der Auflösung des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit sowie zur Sicherung der Akten eine "Bürgergruppe" zu bilden. Diese "Autorisierte Gruppe des Runden Tisches" konstituierte sich am 11. Januar 1990. Ihr gehörten 35 "Vertreter der Öffentlichkeit"¹⁴⁵, zwei Militärstaatsanwälte, ein Vertreter des Bezirksstaatsanwaltes, ein Vertreter der BDVP sowie die drei Regierungsbeauftragten an. Die "Autorisierte Gruppe" stellte folgende Aufgaben in den Mittelpunkt ihres Handelns:

- "1. Verhinderung jedweder Vernichtung von Informationsgut und Speichermaterialien des aufzulösenden Bezirksamtes.
2. Gewährleistung der Räumung der Gebäude des aufzulösenden Amtes für den Rechtsnachfolger bis spätestens 20.06.1990.

¹⁴⁴ Interview D. Webel. - Vgl. auch Christian Reuter: Auflösung am Gimritzer Damm, in: Reformzeitung Halle vom 25.1.1990, S. 3.

¹⁴⁵ "Vertreter der Öffentlichkeit" waren hauptsächlich Vertreter der am "Runden Tisch" versammelten Parteien und Organisationen.

3. Übergabe von Strafakten an den Bezirksstaatsanwalt Halle und den Generalstaatsanwalt der DDR bei Anträgen auf Rehabilitierung [...].¹⁴⁶

Alle vom "Runden Tisch" in die Gruppe delegierten Mitglieder erhielten, auf der Grundlage eines Ministerratsbeschlusses, für ihre Tätigkeit bei der Auflösung des Bezirksamtes von den jeweiligen Arbeitgebern bezahlte Freistellungen. Zur Koordinierung der Arbeiten wählte die Gruppe aus ihrer Mitte eine 24-köpfige Leitung. Deren erster Beschluß lautete, das ursprünglich für die "Bezirksstelle des Verfassungsschutzes der DDR" vorgesehene Gebäude (RE 80) als Zwischenlager für die zirka 130 Tonnen Schriftgut des ehemaligen Bezirksamtes zu nutzen.¹⁴⁷ Am 16. Januar 1990 nahmen die Mitglieder der "Autorisierten Gruppe" ihre Tätigkeit in den Häusern des Bezirksamtes auf.¹⁴⁸

Von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, stellte der 12. Januar 1990 den eigentlichen Endpunkt für die Existenz des Staatssicherheitsdienstes im Bezirk Halle dar. Alles, was danach geschah und sich über zwei Monate hinzog, war im Grunde nur noch die Beseitigung eines "Kadavers". Zehn Wochen lang waren 240 bzw. seit dem 1. März 1990 80 ehemalige Mitarbeiter des Bezirksamtes damit beschäftigt, ihre annähernd 2.000 Exkollegen ordnungsgemäß zu entlassen, Überbrückungsgelder auszuzahlen sowie neue Arbeitsplätze zu vermitteln, was ab Februar 1990 jedoch fast unmöglich war. Zu ihren Aufgaben gehörten weiterhin die Übergabe der 447 konspirativen Wohnungen und Gewerberäume sowie der 68 Dienstobjekte (der ehemaligen Dienststellen, Ferienheime, Kinderferienlager und Bungalowsiedlungen) an neue Nutzer, die Abgabe bzw. Vernichtung der gesamten Nachrichten- und Abhörtechnik sowie der Spezialausrüstungen und schließlich der Verkauf von annähernd 600 Kraftfahrzeugen (darunter sechs "West-PKW").¹⁴⁹ Außerdem wurden die noch verbleibenden Mitarbeiter beim Transport und der Einlagerung aller schriftlichen Materialien im Gebäude "RE 80" eingesetzt.¹⁵⁰ Die Leitung all dieser Arbeiten lag zuerst in den Händen des "Beauftragten" Schöppe und seit dem 9. Februar 1990 in der Verantwortung des "Bezirksarbeitsstabes zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit im Rat des Bezirkes". Dieser Bezirksarbeitsstab war die Bezirksvertretung des auf Beschluß des Ministerrates am 8. Februar 1990 in Berlin gebildeten "Komitees zur Auflösung des AfNS".

¹⁴⁶ Vgl. Autorisierte Gruppe des "Runden Tisches" im Bezirk Halle: Konzeption zur Sicherung und zur weiteren Aufbewahrung bzw. Kassation von Archiv- und weiterem dienstlichen Schriftgut des aufzulösenden BfNS, 11.1.1990; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

¹⁴⁷ Vgl. Autorisierte Gruppe: Protokoll der konstituierenden Sitzung, 11.1.1990; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

¹⁴⁸ Zur Unterstützung sandten die Parteien und Organisationen des "Runden Tisches" noch weitere Bürger in das ehemalige Bezirksamt. - Vgl. "Namenslisten über Bürger, die Aufgaben der autorisierten Gruppe übernehmen", vorliegend vom 17.1. bis 16.2.1990; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

¹⁴⁹ Vgl. Abschlußbericht des Regierungsbeauftragten zur Auflösung des Bezirksamtes sowie der Kreisämter und Objektdienststellen für Nationale Sicherheit im Bezirk Halle, 13.3.1990; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

¹⁵⁰ Nur das eigentliche Archiv der ehemaligen Bezirksverwaltung für Staatssicherheit beließ man aus Gründen der ständigen Verfügbarkeit für Rehabilitierungsverfahren sowie aus Platzgründen in den alten Räumen. Für seine Verwaltung wurden vorübergehend vier ehemalige Mitarbeiter der Abteilung XII (Archiv) eingesetzt.

Der Bezirksarbeitsstab wurde von dem Mitarbeiter beim Rat des Bezirkes, Pätzold, geleitet. Weitere Mitglieder waren: die Vertreter der "Autorisierten Gruppe" Dietmar Webel, Ulrich Schlademann und Thomas Mokosch sowie vom ehemaligen Bezirksamt Rolf Schöppe, Peter Romanowski und Herbert Hebestreit.¹⁵¹ Kontrolliert wurden die Auflösungsarbeiten von der "Autorisierten Gruppe", deren Hauptaugenmerk aber auf der Sicherung der Akten und Schriftstücke lag.

Am 31. März 1990 waren alle Auflösungsarbeiten beendet und alle Angehörigen des MfS im Bezirk Halle entlassen. Mit acht ehemaligen Offizieren des Bezirksamtes schloß der Bezirksarbeitsstab befristete Arbeitsverträge ab. Die vier übrig gebliebenen Mitarbeiter im Archiv erhielten befristete Arbeitsverträge des Staatsarchivs Magdeburg.¹⁵² Diese einstigen Staatssicherheitsmitarbeiter sollten den Bezirksarbeitsstab bei der schnellen Bearbeitung der vielen Anfragen von Bürgern und Institutionen unterstützen. Denn seit Dezember 1989 war die Zahl der Anträge zur Einsichtnahme und Herausgabe von "Stasi"-Akten, zur Rückgabe vom Staatssicherheitsdienst beschlagnahmter Gegenstände, zur Rehabilitierung sowie zur Überprüfung von Wahlkandidaten ständig angewachsen.¹⁵³ Um die Antragsflut bewältigen zu können, wurde Personal gebraucht, das sich schnell in dem umfangreichen Schriftgut des MfS zurecht fand. Derartiges Fachwissen konnten zu diesem Zeitpunkt ausschließlich frühere Mitarbeiter des aufgelösten Geheimdienstes haben. Zugleich rückte die Auseinandersetzung über das Schicksal der "Stasi"-Akten immer vehementer in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit sowohl des Bezirksarbeitsstabes als auch der "Autorisierten Gruppe". Es begann das Ringen um die Bewahrung und Aufarbeitung der schriftlichen Hinterlassenschaft des MfS.¹⁵⁴

¹⁵¹ Vgl. Komitee zur Auflösung des AfNS/Bezirksarbeitsstab Halle: Pressemitteilung, o. D.; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag.

¹⁵² Vgl. Komitee zur Auflösung des AfNS/Bezirksarbeitsstab Halle: Bericht zum Stand der Auflösung des Bezirksamtes sowie der Kreisämter und Objektdienststellen für Nationale Sicherheit im Bezirk Halle, 18.4.1990; BStU, ASt Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag. - Alle diese Arbeitsverträge endeten spätestens im September 1990.

¹⁵³ Vgl. ebenda.

¹⁵⁴ Vgl. dazu Silke Schumann: Vernichten oder offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Eine Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/1991, BStU, Berlin 1995.